

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kassenprüfer: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 14. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Militarismus im Reichstag.

Vor fünf Monaten schickte der Zar sein Friedensmanifest in die Welt und verkündete — er, der Besitzer der größten Armee und der Beherrscher des kriegerischsten Erobererstaates: die stehenden Heere sind ein Fluch der Völker.

Ungefähr zu gleicher Zeit erfolgte in Frankreich die Entlassung des Generalstabes und der Militärjustiz. Vor aller Welt lieferte Frankreich den Beweis, daß der Militarismus, angeblich „die Schule der Ehre“, die Schule des Verbrechens werden kann und zu der bürgerlichen Moral und dem bürgerlichen Recht im schneidendsten Gegensatz steht.

Hier das Manifest des russischen Zaren, die unbarmherzige Verurteilung des Militarismus durch den obersten Monarchen und Schiedsrichter Europas — dort der Dreyfus-Prozess, die denkbar gründlichste Bloßstellung und Bankrotterklärung des Militarismus — und angefügt dieser zwei Thatsachen, ihnen ins Gesicht schlagend: in allen Ländern Vermehrung des Militarismus, obgleich alle Staaten dem russischen Friedensmanifest zugestimmt haben.

Läßt ein ärgerer Widerspruch sich denken? Läßt die Verworfenheit die Unlogik, die Heuchelei und Verlogenheit der herrschenden Zustände sich schärfer und sinnvoller zum Ausdruck bringen?

Auch in Deutschland, dem Heimatlande des Militarismus, natürlich Heeresvermehrung im großen. Eine neue Militärvorlage im Reichstag. Eine Marinevorlage in Sicht — trotz aller Ablehnungen.

Die beiden früheren Militärvorlagen, die von 1886 und von 1892, führten zu gemäßigten parlamentarischen Kämpfen — die Regierung stieß beide Mal auf derartigen Widerstand, daß sie den Reichstag auflösen mußte, und 1887 nur durch beispiellose Wahlbeeinflussung, 1893 nur vermittels der standalös parteiischen Eintheilung der Wahlkreise sich eine Reichstagsmajorität sichern konnte.

Und jetzt? Wie wir schon gestern sagten: der Reichstag von fast stumpfer Gleichgültigkeit. Selbst Debel's flammender Rede gelang es nicht, einen lebendigen Nerv zu treffen und den jungen Reichstag, das Kind einer dem Militarismus und der Reaktion feindlichen Wahl, zum Bewußtsein seiner Pflicht: Wahrung der Interessen des Volkes! aufzurütteln.

„Interessen des Volkes!“ Wer denkt daran? Ja, Standesinteressen, das ist etwas anderes. Handelste es sich um Brot- und Fleischwucher, um Liebesgaben — da wäre das „Haus“ ein lärmendes, leidenschaftliches Schlachtfeld. Interessen der Arant- und Schloßjunker — Interessen der oberen Zehntausend — das ist würdiges Kampfbild. Aber Interessen des Volkes? Und doch ist es hier so unmittelbar im Spiel, liegt so klar zu Tage. Das Interesse des Volkes ist verminderte Besteuerung, vermehrter Wohlstand, Garantien des Rechts und der Freiheit. Und der Militarismus bedeutet von allem dem das Gegenteil: stets wachsende Belastung, beschleunigte Waffenverarmung, ständige Bedrohung des Rechts und der Freiheit.

Wer glaubt heute noch im Ernst, das Deutsche Reich sei nicht stark genug, jeder möglichen, vom Ausland kommenden Gefahr siegreich entgegen zu treten? Daß die Armee nicht sowohl gegen den äußeren als gegen den „inneren Feind“ gerichtet ist, das wird heute von keinem ehrlichen Verteidiger des Militarismus mehr im Ernste geleugnet und von den meisten offen bekant.

Der Zweck des Militarismus ist die Unterdrückung des Volkes. Das Ziel und Ende des Militarismus ist der Bürgerkrieg. Wir erinnern an die Geständnisse Bismarck's.

Kann es für eine gewissenhafte Volksvertretung eine brennendere Frage geben, als die einer Vermehrung des stehenden Heeres? Die Vermehrung des stehenden Heeres ist Vermehrung der Ketten des Volkes, und der Waffen zur Bekämpfung des Volkes, wenn es von den Machthabern seine Rechte fordert.

Doch der Reichstag regt und bewegt sich nicht; im Saal die Ruhe des Kirchhofs; kein Gorn, kein Protest — stumpfe Gleichgültigkeit. Schale Witze gegen das Milizsystem, als ob die improvisierten Rekruten Gambetta's und die Freiwilligen Amerika's zum Kriegsdienst erzogene Wehrmänner gewesen wären. Was die Sozialdemokratie will, ist die Erziehung der Jugend zum Wehrdienst, so lange ein solcher notwendig, und das Aufhören der künstlichen Trennung des Volkes in ein Volk in Waffen und ein Volk ohne Waffen, wels' letzteres vor jenem sich beugen muß. Der Unterschied zwischen Volksheer und stehendem Heer macht sich am klarsten in der Geschichte des alten Rom bemerkbar. Die römischen Heere, welche die Welt eroberten, und wohin sie kamen, die römische Kultur trugen, überall Straßen, Wasserleitungen und sonstige gemeinnützige Bauten errichteten, die uns noch heute mit Bewunderung erfüllen — das waren Bürger-soldaten, Miliz-soldaten. Die Prätorianer, welche die römische Freiheit erdrockelten, die Kultur zerstörten, dem Cäsaren-Wahnsinn Fußstempel und Nordwerkzeug zugleich waren, das war ein stehendes Heer. Demokratie und stehendes Heer verträgt sich nicht. Frankreich ist warnendes Beispiel. Darum ist der Punkt

unseres Programms, welcher die Abschaffung des stehenden Heeres fordert, ein Kardinalpunkt, den anzugreifen ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie und ihrer Konsequenz: der Sozialdemokratie, wäre.

Aber diese stumpfe Gleichgültigkeit des Reichstags? Zum Theil erklärt sie sich aus der fortschreitenden Entfremdung der bürgerlichen Parteien von der Demokratie und aus der immer weiter und tiefer in sie eindringenden Ueberzeugung, daß der Militarismus ihr letzter, ja einziger Schutzwall gegen die Sozialdemokratie ist. Allein das erklärt nur zum Theil. Daß die Gleichgültigkeit eine so allgemeine, ist der Haltung des Zentrums geschuldet. Das Zentrum ist Regierungspartei geworden. Es ist nicht Regierungspartei in dem einseitigen Sinn der Nationalliberalen, die der Regierung bloß dienen — es dient der Regierung und es beherrscht sie. Es hat sich mit der Regierung in die Herrschaft getheilt. Dank der verrückten Kulturkämpfpolitik Bismarck's ist das Zentrum die ausschlaggebende Macht in Deutschland, und wenn es mit der Regierung zusammengeht, ist jede parlamentarische Opposition hoffnungslos. In der Militärvorlage hat aber das Zentrum gesprochen: es ist für die Militärvorlage — Roma locuta est.

Der Papst kann lachen. Das neue Deutsche Reich ist nicht bloß nach Canossa gegangen, im Land Luther's und der Reformation ist der politische Einfluß des Katholizismus stärker als im katholischen Frankreich, im katholischen Spanien, im katholischsten Italien. Und der königlich-preussische Zentrumsmann von Hertling wurde gestern nicht verlastet, als er auch die italienische Regierung zur Rückkehr unter den Schutz des Papstes mahnte.

Unter solchen Verhältnissen war keine Militärdebatte im deutschen Reichstag möglich. Schweigend hörte die Mehrheit Debel's Philippika an, der Kriegsminister brauchte sich nicht ins Zeug zu werfen, der elegische Rickert sich nicht seiner Militärfrömmigkeit zu schämen; der nationalliberale Kulturkämpfhahn Sattler wagte nicht laut zu krähen und Liebermann von Sonnenberg zwang sich, anständig zu sein — aus Respekt vor dem Zentrum.

Schmachvolle Lage!
 Erhöhte Pflichten für die Sozialdemokratie!
 Die Stimme der Wahrheit, die im Reichstag wirkungslos verhallt, sie wird gehört werden vom Volke draußen.
 Dort ist unsere Kraft, dort ist unser Sieg.

In der gestrigen Reichstagsdebatte hat sich ein den Sinn umdrehender Druckfehler eingeschlichen. In dem Satz:

„Der mächtigste Monarch kann sich über die Bedürfnisse und Forderungen des Volkes hinwegsetzen, ist vor dem Worte hinwegsehen“ das Wort nicht ausgelassen. Die materialistische Weltanschauung hat bekanntlich das Märchen von der Allmacht der Fürsten und sonstigen Machthaber zerstört.

Magdeburger Justiz.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Darstellung der Magdeburger „Volksstimme“, wonach der zu vier Jahren einem Monat Gefängnis verurtheilte Redakteur Müller keinerlei Antheil an der Herstellung der Nummer gehabt habe, daß unter solchen Umständen das Urtheil nicht anstandslos zu halten sei, weil das Gericht den Beweis dieser Behauptung abgelehnt habe.

Das „Damburger Echo“ regt eine parlamentarische Aktion an:

„Was über eine solche Gerichtsprozedur gesagt werden muß, kann in wirklamer Weise nur von der Tribüne des Reichstages herab gesagt werden. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß schon in der aller nächsten Zeit die Magdeburger Justiz zum Gegenstand parlamentarischer Beipredung gemacht wird. Daß in allgemein verständlichen Ausdrücken gesprochen wird und daß gut deutsche und kurze Worte zur Charakteristik der Rechtspflege von Magdeburger Härzung angewendet werden, halten wir für selbstverständlich. Die Sache ist wirklich wichtig genug, viel wichtiger, als irgendwelche parlamentarische oder anderweitige formale Bedenken, und Vertreter der Sache wären gänzlich verfehlt.“

Selbst ein gutgesinntes Blatt wie die mittelparteiische „Berliner Börsenzeitung“ schiebt sich veranlaßt, gegen die Majestätsbeleidigungs-Prozesse zu schreiben:

„Eine förmliche Treibjagd auf Personen, die den Kaiser beleidigen, findet statt; die Staatsanwälte glauben, daß die Beleidigungen um so eher aufzuheben werden, je mehr Injurianten vor Gericht gezogen werden, und einige Gerichtshöfe verhängen drakonische Strafen, überzeugt, daß hier die Abstrichtheorie am Platze sei. Geschichte und Erfahrung lehren das Gegenteil, und sie lehren auch, daß die durch dieses System sich verbreitende Erbitterung nicht die schlimmste Folge ist; weit bellagenderwerther ist die Erscheinung, daß die nichtsnutzigen Elemente des Volkes sich gern in den Dienst der Verfolgung stellen als Denunzianten theils wahrer, theils erlogener Thatsachen. So wird im Staate eine schwüle, ungesunde Atmosphäre des Mißtrauens und des Hasses erzeugt, wie sie durch die Straflosigkeit einiger beleidigender Neußerungen über den Träger der Krone nie und nimmer herbeigeführt werden könnte. Aber wie erklärt sich die bedeutende Zahl von Delikten dieser Art, die in den letzten Jahren von Staatsanwälten verfolgt und von Gerichtshöfen mit Strafe belegt worden sind? Ohne Zweifel größtentheils aus dem Gesagten, der besteht zwischen den Anschauungen, die von einem großen Theile des Volkes gehegt, und jenen, die vom Kaiser und seinem Hofe ostentabel vertreten werden. Unter den öffentlichen Reden des Kaisers, die überaus zahlreich sind, wenige, die nicht auch in achtbaren Kreisen zum Widerspruch gereizt hätten. . . . Vielen Unwillen erregen aufbringliche Lokalitätskundgebungen, an welchen oft

sehr zweifelhaft Personen teilnehmen, und bei deren Herbeiführung Motive der Gewinnsucht, des Ehrgeizes, der Eitelkeit georgwöhnt werden.“

Unserer Forderung der Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen schließt sich die freisinnige „Voll's-Zeitung“ an.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

Die Partei der Jongleure.

Von der Entscheidung der Zentrumsparthei hängt das Schicksal der Militärvorlage ab. Niemand zweifelt, daß sich eine genügende Zahl von Zentrumsmännern finden wird, um die Vorlage durchzudrücken. Daher auch die Windstille im Reichstag. Die Frage ist schon entschieden, ehe ihre Verathung begonnen. Will das Zentrum regierende Partei sein, so muß es auch Regierungspartei sein, d. h. es darf vor Allem dem Militarismus nicht in den Weg treten.

Diese Aufgabe ist aber nicht leicht für eine Partei, die früher in heftiger Gegnerschaft gegen den Militarismus stand, die es auf Reichstags-Ausschlüssen ankommen ließ, ehe sie dem wachsenden und nimmermatten Militarismus dienen mochte. Bei dem vorjährigen Marinegesetz hat das Zentrum die Aufgabe gelöst und mit vieler Virtuosität gelöst. Es hat sich geziert und gesträubt, es hat wenn und aber gesagt und schließlich hat es Ja gesagt. Jetzt ist es der Aufgabe völlig gewachsen worden. Uebung macht den Meister.

Das Zentrum ist jetzt Meister in der Behandlung von Militärforderungen, welche die Regierung wünscht und welche das Volk nicht wünscht. Herr v. Hertling hat gezeigt, daß er in der atrotatenhaften Behandlung solchen Stoffes von Meister Lieber gelernt und ihn noch übermeister hat. Er hat das Zentrum gut vertreten und gut charakterisirt.

Das Zentrum „prüft“ natürlich noch, so sagt Herr v. Hertling. Aber wenn es zum Ja gelange, so sei das kein Widerspruch gegen seine Haltung von 1893, denn die jetzige Vorlage sei nur — die Konsequenz der Vorlage von 1893. Und die Vorlage von 1903 wird nur die Konsequenz der Vorlage von 1899 sein wie die von 1893 die Konsequenz der von 1887 war und so fort!

Herr v. Hertling erklärte ferner, seine Partei werde „die Interessen der nationalen Vertheidigung über die Interessen des engeren Parteilebens stellen“. Früher also, wie es scheint, hat das Zentrum Parteinteressen über Nationalinteressen gestellt. Ein schönes Kompliment an die Vergangenheit der Partei Windthorst's! Doch, um dies Wort, dessen nati o n a l - l i b e r a l e r Klang zu deutlich tönt, abzuschwächen, gesteht der Zentrumsredner, die Vorlage sei als „eine unliebsame Ueberladung empfunden worden und die Vorlage bilde zu den Friedenshoffnungen eine recht unliebsame Illustration“. Und so geht der famose Giertrag fort. Mit wunderbarer Bescheidenheit wird die Sache bald von dieser, bald von jener Seite genommen, bald ein Zweifel, bald eine Einwendung und schließlich: Wir werden bewilligen.

Aber nicht nur die parlamentarische Jongleurkunst ist dem Zentrum geläufig geworden. Noch mehr. Wie das Zentrum bei der Marinevorlage selbst in der Deckungsfrage abfiel, so fällt es jetzt schmählich ab in der Frage der zweijährigen Dienstzeit.

Erst hieß es, das Zentrum wolle wenigstens die Vorlage nur dann bewilligen, wenn die zweijährige Dienstzeit etwaigen Reigungen der Militärtruppe, sie wieder aufzuheben oder als Handelsobjekt zu benutzen, entzogen und geschlich festgelegt würde. Auch jetzt sagt Herr v. Hertling: Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die zweijährige Dienstzeit dauernd festgelegt würde. Aber „wenn es nicht möglich ist“ — nun, so wird man sie doch „so leicht nicht wieder abschaffen können“.

Wiederum also ist das Zentrum bereit, nicht nur dem Militarismus sich mit Leib und Seele zu verschreiben, sondern selbst die wichtigen Volks-Forderungen, die zu erfüllen ihm in seiner jetzigen Mathifülle ein Leichtes wäre, in erbärmlicher Feigheit zu verrathen.

Die Partei der politischen Jongleure ist zugleich die Partei der politischen Judasse.

Eine Erdrösselsteuer für Waarenhäuser

Ist also bei der Regierung beschlossene Sache. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet offiziös, daß ein Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser, dem preussischen Landtage in der bevorstehenden Tagung sicher zugehen werde, daß allerdings die „betheiligten Ressorts“ vorläufig noch über den Gegenstand verhandelten. Die Bühl- und Miniarbeit der Mittelstandspolitiker hat also gewirkt, und Herr v. M i t t e l, der viel auf Popularität hält, wird den Herren ein preussisches Ausnahme-Steuergesetz für Waarenhäuser beschreiben. Daß er selber glaubt, den Mittelstand damit zu retten, ist nicht anzunehmen. Aber er schafft sich dadurch auf einige Jahre die lästige Agitation des in seinem Erwerb bedrohten wüthenden Kleinbürgertums vom Hals, und er erhält der Regierung vorläufig die Heeresfolge dieses Kleinbürgertums.

Um seinen guten Willen zu zeigen und die Mittelstands-Politiker bei guter Laune zu erhalten, läßt er nun das neue Gesetz ankündigen und die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendermaßen orakeln:

Als der preussische Staat seiner Zeit die Gewerbesteuer den Kommunen überließ, geschah es mit der ausdrücklichen Absicht, daß letztere die Gewerbesteuer zu einem kommunalsteuere-System ausbilden sollten. Die Kommunen haben jedoch, abgesehen von einigen Bezirken, von diesem Privilegium leider so gut wie gar keinen Gebrauch zu machen verstanden, ein Uebelstand, welcher auch durch das bisherige Unvermögen der Kommunen, sich mit dem im Großen betriebenen Kleinhandel gewerbesteuerlich abzufinden, zum Ausdruck gelangt. Die Waarenhäuser, Verkaufshäuser, Filialgeschäfte u. s. w. sind großkapitalistische Erscheinungen, denen gegenüber die gegenwärtige kommunale Handhabung der Gewerbesteuer im Hinblick auf die Belastung des eigentlichen Kleinhandels als eine gerechte nicht erachtet werden kann. Dieser im Volke fast allgemein geheilter Ansicht ist, wie wir glauben, auch die Staatsregierung, welche es demgemäß als ihre Pflicht erkennt, eine nach Maßgabe der Beanspruchung von Vortheilen gerechtere Steuerlastenverteilung im Kleinhandel, als die Kommunen sie bisher obwalten ließen, auf dem gegebenen Boden der Gewerbesteuer-Gesetzgebung anzustreben. Dabei wird es sich, wie wir annehmen dürfen, nicht etwa um einen Versuch handeln, den Kommunen vorzuschreiben, daß sie die Waarenhäuser u. s. w. durch eine übermäßige Steuer „erdroffeln“ sollen, sondern der Zweck des Gesetzes wird, wie gesagt, lediglich in der ausgleichenden Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Gewerbesteuerung zu suchen sein.

Außer der Mithteilung, daß die eben genannten „großkapitalistischen Erscheinungen“ bisher ungerechterweise zu gut behandelt worden seien und daß nun ein Weg ausgleichender Gerechtigkeit gefunden werden müsse, erfährt man aus der offiziellen Auslassung nichts. Aber diese Thatsachen sind auch schon vorher behauptet und besprochen worden.

Interessanter wäre die Mithteilung gewesen, wie man die von der Ausnahmebestimmung getroffenen Waarenhäuser verhindern will, dem Zweck des Gesetzes direkt entgegenzuhandeln, sich noch mehr zu vergrößern und die Konkurrenz gegen den Kleinhandel noch zu verschärfen? Wie man es verhindern will, daß unter einer vielleicht einzuführenden Personalsteuer nicht das Personal selber zu leiden hätte? Wie man es anstellen will, zu verhindern — und auf diese Möglichkeit ist sogar in der „Kreuzzeitung“ aufmerksam gemacht worden — daß unter der Erleichterung des Großbetriebs im Detailhandel die technische Entwicklung des Handels leidet, da doch die großen Geschäfte unzulänglich die Träger der fortschrittlichen Formen des Geschäftsverkehrs sind. Und hat man auch den Rückschlag auf die Industrie — auf Unternehmer sowohl wie auf Arbeiter — bedacht, der eintreten müßte, wenn es wirklich gelänge, die Waarenhäuser tödtlich zu treffen?

Wir glauben, die Regierung wird noch manche recht gründliche „Erwägung“ anzustellen haben, ehe es ihr gelingt, alle diese Fragen nicht nur zur Zufriedenheit der demagogischen Schreier aus dem „Mittelstand“, sondern auch der übrigen Bevölkerungsklassen zu lösen.

Deutsches Reich.

Ein drohendes Spiritusmonopol.

Ein privates Spiritusmonopol ist nach zuverlässiger Nachrichten in Bildung begriffen. Der Zweck desselben ist, die Spirituspreise angeht, der immer mehr sich ausdehnenden technischen Verwertung des Spiritus in die Höhe zu treiben und einer kleinen Anzahl von Großbrennern und Spiritusfabrikanten reichen Gewinn zu verschaffen. Die Macher des Monopols sind etwa 20 Interessenten, die das Spiritusmonopol bilden, das schon seit 1897 den Spiritusmarkt in einer Weise beherrscht und beherrscht hat, daß die Spiritusfabrikanten in Verzweiflung getrieben und heute so weit müde gemacht sind, daß sie sich gegen die Vergeivolligungen durch das Spiritusmonopol nicht mehr wehren können.

Das bisherige Spiritusmonopol stand, wenn auch nicht formell so doch thatsächlich unter der Leitung der Hofener Spiritus-Allianzgesellschaft und gab als Zweck seines Bestehens an, die Spirituspreise zu heben. Das Spiritusmonopol führte nun monatelang Standes auf dem deutschen Spiritusmarkt aus, wie sie sonst nur im Lande der stumpelosen Pantese erlebt werden. Zudem es einerseits die Preise für Rohspiritus zu halten suchte, um diesen Markt völlig in die Gewalt zu bekommen, verkaufte es auf der anderen Seite Spiritus zu so niedrigen Preisen, daß jede Konkurrenz einfach zu Grunde gehen mußte. Es sind Fälle vorgekommen, wo infolge des Preisens des Spiritusmonopols 1,50 Pf. stand, während prima Spiritus zu einem Preise von 75 Pf. von der Syndikats-Verkaufsstelle in Berlin abgegeben wurde. Es kam so weit, daß Spiritusfabriken, die dem Spiritusmonopol nicht angehörten, nicht mehr existenzfähig waren und nur die Wahl hatten, zu Grunde zu gehen oder dem Spiritusmonopol sich anzuschließen.

Nachdem nunmehr das Spiritusmonopol die eigene Konkurrenz lahmgelegt hat, geht es darauf aus, mit den Großbrennerien gemeinsame Sache zu machen und mit diesen zusammen das angegebene Spiritusmonopol zu bilden. Man sieht also, der Plan verfolgt auch einen agrarischen Nebenzweck, kommt aber auch hier nur den Großbrennerien zu Gute. Denn wie früher das Syndikat die kleinen Spiritusfabriken nieder konkurrierte, so werden auch die kleinen Brenner vom Markt verdrängt werden, sobald das private Monopol zu Stande gekommen sein wird.

Vernichtung der mittleren und kleineren Betriebe, in letzter Linie aber Schröpfung der Konsumenten, darauf läuft das ganze Projekt hinaus.

Die dem Bundesrath vorliegende Novelle zum Postgesetz nimmt für das Postporto von 10 Pf. eine Erhöhung des Maximalgewichts bis 20 Gramm in Aussicht. Dabei soll bestimmt werden, daß die Ortstaxe auch auf den Nachbortaxenverkehr ausgedehnt werden kann. Die Zeitungsgebühr soll betragen 10 Pf. für jede Bezugszeit ohne Rücksicht auf deren Dauer; ferner 15 Pf. jährlich für das wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen, sowie 15 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; und schließlich 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts, mindestens jedoch 40 Pf. jährlich für jede Zeitung. Bei Ausdehnung des Postregals soll den Anstalten der Privatposten, die vor dem 1. April 1898 entstanden und ununterbrochen bis jetzt betrieben sind, eine Entschädigung gewährt werden, und zwar nicht nur für die Verminderung des eigentlichen Vermögensstandes, sondern auch in gewissem Umfang für entgangenen Gewinn. Auch die Bediensteten der Anstalten sollen event. eine einmalige Entschädigung erhalten, die je nach der zurückgelegten Dienstzeit (3 Monate bis 6 Jahre) ein Monatsgehalt bis ein Jahresgehalt beträgt.

Philosophie des Schweigens. Bedächtige Herren sind unsere Universitätsprofessoren. Niemand muß sich wegen des Delbrück-Berfahrens. Warum? Den Grund enthalten „Hamb. Kor.“ und „Königener Allg. Ztg.“ in einer gleichlautenden Aufschrift:

Das Disziplinarverfahren gegen Professor Delbrück hat die Kollegen des Bemerkenswerten durchaus nicht so kalt gelassen, wie es ein Theil der Presse hinzustellen beliebt. Man ist in diesen Kreisen durchaus nicht gleichgültig dagegen, ob das Recht der freien Meinungsäußerung beschränkt wird oder nicht. Die Blätter aber, die fortgesetzt nach Protest- und Klagen von Professoren verlangen, sollten sich doch vor Augen halten, daß es einen schlechten Eindruck machen würde, falls jetzt, während die Disziplinaruntersuchung noch schwebt, etwas geschähen würde, was einer Beeinträchtigung des Disziplinarhofes ähnlich sähe. Außerdem ist man vielfach der Ansicht, daß denen, die die Sache veranlaßt haben, und denen, die über Delbrück

zu Gericht sitzen sollen, viel ungemüthlicher ist, als dem Angeklagten, und man gönnt ihnen hier und da, daß sie nun die Sünde auch aufessen müssen. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß es sich um eine außerordentliche Thätigkeit Delbrück's handelt, die in Frage steht. Und so sehr man der Regierung Unrecht giebt, daß sie sich um eine solche Thätigkeit eines Universitätsprofessors kümmert — falls nicht direkt Vorliegen, die den Betreffenden „der Achtung unwürdig“ erscheinen lassen —, so sehr kann man auch die Scheu der Universitätsprofessoren verstehen, sich in Dinge einzumischen, die außerhalb ihrer offiziellen Sphäre liegen. Daß es nicht Flug von der Regierung war, das Disziplinarverfahren zu eröffnen, darüber herrscht wohl nirgends mehr Zweifel, aber rechtlich läßt sich dagegen kaum etwas einwenden. Die Eröffnung jedes Verfahrens bedeutet nur, daß man Verdacht hat, aber das Ende kann ebenso gut Freisprechung wie Verurteilung sein. Jedenfalls wird das Verfahren die Wirkung einer Mahnung oder Warnung haben. Sollte das Ergebnis ein unerwartetes sein, ein solches, das mit der Ansicht der Kollegen in Widerspruch steht, so würde es allerdings in der Zukunft Zeit sein, dagegen aufzutreten.

Wenn Herr Delbrück nun geköpft werden sollte, so ist ihm der scharfe Trost geblieben, daß nach der Errettung die Professorenenschaft wie ein Mann die Zusammenfassung von Klump und Kopf fordern wird. Erst die Hinrichtung, dann ist es Zeit, „dagegen aufzutreten“. Das für ein Humor, ein professioneller Humor.

Katholische Volksbibliotheken. Im „Arbeiterwohl“ schreibt der Zentrum-Abgeordnete Dige:

An der Errichtung von Volksbibliotheken wie auch von Lesesälen können die Katholiken sich nur dann betheiligen, wenn aus denselben Alles ferngehalten wird, was katholische Leser verletzen oder ihre sittlichen und religiösen Anschauungen gefährden kann. Da es nach Lage der Dinge kaum gelingen wird, diese Grundzüge in größeren Städten bei Volksbibliotheken, welche von der Gemeindeverwaltung unterstügt werden und an deren Gründung sich kirchlich-liberale Kreise betheiligen, durchzuführen, so werden wir auf selbstständige Gründung katholischer Volksbibliotheken angewiesen sein.

Die Annahmen der „regierenden Partei“ fangen nachgerade an, eine Kalamität zu bilden. Die Volksbibliotheken, die ja leider nur in zu geringer Zahl bestehen, haben den Zweck, allgemeine Bildung im Volke zu verbreiten, nicht aber den nützlichen Zwecken der verschiedenen Konfessionen zu dienen. Die Herren Zentrumspolypen mögen ja auf eigene Kosten so viel Traktatbibliotheken gründen, wie sie wollen. Jede Beeinträchtigung ihrerseits bei Gründung und Zusammenstellung öffentlicher Volksbibliotheken müßte aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Gemeinsamer Religionsunterricht für alle Konfessionen findet in dem Reichert v. Nibbach einen Verwunderer. In seiner dritten Palästina-Rede erzählt er von einem Besuch eines Erziehungsanstalt in Beirut:

„Besonders interessant, schön und bedeutungsvoll in seiner Art ist der gemeinsame Religionsunterricht, an welchem Kinder sämtlicher christlichen Konfessionen und selbst Mohammedanerinnen und Jüdinnen sich mit Freude betheiligen. Von den evangelischen Geistlichen wird die biblische Geschichte und alles, was die christlichen Konfessionen Gemeinsames haben, gelehrt; nur zum Konfirmandenunterricht gehen die Kinder zu den eigenen Geistlichen. Hier zwingen die Verhältnisse und lehrt die Katholiken alle Christen ohne Unterschied gemeinsam beten. Sollte dies nicht mahnen, und könnten wir nicht daraus lernen, Gleiches zu thun und anzustreben, auch wo uns keine Roth drängt?“

Herr Nibbach hat hierbei die Simultantät der Religionsbekenntnisse nur im kirchlichen Rahmen berührt. Jetzt empfiehlt er die Anwendung dieses Prinzips auch für die Schulen, in denen Herr Post, obgleich er doch ebenfalls in Palästina war, die Konfessionen durch Frankmann zu trennen bemüht ist. Wie leicht macht Nibbach seinen Einfluß ein bißchen geltend, um auch diese häßliche orientalische Einrichtung auf preussischen Boden zu verpflanzen.

Waarenhandsteuer. Das Würzburger Gemeindefolgeamt beschloß, eine mit 1800 Unterschriften besetzte Petition Würzburger Handels- und Gewerbetreibender betreffend Einführung einer örtlichen Umsatzsteuer für Waarenhäuser und Kram- und Bazare dem Magistrat zu überweisen. Die Petition verlangt bei 50 000 W. Umsatz 5 pCt., bei je 10 000 W. mehr entsprechend höhere Besteuerung.

Zur Fleischvertheuerung wird uns aus Kiel vom 11. Januar geschrieben:

Von den künftigen Kollegen Kiels ist zur Prüfung der Fleischversorgung Kiels eine Kommission eingesetzt, die auf Anforderung des Kieler Salakteramts über den gegenwärtigen Stand der Fleischfrage eine eingehende Denkschrift eingereicht hat. Die außerordentliche Schädigung des Volkes durch die Einfuhrverbote wird in diesem Bericht unumwunden zugestanden. Bis zum Jahre 1896, in welchem die vollständige Sperre lebender Schweine erfolgte, waren aus dem Ausland hauptsächlich aus Ungarn und Dänemark jährlich im Durchschnitt 750 000 Stück lebende Schweine eingeführt worden. Diese Einfuhr stellt nach dem statistischen Vereinigungssatz des Reichs und Fettgehaltes eines Schweines zu 85 Kilogramm eine Fleisch- und Fettmenge von 1 185 000 Str. dar.

Nachdem diese Einfuhr verhindert war, schwillt sofort die Einfuhr von fertigen Schweineprodukten in ganz ungewöhnlichem Maße an und dürfte im Jahre 1898 bereits eine Gewichtsmenge von 8 Millionen Kintnern erreicht haben; jedenfalls aber beträgt die Zunahme seit 1896 2 Millionen Kintner.

Den Erfolg dieser Entwidlung folgt der Bericht nun in folgenden Sätzen zusammen:

1. Das frische, im Inlande unter amtlicher Aufsicht geschlachtete Schweinefleisch ist seit 1898 dem deutschen Volke um 15 bis 20 pCt. vertheuert worden.

2. Hierfür wurden der Bevölkerung zwar billigere, aber minderwertige, auf ihre gesundheitliche Reinheit nicht geprüfte und nicht prüfbare Fettwaren und Schweinefleischprodukte geliefert, deren massenhafter Genuß eine Schädigung der Volksgesundheit in sich schließt.

3. Das weitere Anschwellen dieser Fleischwaren-Einfuhr gefährdet die deutsche Schweinezucht in viel höherem Maße, als es die fröhliche, durch den thatsächlichen Bedarf umgrenzte Einfuhr lebender Schweine gethan hat.

4. Dem deutschen Schlachtgewerbe wird durch die Einfuhr von fertigen Fett- und Fleischwaren die Grundlage eines handwerksmäßigen Betriebes vollständig entzogen.

Einrichtung monarchischer Gesinnung. Aus Langenbielau wird geschrieben:

Die Geburtsfeier des Kaisers konnte im vorigen Jahre in Langenbielau nicht stattfinden, weil trotz öffentlicher Aufforderung und Auslegung von Listen in den Wirthshäusern, keine Betheiligung vorhanden war. Der Gemeindevorsteher hatte dies durch ein Inzerat bekannt gemacht, daß die Kunde durch die Presse machte. Weil nun Langenbielau in den Geruch eines antimonarchischen Ortes gelangt war, so soll diesmal die Sache etwas anders angefaßt werden. In der letzten Gemeinderath-Sitzung wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, sich mit den Vertretern des Offizierskorps, der Geistlichkeit und der Staatsbeamten in Verbindung zu setzen, um so eine starke Feier des Geburtstages herbeizuführen.

Die patriotischen Gemeindevorsteher werden also im Schweige ihres Angesichts dafür sorgen, daß Langenbielau eine würdige Geburtsfeier hat.

Ob dadurch die armen Weber monarchischer werden? —

Der „verlangte“ Landesausch. Aus Elsf. Rothlingen schreibt man uns unterm 11. Januar: Die seiner Zeit an dieser Stelle mitgetheilt, ist der Landesausch für Elsf. Rothlingen nach Erledigung der Vorlagen seiner 1898er Herbstsession am 4. November v. J. nicht, wie sonst üblich, geschlossen, sondern nur ver-

tagt worden. Ueber die Gründe dieser überraschenden Maßregel verlaute damals mit Bestimmtheit, der Schluss der Session habe, wie auch Rebel in seiner jüngsten Staatsrede erwähnte, deswegen nicht herbeigeführt werden können, weil die hierzu nötige Kaiserliche Kabinettsordre infolge der Abwesenheit des Reichshauptes im Orient nicht rechtzeitig zu beschaffen war. Die amtliche „Straßb. Korresp.“ trat dieser Auffassung in einem ihrer zahlreichen offiziellen Dementis entgegen, und auch Staatssekretär v. Posadowsky beehrte sich, die Webersche Darstellung des Falles im Reichstage als eine falsche zu bezeichnen. Die Verlegung des Landesauschusses wurde damit zu begründen gesucht, daß die Regierung mit dem Präsidium des Parlaments eine Vereinbarung getroffen habe, wonach dieses unmittelbar nach der Beschlußfassung des Bundesrathes über eine Anzahl weiterer Vorlagen, betreffend die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches, seine Sitzungen wieder aufnehmen sollte. Inzwischen hat der Bundesrath diese Arbeiten längst vollendet, ohne daß auch nur das Geringste über die Einberufung des Landesauschusses verlaute hätte. Erst heute theilt die „Straßb. Korresp.“ mit, daß die nächste Sitzung des Landesauschusses voraussichtlich Ende dieses Monats stattfinden werde. Bis dahin sind über den von dem amtlichen Dementi festgesetzten Termin der Einberufung hienau reichlich zwei Monate verfloßen. Die Regierung hat mit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten unseres Landesauschusses also eben so lange zugewartet, als dies auch in früheren Jahren der Fall war, wo der Beginn der Frühjahrssession ebenfalls in die zweite Hälfte des Jahres fiel. Mit anderen Worten: Die jetzige Verlegung des Landesauschusses unterscheidet sich, was die Zeitdauer der Unterbrechung seiner Arbeiten anbelangt, in nichts von dem sonst üblichen Schluß der Session. Unter diesen Umständen wird man es an amtlicher Stelle in Straßburg und Berlin begrifflich finden, wenn das „Gericht“ von der „unbebringlichen Kabinettsordre“ im Volke neue Nahrung erhalten hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Schw. 13. Januar, wird uns berichtet: Der wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen angeklagte Erbpächter Christian Brand in Wismar bei Schwerin wurde in einem Falle für schuldig gefunden und gestern vom Großherzoglich-Mecklenburgischen Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. In dem anderen Falle wurde er mangels genügenden Beweises freigesprochen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Majestätsbeleidigung aus Roth. Zwei Jahre Gefängnis erhielt von der Straßburger Strafkammer der wegen Majestätsbeleidigung bereits zweimal bestraft Buchbinder Deder aus Saargemünd für ein gleiches Vergehen, welches derselbe am 20. vorigen Monats unter besonders bemerkenswerthen Umständen beging. Deder, welcher außer den beiden genannten eine Reihe von Vorstrafen wegen Vergehens gegen das Eigenthum erlitten hat, trieb sich im vorigen Monat beschäftigungslos dort herum, nachdem er kurz vorher von auswärts zugezogen war. Auf dem Wogelpfad sprach er einen Schuhmann an und trug demselben die Bitte vor, ihn zu verhaften, damit er ein Unterkommen erhalte; denn er sei von allen Mitteln entblößt und ohne Obdach. Der Schuhmann wies ihn an das Revierbureau, um sich dort als obdachlos anzumelden. Deder blieb indeß auf seiner Warte bestehen. Auf die Entgegnung des Schuhmannes, daß ja zu einer Verhaftung kein Grund vorhanden sei, erwiderte Deder: „Gut, so will ich Ihnen gleich einen Grund geben“ und sagte diesen Worten eine, den Kaiser beleidigende Aeußerung hinzu. Nun hatte er allerdings seinen Zweck erreicht: Der Polizist verhaftete ihn sofort und führte ihn ab. — Deder gestand seine That mit dem Hervorheben ein, daß er dieselbe aus Roth und thörichtlich nur deshalb begangen habe, um ein Unterkommen, gleichviel wo, zu bekommen. Die Anklagebehörde beantragte, mit Rücksicht auf die Frivolität des Vergehens und die Vorstrafen des Angeklagten, seinem Wunsche nach einem Unterkommen in besonders reichlichem Maße zu entsprechen. Die Strafkammer erkannte hierauf unter Adoptirung dieser Begründung auf die eingangs erwähnte Strafe.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Regierungskrise in Ungarn wird bestimmt berichtet, daß der Ministerpräsident Banffy die gestern mitgetheilten Bedingungen der Opposition nicht annehmen werde. Das Abgeordnetenhaus werde daher aufgelöst werden. Baron Banffy reist am Sonntag nach Wien ab.

Inzwischen ist Banffy zum — Ehrenbürger von Budapest ernannt worden, und er hielt bei der Ueberreichung des entsprechenden Diploms eine Rede, die gar nicht nach Unterwerfung klang. Banffy führte aus, er betrachte die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an ihn in der gegenwärtigen Lage als Billigung seiner Politik und als Ansporn, in der eingeschlagenen Richtung fortzuführen. Die Regierung sei entschlossen, unentwegt die Interessen des nationalen Staates im Auge zu behalten und die Ordnung des verfassungsmäßigen Lebens auf friedlichem Wege zu sichern, falls jedoch dies unmöglich sei, thätigste Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung werde nichts thun, was gegen das Gesetz verstößt; innerhalb des Rahmens der Verfassung werde sie Alles thun, was die außerordentliche Lage erheische.

Wien, 12. Januar. Der ehemalige Ackerbauminister Graf Falkenhayn ist gestorben.

Frankreich.

Die „Entstellungen“ des Beaurepaire haben sich schon durch die Kammerverhandlungen als großer Humbug erwiesen. Nach den Belandungen des Justizministers besteht das ganze Verbrechen der Richter der Kriminalkammer darin, daß sie den Oberst Picquart als so zu sagen ausländischen Menschen behandelt haben, was ja allerdings — wie wir am Jola-Prozess gesehen — auch vor französischen Gerichtshöfen nicht jedem geschieht. Sie haben ihn mit „Herr Oberst“ angeredet, haben während der langen Vernehmung Wasser und etwas Rum zu seiner, aber auch der Jeuzigen Verfassung gestellt u. s. w. Eine genauere Untersuchung wird zwar noch vorgenommen werden, sie dürfte aber kaum etwas Beständendes für die Richter zu Tage fördern. Die republikanischen Blätter von heute beurtheilen denn auch die gestrigen Debatten als eine Brandmarke Beaurepaire's.

Am Schluß der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Dupuy einem Deputirten, der im Laufe der Debatte eine bezügliche Anfrage an ihn gerichtet hatte, die Regierung werde eine Untersuchung einleiten, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie Capaignac in den Besitz des Verichts gelangen konnte, welchen Kapitän Deraue, der mit der Ueberwachung Picquart's während seiner Zeugnisaussage vor dem Kassationshofe betraut war, dem Militärdozenten von Paris erstattet hatte.

Der saubere Patron Esterhazy brüstet sich auch in dem soeben erschienenen Hest damit, daß er ein Lockspiegel im Dienste der französischen Kontrexpionage gewesen sei und die fremden Militärattachés betrogen habe. — Die öffentliche Meinung ist sich längst klar, daß dieser Fall uns zu Allem fähig ist.

Spanien.

Madrid, 13. Januar. Sagasta wünscht die Kortes zum 25. oder gegen Ende dieses Monats einzuberufen. Sagasta wird die Sommer um die Annahme des Friedensvertrages eruchen. „Imparcial“ meldet, die Regierung werde sich durch die Cortes zur Verhinderung der Karolinen und der übrigen ostasiatischen Inseln ermächtigen lassen.

Ferner wird gemeldet, daß die spanische Regierung in Washington das von Amerika bezüglich der Freilassung der spanischen Gefangenen auf den Philippinen gegebene Versprechen in Erinnerung brachte und um schnelle Antwort ersuchte.

Rußland.

Ueber die Arbeiterbewegung in Petersburg und die in letzter Zeit vorgenommenen Massenverhaftungen wird uns geschrieben: Ende Dezember haben in drei Werkereien — der Spahlischen und der Petrow'schen (beide von Marxwell), wie auch in der von Bahl — Streiks von kurzer Dauer stattgefunden. Die Arbeiter forderten den 10-stündigen Arbeitstag und eine Lohn-erhöhung, sahen sich aber genötigt, nach ein paar Tagen, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer Reihe von anderen Werkereien wurde der Ausbruch von Streiks durch das vermittelnde Eingreifen der Fabrikinspektion verhütet.

Die Streiks hatten Massenverhaftungen zur Folge. Als die Polizei des Nachts in die bei der Fabrik von Bahl belegenen Mietshäusern einbrang, um Verhaftungen vorzunehmen, versuchten gegen 700 Arbeiter ihre Kollegen vor der Verhaftung zu schützen; sie bewarfen die Polizei mit Holz, gossen nach ihr mit kochendem Wasser zc. Darauf wurde die Mietshaus von Militär umzingelt und unter dem Schutze der Soldaten führte die Polizei gegen 50 Arbeiter nach dem Gefängnis ab. Im Zusammenhang mit der Streikbewegung der Weber sollen auch die Massenverhaftungen stehen, welche unmittelbar darauf unter den Studierenden der verschiedenen Petersburger Hochschulen vorgenommen worden sind.

Vor dem Ausbruch der Streiks fanden in Petersburg auch Verhaftungen statt. Von den vor den Streiks Verhafteten sind uns die folgenden Namen bekannt geworden: Konstantin Schächter (stud. med.), Swesdofskotowa (Schwester), Fedelbaum (stud.) und seine Schwester Adescha Fedelbaum (Studentin), Kangel (stud.) und seine Frau Lydia Kangel (Studentin). —

Türkei.

Kriegsdrückungen in der Türkei. Konstantinopel, den 12. Januar. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich mit der Frage, in welcher Weise die Geldmittel für die von dem Sultan angeordneten militärischen Neubeschaffungen aufzubringen seien. Es sollen drei kleinasiatische Armeekorps sofort auf den Kriegszug gebracht werden; außerdem steht eine zweite große Bestellung von Schnellfeuergeschützen in Deutschland bevor. —

Von der neuen Regierung auf Kreta. Prinz Georg lud die Kommissare, welche zur Ausarbeitung des Statuts gewählt wurde, zu sich ein, und erinnerte daran, daß es der Wille Europas sei seiner Ernennung zum Oberkommissar von Kreta gewesen sei, daß die gesamte Bevölkerung der Insel auf derselben Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit behandelt werden solle und empfahl in der Folge der Kommission, sich nicht durch den Parteigeist beeinflussen zu lassen.

Affen.

Vom Philippinischen Kriegsschauplatz — man darf wohl schon so sagen — liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Die Philippinos haben auf No-No die Wundung des Flusses blockiert. Eine Abteilung amerikanischer Soldaten, die am Sonntag zu Lande verfuhrte, mußte sich zurückziehen, bevor sie noch dazu gekommen war, sich zum Gefecht zu entwickeln. — Wie die „Times“ aus Hongkong vom 12. dieses Monats melden, haben flüchtige Philippinos die Nachricht dorthin gebracht, daß die Lage in Manila außerst kritisch sei, daß Aguinaldo einen Landungsversuch der Amerikaner in No-No als Kriegserklärung ansehen und sofort gegen Manila vorgehen werde. Aguinaldo habe den Ausländern dazwischen, einschließlich der Spanier, bereits eine diebstahlartige Warnung zuzommen und ihnen freies Geleit in die Provinzen anbieten lassen. — Und aus Madrid wird berichtet: „Die Nachricht, die deutsche Regierung habe ihren Konsul in No-No beauftragt, die spanischen Interessen wahrzunehmen, nachdem General Rios den Platz verlassen habe, wird amtlich für unbegründet erklärt.“

Parlamentarisches.

Bankgesetz. Der dem Bundesrat vorliegende Entwurf des Bankgesetzes sieht eine Verklärung des Grundkapitals um 30 Millionen vor, also von 120 auf 150 Millionen Mark, und damit die Erhöhung der Zahl der Reichsbank-Anteile um 10 000. Der Entwurf ordnet ferner, wie wir erfahren, die Wiederaufnahme der Zuschreibungen an den Reservefonds behufs Verklärung desselben bis auf 2/3 des Grundkapitals, mithin bis zum Betrage von 80 Millionen Mark an, und ändert gleichzeitig die Gewinnverteilung dahin, daß der dem Reiche zufallende Anteil sich auf drei Viertel des Gewinnüberschusses erhöht, sobald die Gesamtdividende der Anteilseigner fünf Prozent übersteigt. Das steuerfreie Notentkontingent der Reichsbank wird von 288 400 000 auf 400 Millionen Mark erhöht.

Partei-Nachrichten.

In Prag war dem Wächter des städtischen Restaurants auf der Heymsel von der jungescheischen Gemeindevorwaltung bedeutet worden, er solle seinen Saal nicht mehr zu Versammlungen der tschechischen Sozialdemokratie hergeben. Der Wirt kam dem Begehren natürlich nach. Die Arbeiterorganisationen Prags beschloßen darauf, das städtische Bier zu boykottieren und alle Wirtshäuser zu meiden, wo es ausgeschenkt wird. Diese Maßregel wurde mit solchem Erfolge durchgeführt, daß der Wirt des städtischen Restaurants auf der Heymsel schon nach einigen Tagen die Erklärung abgab, das Lokal werde wieder wie früher allen Parteien ohne Unterschied zur Verfügung.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Während der Reichstagswahl war im Waldenburger Kreise in Oberschlesien ein sozialdemokratisches Flugblatt vertheilt worden, durch dessen Inhalt sich der konservativ-nationalliberale Kandidat, Amtsgeschäftsrath Krause, beleidigt fühlte. Er stellte gegen den Herausgeber des Flugblattes, Genossen Michaels in Waldenburg, Strafantrag und hat nun die immense Genugthuung, daß dieser vom Gericht zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist. Der Staatsanwalt hatte sogar 2 Monate Gefängnis beantragt. Ob der Herr Amtsgerichtsrath Krause während der Reichstagswahlbewegung seine Worte immer auf die Goldwaage gelegt hat?

In Wien wurde der Parteigenosse Emil Kralik, der Redakteur der „Neuen Gläubiger“, vom Geschworenengericht zu zwei Monaten Arrest, verschärft auf zwei Fasttagen, verurtheilt, weil er in dem genannten Blatte Karikaturen veröffentlicht hat, durch die sich die Abgeordneten Bielowitz und Josef Gregorik beleidigt fühlten.

Prozeß Grzymacher und Genossen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begannen gestern die Verhandlungen in dem Meineidsprozeß gegen den Direktor des Privatdetektiv-Instituts „Greif“ und zwei weibliche Angeklagte, deren er sich bei der Beobachtung eines der Untreue verdächtigten Ehe-mannes als Geheimplatz bedient haben soll. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichtsrath Kämpfe. Aus der Untersuchungshaft werden vorgeführt: 1. Kriminalkommissar a. D. Egon Grzymacher, geboren am 17. April 1855 zu Herford i. W., in seinem Militärverhältnis mehr, nicht vorbestraft, seit dem 20. September vorigen Jahres verhaftet; 2. die Zigarettenhändlerin separatrice Frau Rosa Wehrauch, geb. Sowaden, unbestraft, 33 Jahre alt; 3. die unverheiratete Lara Weder, unbestraft, 20 Jahre alt.

Den Ausgangspunkt zu der Anklage bildet ein in Lübeck geführter Ehescheidungsprozeß, in welchem die drei Angeklagten als Zeugen vernommen worden sind; sie sollen hierbei Meineide geleistet und Grzymacher soll außerdem die beiden weiblichen Angeklagten zu den von ihnen geleisteten falschen Eiden angestiftet haben.

Die Ehefrau des bayerischen Konsuls und Kaufmanns Karl W. aus Lübeck hat im November 1897 bei dem Landgericht Lübeck

gegen ihren Ehemann eine Klage auf Ehescheidung wegen Ehebruchs erhoben. Am 18. Januar 1897 hatten sich die Anklage-Rechtsanwälte, die die Sache der Ehefrau führten, an Grzymacher mit der Anfrage gewandt, ob er geneigt sei, den W. in der Richtung auszuforschen, ob er seiner Ehefrau die eheliche Treue breche. Grzymacher nahm den Auftrag an, setzte sich mit dem in Berlin wohnenden Vater der Frau W., dem Kunst-Verlagsbuchhändler S. in Verbindung und ließ durch seine Angestellten den Konsul W. eifrig beobachten, ohne damit Erfolg zu erzielen. Am 30. September erhielt er von dem Kunst-Verleger S. die Mitteilung, daß Konsul W. am 6. Oktober eine Reise antreten werde, deren Route ihm, Grzymacher, bald übermittelt werden würde. In dem Briefe waren gewisse Vorwürfe für Grzymacher enthalten; es wurde gesagt, daß er die Sache von Anfang an zu sehr auf die leichte Achsel genommen zu haben scheine, daß der zu Beobachtende ein sehr schauer Mensch sei und daß es vielleicht schon in Leipzig möglich gewesen wäre, über Hilfsmittel in Gestalt weiblicher Personen zu verfügen. Schließlich wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß endlich ein Resultat erzielt werden würde.

Die Reise nach Köln.

Nachdem Grzymacher die Mitteilung von der Reiseroute des Konsuls W. erhalten hatte, hat er zunächst den in seinem Bureau thätigen Dr. Leschke als Beobachter vorausgeschickt und ist dann selbst nach Köln und Bonn nachgereist, wo W. in der Zeit vom 27. Oktober bis 1. November weilen sollte. Mit ihm reiste die angeklagte Frau Wehrauch und die unverheiratete Weder, die Grzymacher zufällig auf dem Bahnhofe getroffen haben will und die die Absicht gehabt haben sollen, gemeinschaftlich eine Rheinreise zu machen. Frau Wehrauch ist eine entfernte Verwandte des Grzymacher, dessen Ehefrau die Schwester des geschiedenen Ehemannes der Wehrauch ist, die Weder hat etwa ein halbes Jahr lang bei Frau Wehrauch gewohnt und soll mit dieser im letzten Lebenswandel gewetteifert haben. Die Anklagebehörde nimmt an, daß dieses Zusammenreisen der drei Personen durchaus kein zufälliges gewesen sei, sondern auf einem vorher verabredeten Plane beruht habe, dessen Endziel dahingegangen sei, dem W. eine „Falle“ zu stellen und mit Hilfe der Weder ihm den Ehebruch nachzuweisen zu können.

Der „Zusatz“ hat es nämlich so gemacht, daß die Weder in das- selbe Koupee des Schnellzuges Köln-Bonn gerieth, in welchem der Konsul W. sich allein befand. In Bonn hat sich die Weder in dem „Hotel de Greiff“ einlogirt, neben ihr hatte Grzymacher ein Zimmer genommen. Wie in der Ehescheidungsklage behauptet wurde, hat nun Konsul W. die Weder am 31. Oktober 1897 in ihrem Hotelzimmer besucht und sich dort des Ehebruchs schuldig gemacht. Zum Beweise für die Richtigkeit ihrer Behauptungen berief sich die Klägerin auf das Zeugnis des Dr. Richard Leschke und der jetzigen drei Angeklagten. Die letzteren drei sind am 18. Dezember 1897 in Lübeck gerichtlich vernommen worden und da von der Gegenseite geltend gemacht wurde, daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel, um einen schlaun Detektiv-Kniff gehandelt habe, sind sie eidlich auch über diesen Punkt vernommen worden und haben unter ihrem Eide Aussagen gemacht, die der ausgestellten Behauptung widersprechen.

Die Gerichtsvorgänge in Lübeck.

So hat die Weder, die über die Vorgänge in ihrem Zimmer die Anklage verweigert hat, erklärt, daß ihr nichts versprochen worden sei für den Fall, daß die Ehe geschieden werden sollte, daß sie auch von niemand eine Belohnung dafür erhalten habe. Frau Wehrauch sei damals, theils in Geschäften, theils um den Rhein zu besuchen, auf Reisen gegangen und habe sie zur Gesellschaft mitgenommen. Ob die Wehrauch die Absicht gehabt habe, den Konsul W. zu verführen, wisse sie nicht. Sie habe auf der Tour von Berlin nach Köln wohl Herrn Grzymacher davon sprechen hören, daß er einen Herrn zu beobachten habe, die Person des Herrn sei ihr aber nicht bekannt gewesen. Sie habe in Köln auf dem Bahnhof die Wehrauch verloren und sei rein zufällig in das Koupee geraten, in welchem sich W. befand. Einen Auftrag, gerade dort einzusteigen, habe sie nicht gehabt, ebenso wenig habe sie von Grzymacher die Aufforderung zur Reise erhalten. In Bonn habe ihr Konsul W. beim Verlassen des Waggons gesagt, sie solle im Hotel Continental Logis nehmen, wo auch er logirt. Sie sei auch zunächst dort abgestiegen und habe von dort durch telefonische Erundigungen bei sämtlichen Hotels erst festgestellt, daß zwei Herren und eine Dame im Hotel de Greiff abgestiegen seien. Die Wehrauch und sie hätten dann eine Nacht im Hotel Continental zugebracht und seien, weil es ihnen dort zu theuer gewesen, nach dem Hotel de Greiff übergestiegen, wo auch Grzymacher und Dr. Leschke logirten. Ob diese dort ein neben dem hiesigen gelegenes Zimmer bewohnt haben, wisse sie nicht. Daß Konsul W. der von Grzymacher beobachtete Herr sei, habe sie nicht schon bei der Ankunft in Bonn gewußt, sondern erst einen Tag später erfahren. Auf der Reise habe Frau Wehrauch für sie bezahlt.

Frau Wehrauch hat unter ihrem Eide behauptet, daß sie mit der Angelegenheit des Herrn W. nichts zu thun habe. Sie habe die Weder nur zu ihrer Gesellschaft mit auf Reisen genommen und wisse nicht, ob diese den Auftrag hatte, Herrn W. zu beobachten. Ihre auf dem Bahnhof in Köln erfolgte Trennung von der Weder sei eine rein zufällige gewesen, ebenso zufällig sei das Zusammentreffen mit Grzymacher bei der Abreise von Berlin gewesen. Sie habe gar kein Interesse an dieser Sache, sei nicht beauftragt gewesen, den W. zu beobachten und habe keine Belohnung bekommen.

Grzymacher hat u. a. folgendes beidigt: Er habe die Weder nicht zum Zweck der Beobachtung des W. engagirt, habe auch die Wehrauch dazu nicht mitgenommen. Ihr Zusammentreffen auf dem Anhalter Bahnhofe und die gemeinschaftliche Reise sei rein zufällig gewesen. Seine Reise habe nicht den Zweck gehabt, die Weder Herrn W. nahe zu bringen. Frau Wehrauch stehe in keiner Beziehung zu seinem Institut, er habe ihr für diese Sache nichts bezahlt und nichts versprochen.

Dies sind die Eide, die nach der Behauptung der Anklage-behörde wesentlich falsch geleistet sein sollen. Die letztere will beweisen, daß thatsächlich eine Verabredung zwischen den drei Angeklagten bestanden habe, und stützt sich dabei auf eine ganze Reihe äußerer Momente, auf die Bekundung des Konsuls W. über sein Zusammentreffen mit der Weder und namentlich auf mehrere ein-wandfreie Zeugen, die zu der Weder in näheren Beziehungen ge-standen haben und bekunden sollen, daß diese ihnen schon vor Eintritt der Reise den ganzen Plan ummündeten mitgetheilt habe. Das-selbe soll auch die Wehrauch gethan haben. Die Anklage behauptet auch, daß Grzymacher die Kosten der Reise bestritten und sowohl der Weder als auch der Wehrauch wiederholt Zutwendungen gemacht habe.

Landgerichtsrath Kämpfe eröffnet die Verhandlung um 9 1/2 Uhr. Bei der voraussichtlichen längeren Dauer derselben wird ein Ersatz-Geschworener ausgesucht.

Die Anklage vertritt Staatsanwalt v. Penzinger, die Ver-theidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Joverl und Bronker für Grzymacher, Leonh. Friedmann für Frau Wehrauch und S. für die Weder.

Auf die Fragen des Vorsitzenden nach den persönlichen Ver-hältnissen der Angeklagten

Angeklagter Grzymacher

folgende Auskunft: Er habe das Gymnasium bis Untersekunda be-sucht, nachdem er vorher einige Zeit auf der Kadettenschule gewesen war. Später ging er auf die Gewerbeschule, studirte auf der Gewerbe-Akademie Chemie und Mathematik und trat am 1. Januar 1880 als Anwärter bei der hiesigen Polizei ein. Er wurde Polizeileutnant und dann Kriminalkommissar. Er war bis zum 1. Januar 1896 im Staatsdienst und ist dann auf sein Ge-such pensionirt worden. Als Grund dafür gibt er an, daß er krank gewesen sei und infolge seiner Verheirathung in sehr jungem Alter, dreizehnmaliger Entbindung seiner Ehefrau und schwerer Schicksalsschläge eine Schuldenlast von circa 8000 M. hatte. Er giebt zu, wegen Verletzung seiner Dienstpflicht mehrfach disziplinarisch

bestraft zu sein. Er bezieht eine Pension von 1820 M. jährlich. Schon vor der Pensionirung war ihm der Betrag von 10 000 M. zu einer schriftstellerischen Thätigkeit versprochen worden. Es wurde auch die illustrierte Sport-Zeitschrift „Victoria“ unter Chef-redaktion des Herrn Hode herausgegeben, das Geld war aber schon zu früh verbraucht, so daß die dritte Nummer nicht mehr erscheinen konnte. Der Geldmann ging nach Amerika, um Geld zu holen und ließ einen Wechsel über 3000 M. zurück, der sich aber nicht liquidiren ließ. Dann eröffnete er das Detektivbureau „Greif“, welches auf großen Grundlängen eingerichtet wurde. Er habe einen Sozius, den Mittheiler Barlow gehabt, die ihm ver-sprochenen Betriebsmittel erhielt er aber nur zum Theil. Das Institut, welches eine ganz besondere Organisation erhielt, sollte ursprünglich Ehesachen ganz aus dem Bereiche seiner Thätigkeit lassen. Zeitweise seien über 20 Personen im Institut beschäftigt ge-wesen, darunter ein Inspektor, ein Referendar, ein Bureauvorsteher und drei Schreiber. Die Jahreseinnahmen betrugen 80—100 000 M. Er hat als Einjähriger gedient und ist als Oberleutnant aus dem Militärverhältnis geschieden.

Die Angeklagte

Rosa Wehrauch

giebt über ihre persönlichen Verhältnisse folgendes an: Sie sei in Berlin als die Tochter eines russischen Einwanderers geboren, ihr Vater sei Handelsmann und Zigarettenfabrikant gewesen. Im Alter von 19 Jahren habe sie den Kaufmann Wehrauch geheiratet. Dieser habe sie in letzter Zeit schlecht behandelt, sie habe damals noch nicht gewußt, was sich später herausgestellt habe, daß ihr Ehemann geisteskrank war. Die Ehe sei 1894 geschieden, aus derselben komme ein jetzt 13-jähriger Knabe. Sie habe sich nach der Ehescheidung mehrere Jahre hindurch bei ihren Eltern aufgehalten und dort die Zigarettenfabrikation erlernt. Im Jahre 1897 habe sie sich ein eigenes kleines Geschäft eingerichtet, welches ihr die Mittel zu einer bescheidenen Lebensweise geboten habe. Den Mitangeklagten Grzy-macher habe sie schon als Mädchen kennen gelernt. Die Frage des Präsidenten, ob sie auch für das Detektiv-Institut „Greif“ thätig gewesen sei, verneint die Wehrauch mit Entschiedenheit. Sie habe auf Grzymacher's Ditten Stellensplakate in Restaurationen untergebracht und für jedes Stück eine Mark erhalten.

Die dritte Angeklagte,

Rosa Weder,

ist die Tochter eines kleinen Bahnbeamten bei Lübben. Sie sei 1897 als 21-jähriges Mädchen nach Berlin gekommen und habe hier verschiedene Stellungen als Verkäuferin in einer Konditorei und einem Restaurant bekleidet. Als sie krank geworden sei, habe man sie im „Marienheim“ behandelt. Ein Arzt habe sie dann an die Frau Wehrauch verwiesen, wo sie sich erholen könne. Sie habe bei derselben anfänglich täglich 2 M. bezahlt, dann habe sie der Frau Wehrauch als Gegenleistung für Unterkunft und Verpflegung die Wirthschaft geführt. Mit Entschiedenheit bestritt die Weder, daß sie damals einen unethischen Lebenswandel geführt und die Wehrauch dies begünstigt habe.

Nach dieser vorläufigen Vernehmung der Angeklagten beschließt der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts den Ausschluß der Öffentlichkeit, den Berichtstaktoren wird jedoch der Zutritt unter gewissen Bedingungen gestattet.

Vor Eintritt in die Sache selbst erklärt Rechtsanwalt S. die, daß seine Klientin Weder er gesonnen sei, ein Geständniß abzugeben. Präsi. (zum Angeklagten Grzymacher): Ich möchte auch Sie auffordern, mit sich zu Rathe zu gehen, ob es nicht das Beste für Sie ist, wenn Sie dasselbe thun. Sie sind preussischer Offizier gewesen und ich appellire an Ihr Ehrgefühl, ob Sie nicht vorziehen, bei der schweren Belastung, die auf Ihnen ruht, Ihre Schuld zu bekennen. Sie haben sich verfahren lassen, haben der Verurteilung nicht widerstehen können und sind gestraucht. Wollen Sie das nicht lieber bekennen? — Angekl. Grzymacher: Ich habe nichts zu bekennen!

Nochmals das Ehrgefühl des Offiziers a. D.

Der Angeklagte bleibt mit Bestimmtheit dabei, daß sein Zu-sammentreffen mit den beiden Frauen auf dem hiesigen Bahnhofe ein rein zufälliges gewesen sei, wiederholt diese Versicherung auch trotz der Vorhaltung des Vorsitzenden, daß nach der Bekundung durchaus glaubwürdiger Zeugen die beiden angeklagten Frauen schon vorher von dieser Reise zum Zweck der Beobachtung des Konsuls W. gesprochen haben. — Präsi.: Ich habe vergeblich ver-sucht, an Ihr Ehrgefühl zu appelliren, jetzt appellire ich an Ihren Verstand. Wollen Sie wirklich, daß wir Ihnen solchen Unsinn glauben? — Angekl.: Ich kann nur wiederholen, daß ich die Reise mit den beiden Frauen nicht vorher verabredet habe. Sie können also gar nicht von ihrer Observationstreife ge-sprochen haben, möglich ist es aber, daß ich mal zu Frau Wehrauch von meiner Reise und meinem Auftrage gesprochen habe. Ich wiederhole, daß Frau Wehrauch in meinem Institut nicht beschäftigt war. — Präsi.: Wollen Sie auch dabei bleiben, daß es reiner Zufall gewesen ist, daß die Weder bei der Abreise von Köln nach Bonn gerade in das Koupee gerieth, in welchem sich der Konsul W. befand? — Angekl.: Jawohl, das ist wirklich Zufall gewesen! (Unruhe bei den Geschworenen.) — Präsi.: An-geklagter, Sie sind der Sohn eines Ehrenmannes, wenn Sie selbst noch Ehrgefühl haben, dann lassen Sie es sprechen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch Ihr Verteidiger Ihnen gesagt haben wird, daß es das Beste für Sie sei, Ihre Schuld zu bekennen. — Angekl. Gr.: Ich habe nichts zu bekennen. Es mag ja unglücklich scheinen, was ich sage, ich versichere aber nochmals, daß es wirklich Zufall war. — Präsi.: Das werden Sie kaum jemand glauben machen. — Angekl.: Ich habe schon bei meiner Vernehmung in Lübeck ausgesagt, daß nach meinem zufälligen Zusammentreffen mit den beiden Frauen auf dem Potsdamer (nicht Anhalter) Bahnhofe in mir der Plan reifte, diese Situation nach Möglichkeit auszunutzen, ohne direkt zu provoziren. — Präsi.: Das steht in dem Lübecker Protokoll über-haupt nicht. Wollen Sie nun sagen, daß Sie die Situation auch in dem Sinne ausgenutzt haben, daß Sie die Weder in das Koupee des Konsuls W. dirigirten? — Angekl.: Ich sah erst, als die Weder schon halb im Wagen war, daß Konsul W. darin saß. — Präsi.: Es ist doch wieder ein sehr sonderbarer Zufall, daß die Wehrauch, die angeblich eine Geschäftsreise zum Zweck ihres Zigarettenhandels machte, nun einfach mit Ihnen zusammen-bleibt und auch gleichzeitig zurückkehrt, als Sie zurück-kehren. Der Präsident hält dem Angeklagten weiter weiter vor, daß es doch höchst auffällig sei, daß die beiden weiblichen Angeklagten in Bonn anfänglich gemeinschaftlich ein Hotelzimmer bewohnten, während im Hotel de Greiff sowohl die Weder, als auch die Wehrauch je ein besonderes Zimmer erhielten. Auffällig sei es ferner, daß Grzymacher sowohl der Wehrauch, als auch der Weder wiederholt Geldzuwendungen gemacht und beispielsweise der Weder eine goldene Uhr geschenkt habe. Der Angeklagte sucht alle diese Verdachts-momente mit großer Bewandtheit aus der Welt zu schaffen. Die kleineren Summen, die er vor dem Lübecker Termin der Frau Wehrauch gegeben, seien für Zigaretten gewesen. Der Weder habe er Unterstüßungen gewährt, weil es ihm leid that, daß er sie in solche Unannehmlichkeiten gebracht und sie gewissermaßen an den Pranger gestellt habe.

Das Geständniß der Weder.

Hierauf wird die Angeklagte Weder aus der Anklagebank vor-gerufen und erklärt nach ersten Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß sie ein Geständniß ablegen wolle. Danach habe sie auf dem Bahnhof in Köln thatsächlich ihre Mitreisenden verloren und habe Sachen in ein Koupee gelegt, in welchem schon ein Herr saß und ein anderer, der Konsul W., seinen Platz belegt hatte. Sie habe vor der Wagenthür gestanden und auf die Mitangeklagten gewartet. Kurz bevor der Zug abging, sei Grzymacher angelaufen ge-kommen und habe sie mit den Worten: „Nun nur rasch hinein!“ in das Koupee geschoben. Sie sei dann mit dem Konsul W. in ein Gespräch gerathen, welches aber durchaus anständig gewesen sei. Sie habe keine Ahnung davon gehabt, daß sie gewissermaßen als Ledwogel dienen sollte, vielmehr den Konsul W. für einen

ersten vornehmsten Mann gehalten. In Bonn habe der Angeklagte Grünmacher sie und die Frau Wehrach aus dem Hotel zu einem Spaziergange abgeholt und bei Gesprächen mit Frau W. wiederholt gesagt, die Sache müsse nun anders angefallen werden und zu Ende kommen. Dann habe der Angeklagte Gr. auf dem Spaziergange seinen Angefallenen Dr. Gesche (nicht Lesche) getroffen und mit ihm sehr lebhaft gesprochen. Bald darauf habe Frau W. ihr das Ankommen geteilt, mit dem Konsul P. in sträflichen Verkehr zu treten, sie habe dies zurückgewiesen, Frau W. habe aber immer wieder auf sie eingeredet. Dann sei sie in das Hotel de Greiff übergeföhrt. Sie habe nun erkannt, daß es sich wohl um eine Falle für den Konsul P. handelte und daß es wohl nicht Zufall gewesen sei, der sie in das Koupee des Konsuls P. dirigiert habe. Sie habe sich nicht zu solcher Schändlichkeit hergeben wollen und die Absicht gehabt, abzureißen, es stellte sich aber heraus, daß Dr. Gesche ihr Rundreisebillet genommen hatte, als er in Gemeinschaft mit Frau Wehrach die Sachen aus dem Hotel Continental in das Hotel de Greiff brachte. Am nächsten Tage habe, wie sie jetzt annehme, Frau Wehrach es so dirigiert, daß sie just in dem Augenblicke an den Postschalter kam, als auch Konsul P. sich dort befand. Letzterer fragte sie dabei, ob er sie nicht mal besuchen dürfe, und da sei ihr der Gedanke gekommen, um Grünmacher zufriedener zu stellen, zum Schein darauf einzugehen. Konsul P. sei dann auch in ihr Hotelzimmer gekommen, sei zwar ein wenig dreist gewesen, sie müsse jedoch mit aller Bestimmtheit bestreiten, daß Hebruch getrieben worden sei. Sein Aufenthalt in ihrem Zimmer habe etwa 15-20 Minuten gedauert; als er ging, seien sofort Grünmacher und die Wehrach in das Zimmer gestürzt gekommen. Dieselben hätten durch schnelle und kräftige Anzeichen dafür gesucht, daß etwas vorgefallen sei, und auch zu verstehen gegeben, daß sie dies als selbstverständlich hielten. Sie habe dies entschieden bestritten, die Wehrach und Grünmacher hätten aber stets das Gegenteil gesagt, und als das Gespräch wieder einmal auf dies Thema gekommen sei, nachdem sie das Hotel verlassen hätten, hätten die Mitangeklagten geäußert: „Fraulein, es müßt Ihnen Alles nicht, wir hatten die Thür angebohrt und haben Alles gesehen!“ — Präsident: Wenden Sie nun nicht überaus, als Sie die Vorladung vor das Gericht in Lübeck erhielten? — Angell: Ja gewiß, ich sprach auch mit der Frau Wehrach darüber, sie meinte kurz, es werde nichts auf sich haben. — Präsi.: Sie haben nun in Lübeck auf die Frage des Vorsitzenden erklärt, daß Sie auf die Frage, ob es zwischen Ihnen und dem Konsul P. zum Hebruch gekommen sei, die Antwort verweigern wollten. Konsul P. hat dagegen erklärt, er werde bezeugen, daß es nicht zum Hebruch gekommen sei. Sie haben ferner bestritten, gedrungen zu haben, zu welchem Zwecke die Reise nach Bonn unternommen wurde. — Angell: Darin bekenne ich mich schuldig, wenn ich es auch vorher nicht gewußt habe, so wußte ich es doch, als wir uns in Köln befanden. — Präsi.: Hat Grünmacher Ihnen nach dem Termine Geschenke gemacht? — Angell: Ja, auf der Rückreise gab er mir eine goldene Damenuhr mit dem Vermerken, daß es ein Weihnachtsgeschenk sein solle. — Präsi.: Haben Sie später noch Beziehungen zu Grünmacher gehabt? — Angell: Bald nach der Rückkunft von Lübeck zog ich von der Wehrach fort und mußte mich nun um eine Stellung bemühen. Ich sprach mit Grünmacher, der mir sagte, daß die Eheheiratsangelegenheit ja noch nicht zum Abschluß gelangt sei, man könne ja nicht wissen, wie es vor dem Oberlandesgericht ausfallen werde. Er, Grünmacher, würde mir ja gern 1-2000 M. geben, es hänge bloß von mir ab. Wenn ich ihm einen Brief schreiben wolle, dessen Text er mir auflesen werde, so wolle er für mich sorgen. — Präsi.: Wie lautete denn der Inhalt des Briefes? — Angell: Etwa so, daß ich Grünmacher mitteilte, ich werde vor dem Oberlandesgericht meine Aussage nicht verweigern, wie ich es vor der ersten Instanz gethan, sondern sagen, daß es zwischen P. und mir zum Hebruch gekommen sei. Ich würde zu diesem Bestimmungswort veranlaßt durch den Umstand, daß ich erfahren habe, P. sei bereit, das Gegenteil zu bezeugen, und ich wollte ihn vor einem Meineide bewahren. — Präsi.: So ungewiß ist der Inhalt, wir haben den Brief bei den Akten. Nun wurden Sie zwar vom Oberlandesgericht nicht geladen, Grünmacher nahm sie aber mit zum Termine, ihre Vernehmung wurde beschlossen und Sie machten eine Aussage, die sich mit dem Inhalte des Briefes deckte. Zum Glück wurden Sie nicht verurteilt, sonst würden Sie noch einen Meineid geleistet haben. Aus der weiteren Vernehmung der Angeklagten, die wegen ihrer eigenartigen Sprachweise nur äußerst schwer zu verstehen ist, geht hervor, daß sie zu der Zeit, als sie den Eid leistete, vollständig in den Händen des Grünmacher und der Wehrach gewesen sein will. Unter wiederholten Thränenergüssen schildert sie, wie sie drangalirt worden. Sie gibt zu, daß sie schuldig sei, in dieser ihrer Gemüthsverfassung in einigen Punkten etwas Falsches bezeugen zu haben. Eine Episode ist aus der Vernehmung noch mittheilenswert. Es ereignete sich nämlich, daß das Institut „Greif“ von einem anderen Detektiv-Institut beobachtet wurde. Dabei ist es dann vorgekommen, daß sich wieder und immer wieder feingekleidete Herren an die Wehrach herannahen und es wird die Vermuthung ausgesprochen, daß dies Abgesandte des gegenwärtigen Instituts gewesen seien. Nach der Erläuterungen, die Rechtsanwältin Selle zu dieser Episode gab, scheint der Zweck gewesen zu sein, die Wehrach, die auch beim Oberlandesgericht den Eindruck eines zwar leichtfertigen Mädchens, aber durchaus nicht etwa einer Strahndienerin gemacht hatte, als Prostituirte hinzustellen, die keinen Glauben verdiene.

Die Angeklagte Frau Wehrach, die krank ist und erklärt, daß ihr Gedächtniß schwach geworden sei, behauptet, daß sie nur die Wahrheit bezeugen habe.

Die Wehrach auf der Rheinreise.

Die Angeklagte Wehrach bleibt bei ihrer eingehenden Vernehmung dabei, daß sie in Zigaretten-Angelegenheiten nach dem Rhein habe reisen wollen und die Wehrach auf ihre Kosten zu ihrer Begleitung mitgenommen habe. Auch das Zusammenreffen mit Grünmacher sei rein zufällig gewesen, doch habe dieser ihr unterwegs gesagt, daß sie ihm eigentlich bei der Observation behilflich sein könnte. Sie habe thatsächlich die Wehrach auf dem Kölner Bahnhofe im Gedränge verloren, als sie sich nach ihr umthun wollte, habe sie Grünmacher daran gehindert und gesagt, sie werde sich schon wieder melden. Bei der Ankunft in Bonn habe sie die Wehrach im Gespräch mit P. bemerkt, sie habe sofort auf sie zugehen wollen, Gr. habe aber gesagt, sie solle die Wehrach nicht stören, denn man könne nicht wissen, was sie sich mitzuthellen hätten. Als P. das Hotelzimmer der Wehrach verlassen habe, habe ihr die Wehrach alle Einzelheiten dieser Begegnung genau so mitgetheilt, wie sie, die Angeklagte, es in Lübeck bezeugen habe. Der Vorsitzende macht auch diese Angeklagte wiederholt auf das Auffällige aufmerksam, daß sie angeblich Zigaretten-geschäfte machen und damit eine Rheinreise verbinden wollte, thatsächlich aber gar keine Zigaretten verkauft und auch vom Rhein so gut wie nichts gesehen, sondern sich sehr lange in Köln aufgehalten und sofort nach der Verübung des „Schurkenstreiches“ die Rückreise nach Berlin angetreten habe. Die Angeklagte erklärt, daß ihr Reiseplan durch das Hinzutreten Grünmacher's vollständig verändert worden sei. Sie behauptet, daß sie die Wehrach rein aus Gutmuthigkeit mitgenommen habe, weil diese sie inständigst darum gebeten habe. Die Wehrach versichert, daß sie allerdings mal gesagt habe, es wäre schön, wenn sie mit an den Rhein könnte, später aber habe Frau Wehrach nachdrücklich auf ihre Mißfahrt gedrungen.

Nach kurzer Pause macht der Vorsitzende nochmals ernsthafte und andauernde Versuche, die Angeklagten Frau Wehrach und Grünmacher zum Geständniß zu bewegen. Die Angeklagte Wehrach giebt schließlich zu, gedrungen zu haben, zu welchem Zweck die Reise ausgeführt wurde. Ob ihr Zusammenreffen mit Grünmacher auf dem Potsdamer Bahnhofe ein zufälliges war, wisse sie nicht mehr. Sie habe erst allein reisen wollen, Grün-

macher aber habe ihr gesagt, allein könne sie nicht ausrichten, sie solle mit der Wehrach mitnehmen. Daß dieser bei der Mission eine bestimmte Rolle zufallen sollte, sei ihr wohl klar geworden, doch habe sie nicht gewußt, daß die Wehrach als Lockvogel dienen sollte. Sie wisse noch, daß sie erkrankt gewesen sei, bei der Abreise aus Berlin den Grünmacher auf dem Bahnhofe zu sehen. — Rechtsanwältin Friedmann redet ernstlich auf seine Klientin ein, nun auch die volle Wahrheit zu sagen, denn schon durch ihre jegige Aussage sei nachgewiesen, daß sie in Lübeck in einigen Punkten die Unwahrheit bezeugen habe. Sie solle ihr Gewissen nun auch ganz entlasten und nicht damit zurückhalten, wenn vorher der Plan festgestellt gewesen sei, die Wehrach dem Konsul P. nahe zu bringen. Die Angeklagte erklärt, daß sie nichts davon gewußt habe, wie es schließlich kommen sollte.

Eine Charakteristik der Detektiv-Institute.

Rechtsanwalt Dr. Jvers I legt Grünmacher nahe, nachdem nun schon zwei Geständnisse vorliegen, nun auch seinerseits nicht damit zu zögern. Auch Rechtsanwalt Bronker macht wiederholt den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er seine Lage nur verbessern könne, wenn er der Wahrheit die Ehre gebe.

Angeklagter Grünmacher erklärt auch, die Wahrheit auszusagen zu wollen, er dreht und windet sich aber so, daß der Präsident ihm wiederholt erklärt, daß er die Versuche mit ihm aufgeben. Angeklagter Grünmacher giebt zu, daß es richtig ist, daß Frau Wehrach den Zweck der Reise kannte und daß sie zur Erfüllung dieses Zweckes abgereist sei. Er bleibt dabei, daß er thatsächlich nicht mit ihr zusammen die Sache haben machen wollte. Er habe mit Frau W. über die Reise gesprochen, das sei richtig, aber sein Zusammenreffen mit ihr auf dem Bahnhofe sei wirklich zufällig gewesen. Er habe die Absicht gehabt, die Sache durch die beiden Frauen allein machen zu lassen. Bezüglich der behauptigten Verführung des Konsuls P. macht der Angeklagte wieder allerlei Winkelzüge, die der Vorsitzende schließlich mit der Bemerkung abschneidet: „Das ist etwas so Gemeines, wie man sich gar nicht denken kann. Nicht bloß Ihr Institut, sondern auch noch andere Detektiv-Institute begnügen sich leider nicht damit, Verbrechen aufzudecken, sondern senden direkt Leute aus, um einen Hebruch zu konstatuiren. Das ist wirklich schmachvoll.“

Die Verteidiger schlagen bei dieser Sachlage vor, auf jede Beweisaufnahme zu verzichten; auf den Wunsch der Geschworenen befehligt der Gerichtshof aber eine Anzahl

Zeugen zu vernehmen.

Von Wichtigkeit ist die Befragung eines Zeugen, wonach die Wehrach ihm bereits Anfang Oktober gesagt habe, sie müsse mit der Wehrach und Grünmacher eine Rheinreise machen. Es handelte sich darum, einen Herrn, der Konsul sei, zu verführen. Nach der Rücksicht hat die Wehrach dem Zeugen berichtet, die Reise sei so verlaufen, daß sie jederzeit dem Konsul unter die Augen treten könne.

Hiernach wird unter Zustimmung aller Prozeßbetheiligten auf jede weitere Beweisaufnahme verzichtet und der Vorsitzende trägt sie zu beantwortenden Schuldfragen vor. Auf Antrag der Verteidiger wird bei allen drei Angeklagten die Unterfrage aus § 157 St.-G.-B. gestellt, welcher lautet: „Hat ein Zeuge sich eines Meineides schuldig gemacht, so ist die an sich verurtheilte Strafe auf die Hälfte bis ein Viertel zu erniedrigen, wenn die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen könnte.“

Aus der Beweisaufnahme ist noch nachzutragen, daß Grünmacher er behauptet, für diesen Fall P. von dem Rüstverleger S. 2000 M. Ermittlungsgelder und 6000 M. Belohnung zugesichert erhalten zu haben.

Rechtsanwältin Selle stellt vor Beginn der Plädoyers noch den Antrag, bezüglich der Wehrach die Unterfrage wegen fahrlässigen Meineides aufzunehmen. Dem Antrage wird stattgegeben.

Die Plädoyers.

Staatsanwalt v. Penzinger beginnt sein Plädoyer wie folgt: Es ist hier in der Verhandlung das Institut der Privatdetektivs besprochen worden. Es ist nicht notwendig, sich darüber näher auszulassen, weil durch diese Verhandlung jedenfalls das Institut des Angeklagten Grünmacher in einer Weise gebrandmarkt worden ist, wie es kaum zu erwarten war. Er hat ein Privatdetektiv-Institut geleitet, das den Namen „Greif“ führte und mit der Parole arbeitete: „Der Greif greift Alles“. Das ist kein Wunder, wenn man sieht, mit welchem Menschen man es zu thun hat. Er hat vollständig das Gewissen verloren und huldigte dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Der Staatsanwalt empfiehlt auch, bezüglich der beiden ersten Angeklagten die Unterfragen aus § 157 zu bejahen, nicht aber bezüglich der Wehrach, die in Gemätheit ihrer eigenen Behauptung, daß sie keinen Hebruch getrieben, keine Strafverfolgung zu befürchten hatte, wenn sie bei ihrer Vernehmung ausgesagt hätte, daß sie als Lockmittel mit auf die Reise gegangen sei. Es würde event. Sache der Gnade sein, die Strafe herabzumindern und wenn es sich wirklich herausstellen sollte, daß die Wehrach doch nicht einen so lächerlichen Lebenswandel geführt habe, wie von mehreren Seiten behauptet werde, so würde er selbst bereit sein, ein solches Gnadengesuch zu unterstützen.

Rechtsanwältin Bronker regt Bedenken an, ob die beiden weiblichen Angeklagten trotz ihres Geständnisses thatsächlich einen Meineid geleistet haben. War die Verführung geplant, so war der Hebruch einfach die unausbleibliche Folge, denn es war selbstverständlich, daß die beiden Frauen sich nicht selbst vor Gericht eines Vergehens oder gar eines Verbrechens bezichtigen würden. Eine Anstiftung zum Meineide war also ganz überflüssig. — Die übrigen Verteidiger schließen sich im Allgemeinen diesen Ausführungen an. Sie plädiren dafür, daß den Angeklagten der § 157 zu Gute komme. Nach Replik und Duplik erfolgt die übliche Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden.

Das Urtheil.

Nach reichlich halbstündiger Beratung verurtheilt der Obmann den Spruch der Geschworenen dahin:

Die drei Angeklagten sind sämmtlich schuldig des wissentlichen Meineides, aber mit dem Milderungsgrund, der ihnen auf Grund der § 157 St.-G.-B. zu Gute kommt. Der Angeklagte Grünmacher ist der Anstiftung zum Meineide nicht schuldig.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Grünmacher vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen die Wehrach ein Jahr drei Monate Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust, gegen die Wehrach neun Monate Gefängniß.

Die Verteidiger führten eine Anzahl Milderungsgründe an und baten um ein niedrigeres Strafmaß.

Der Gerichtshof verurtheilte Grünmacher zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5jährigem Ehrverlust, die Wehrach zu 1 Jahr 4 Monaten und 2 Wochen Gefängniß, die Wehrach zu 9 Monaten Gefängniß.

Arbeitskonferenzen stattgefunden. Der Wunsch der Kollegen ging überall dahin, daß noch vor dem im März stattfindenden Verbandstage eine Landeskonferenz der organisierten Maurer der Provinz Brandenburg stattfinden sollte. Diesem Wunsche konnte ich hiermit nach, indem ich am 19. Februar, Vormittags 9 Uhr, nach dem Lokale von Jübel, Lindenstr. 106 in Berlin, eine Konferenz von Vertretern der Zahlstellen der Provinz Brandenburg einberufe. Als Tagesordnung schlage ich vor: 1. Die Beitragserhöhung und welche Stellung nehmen die organisierten Maurer der Provinz dazu ein. 2. Die Tarifgemeinschaft. 3. Agitation und Lohnbewegung im Jahre 1899. 4. Anträge und Beschlüsse. Die Wahl der Delegirten muß in Mitgliederversammlungen erfolgen. O. Silber Schmidt, Berlin W., Frankenstr. 83.

Deutsches Reich.

Wegen Lohn Differenzen sind in der Fabrik von Fride u. Co. in Lübeck 19 Wöthler in den Ausstand getreten.

Berichte der Gewerkschaftskartelle. Das Kartell in Offenbach a. M. hat für das Jahr 1898 seinen Bericht herausgegeben. Er enthält einen Ueberblick über die Lohnbewegungen, die Agitation und die Entwicklung der Organisationen. Von den 14300 beschäftigten männlichen Arbeitern sind 2469 und von den 3120 weiblichen Arbeitern 144 organisiert. Die Gesamt-Einnahme der 22 Organisationen betrug 28665,91 M., die Ausgabe 26817,49 M.

Das Gewerkschaftskartell in Speyer kann berichten, daß die Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um das Doppelte gestiegen ist. Dem Kartell gehören 18 Gewerkschaften mit 16 Verwaltungsstellen an. Das Kartell hatte eine Einnahme von 466,84 M. und eine Ausgabe von 425,25 M. zu verzeichnen.

In der Inderraffinerie in Halle haben die in der Rohzucker-Niederlage beschäftigten 16 Arbeiter sämmtlich die Arbeit niedergelagt. Vor 14 Tagen war ihnen eine Lohnreduzierung von 25 pCt. angekündigt worden, die bei der Lohnzahlung am Mittwoch Abend zum ersten Male vorgenommen wurde. Die Lohnreduzierung ist um so unbegrifflicher, als die Löhne in der Inderraffinerie bis jetzt bereits außerordentlich niedrige gewesen sind. Wurden die Arbeiter im Tagelohn beschäftigt, so erhielten sie 22 1/2 Pf. pro Stunde und davon sind nun noch 25 pCt. abgezogen worden! Der größte Theil der Ausständigen ist organisiert.

Ueber Mißstände, die in der Maschinenfabrik in Zimmendingen bestanden haben sollen, berichtet wir in Nr. 289 unseres Blattes vom vorigen Jahre. Diese Angelegenheit war seiner Zeit auf Anregung des Kaufmanns Schury in Zimmendingen in die Presse gelangt, der sich erbot, in einer eventuell gegen ihn angebrachten Verleumdungsklage den Wahrheitsbeweis anzutreten. Durch Nachweise, die Herr Schury in dem letzten stattgehabten Termin geliefert wurden, erkannte derselbe seine Behauptungen als unhaltbar an, und verpflichtete sich, die Kosten des Verfahrens zu übernehmen und in sämtlichen Zeitungen, die über die Angelegenheit berichteten, dahingehende Erklärungen ebenfalls auf seine Kosten zu veröffentlichen. (Siehe auch Inseratentheil der heutigen Nummer.)

Ausland.

Ueber die Lohnbewegung der Vergleute im Vorigen (Belgien) wird berichtet: Im ganzen Gebiet haben sehr stark beachtete Versammlungen stattgefunden, die sich mit den Beschläffen des letzten Vergarbeiter-Kongresses zu befassen hatten. Im Anschluß daran sind an alle Unternehmer Deputationen entsandt, welche die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten haben. Die Stimmung der Vergleute in jenem Distrikt ist eine dem Streik geneigte.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. In der Theatrolerei-Anlage der bei Sellenkirchen gelegenen Feste „Consolidation“, Schaft I, wurden durch eine Explosion sechs Arbeiter verletzt.

Wiener Selbstmord-Statistik. In Wien sind im vorigen Jahre 371 Selbstmorde vorgekommen, 76 davon betrafen das weibliche Geschlecht. In den Jahren 1897, 1898 und 1899 betrug die Zahl der Selbstmorde 400, 396 und 404. Die Selbstmordziffer des Jahres 1898 ist also beträchtlich niedriger.

Teht-Nachrichten und Depeschen.

Berichten zufolge soll der sozialdemokratische Vertrauensmann für den 6. Wahlkreis (Moabit), Gräßle, Kirchstr. 22, als Polizeispitzel entlarvt worden sein.

Die Sache selbst verhält sich, wie uns aus Parteikreisen geschrieben wird, folgendermaßen:

Der Genosse Eugen Ernst wurde am 3. Dezember von Frau Gräßle per Fernsprecher aufgefordert, zu ihrem Mann zu kommen. Als Ernst dort erschien, theilte Gräßle demselben mit, daß er am Donnerstag, den 1. Dezember, mit einem Kriminalbeamten heringekloppt und dabei sich schwer verletzt habe. Am Morgen des 2. Dezember sei der Beamte in Gräßle's Wohnung gekommen und habe von ihm verlangt, er solle seinem Verbrechen, ihm Nachrichten über die Parteiverhältnisse zu verrathen, nachkommen. Gräßle sei über dieses Verlangen erstant gegeben.

Darauf habe ihm der Kriminalbeamte ein Schriftstück mit Gräßle's Unterschrift hingehalten, in welchem dieser sich bereit erklärt, der Polizei Dienste gegen die Sozialdemokratie zu leisten. Dafür habe er bereits eine Vergütung von 60 M. angenommen. Gräßle habe dies bestritten. Darauf soll der Beamte gefagt haben, daß sich in Gräßle's Bestenliste noch die 60 M. befinden müßten, die dieser dann auch wirklich vorgefunden haben will. Dies Vergehen habe ihm keine Ruhe gelassen, bis er es dem Genossen Ernst eingestanden. Soweit die Erklärung Gräßle's.

Genosse Ernst erklärte auf Befragen Gräßle's, was er thun solle, daß es nur eins gäbe, von Allem zurückzutreten. Dazu erklärte er sich bereit. Gräßle hat nach Lage der Sache mit der Partei nichts mehr zu thun. Im Uebrigen müssen wir es den Parteigenossen überlassen, ihr Verhalten nach Obigem einzurichten.

Die Geschäfte der Partei hat bis auf weiteres der frühere Vertrauensmann Johann Pfarr, Kullierstr. 10, übernommen.

Arsfeld, 13. Januar. (W. Z. B.) In sämmtlichen mechanischen Sammetwebereien, auch in denen mit einjähriger Kündigungsfrist, ist nunmehr die Kündigung erfolgt, so daß am Sonntag früh sämmtliche Sammetweber ausständig sein werden.

Wien, 13. Januar. (W. Z. B.) Ein heftiger Sturm wüthete heute hier den ganzen Tag hindurch und beschädigte die Dächer vieler Häuser und Kirchen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Graz, 13. Januar. (W. Z. B.) Wie das „Graz'er Tagblatt“ berichtet, wurde für Steiermark eine Sprachverordnung zu Gunsten der Slowenen erlassen.

New-York, 13. Januar. (W. Z. B.) Wie der New-York World aus Washington gemeldet wird, dürfte der Friedensvertrag mit Spanien entweder wesentlich abgeändert oder verworfen werden. Achtunddreißig Senatoren hätten sich, demselben Blatte zufolge, anfeindlich gemacht, für ein Amendement zu stimmen, welches die Vereinigten Staaten verpflichten soll, sich aus den Philippinen zurückzuziehen, gerade so, wie sie verpflichtet seien, sich aus Kuba zurückzuziehen.

New-York, 13. Januar. (W. Z. B.) Der New-York Herald meldet aus Washington, der Generalkommissar für die Armeeverpflichtung, Egan, werde auf Befehl des Präsidenten Mac Kinley vor ein Kriegsgericht gestellt werden wegen der Sprache, welche er vor der Untersuchungskommission, die sich mit der angeblichen Mißwirtschaft während des Krieges mit Spanien beschäftigte, dem General Miles gegenüber geführt hatte. Egan hatte Miles einen Lügner genannt und auch sonst beschimpft, weil letzterer behauptete, daß der Armeeverlieferer Rindfleisch sei nach einer Behandlung auf chemischem Wege ungenießbar gewesen.

Reichstag.

10. Sitzung, Freitag, 13. Januar 1899, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Götter.

Die erste Beratung der Militärvorlage wird fortgesetzt.

Hg. Webel (Soz.):

Es ist ein seltenes Schauspiel, daß bei der Beratung einer Militärvorlage die Vertreter der beiden konservativen Fraktionen mit einander im Widerspruch stehen. Herr v. Stumm will die Vorlage unbeschadet annehmen, Herr v. Lebedew will sie „ernstlich prüfen“. Herr v. Stumm ist Vertreter der großen Industrie, die all' das ruhig tragen kann. Herr v. Lebedew ist Vertreter der Landwirtschaft, die freilich auch aus dem Militarismus große Vorteile zieht, doch aber bereits an diesen Lasten schwer zu leiden beginnt. Der größte Nachteil, unter dem die Landwirtschaft zu leiden hat, ist der Mangel an Arbeitskräften. Und gerade die ländlichen Arbeitskräfte werden durch den Militarismus auf Jahre in die größeren und großen Städte gebracht, lernen die großstädtischen Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten kennen und verlieren dadurch den Gedankensatz am Lande — das ist die revolutionäre Wirkung des Militarismus! Es hat sich herausgestellt, daß in 15 Jahren die Zahl der Landarbeiter um 300 000 Köpfe abgenommen hat. (Hört, hört!) Daraus geht hervor, daß durch die stark gestiegene Präsenz der Armee viele Landarbeiter jetzt in den Kasernen festgehalten werden. Bei dem Mangel an Arbeitskräften, über den besonders in der Landwirtschaft geklagt wird, hätten eigentlich die Landwirte alle Ursache, der Vermehrung der Armee entgegenzutreten und zu versuchen, die Landarbeiter vom Militarismus zu entlasten, d. h. in höherem Maße als bisher. Ausländische Arbeiter können hier keinen Ersatz bieten, denn sie sind mit dem ganzen Wesen des Betriebes, mit der Landessprache, den Sitten und Gewohnheiten nicht vertraut. Deshalb scheinen Herr v. Lebedew und seine Freunde sich nun dieser Vorlage gegenüber etwas unbehaglich zu fühlen; denn sie sagen sich, daß von den 26 500 Mann die Landwirte wieder einen erheblichen Teil abgeben müssen.

So erklären sich meines Erachtens nach die verschiedenen Standpunkte der Herren v. Lebedew und Freiherrn v. Stumm. Wenn sie auch hier und da sich beklagen werden, so sind sie doch an ihr altes System gefesselt und müssen sagen, nachdem sie es geliebt haben. So wird es weiter gehen, bis eines Tages der unerbittliche Zusammenbruch kommt. (Sch! recht!) Während nun gestern der Herr Kriegsminister versucht hat, die Kundgebung des russischen Kaisers als friedliche zu kennzeichnen, malte Freiherr v. Stumm in den grellsten Farben die Lage Deutschlands aus, wenn es in einen Krieg gegen Frankreich auf der einen und Rußland auf der anderen Seite verwickelt würde, und folgerte hieraus die Notwendigkeit der Vorlage. Allerdings ist die aus dem Friedensschluß 1871 hervorgegangene Konstellation für die Mächte wesentlich die Ursache aller militärischen Rüstungen der europäischen Kulturstaaten gewesen. Es war der berechtigende Glaube vorhanden, daß Frankreich und Rußland durch die Ereignisse des Jahres 1870/71 gewissermaßen natürliche Bundesgenossen geworden seien, die die erste beste Gelegenheit ergreifen würden, um Deutschland den Zuwachs von Vermögen und Land wieder abzunehmen. Diese Situation hat die Gründung des Dreibundes herbeigeführt. Ich stimme dem Herrn Kriegsminister einmal ausnahmsweise darin bei, wenn er gestern erklärte, daß es auch nicht in der Macht des mächtigsten Monarchen liege, die Lebensinteressen und Existenzbedingungen einer großen Nation zu ändern. Vollkommen wahr! Gewiß, so gar im absolutistischen Rußland ist der Kaiser keineswegs allmächtig. Keine Regierung Europa's ist mehr in der Lage, einen Krieg ohne Zustimmung der herrschenden Klassen zu führen. Auch die gesammten Völker Europa's besitzen zur Zeit den lebhaften Wunsch, unter keinen Umständen in einen Krieg verwickelt zu werden. Wenn daher die Vorlage von der „weisen Regierung“, die uns bis jetzt vor einem Kriege bewahrt habe, spricht, so gehörte wahrhaftig nicht viel Regierungswisheit dazu; denn das war ein dringendes Bedürfnis der Nationen.

Die Sozialdemokraten setzen der Friedensumgebung des russischen Kaisers sehr skeptisch gegenüber; wir haben uns gefragt, wenn der russische Kaiser in der That ein so großes Bedürfnis nach Humanität befehle, dann hat er reichlich Gelegenheit, sie in eigenen Lande nach den verschiedensten Richtungen hin zu beschärfen. (Sehr richtig! links.) Er hat diese Gelegenheit gegenüber den ungeheuren Unterdrückungsmaßregeln, die seine Regierung fortgesetzt gegen Andersdenkende ausübt, er hat in den Bergwerken und Wäldern Sibiriens so viel Elend zu befehlen, daß er kein ganzes Leben lang damit zu thun hätte. (Sehr richtig! links.) Auf der andern Seite ist nicht zu verkennen, daß die Anschauungen des Friedensmanifestes mehr als hunderte von Malen in den verschiedensten europäischen Parlamenten zum Ausdruck gekommen sind. Aber wenn in irgend einem Falle das Wort: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe, seine volle Geltung hat, so hier, trotz allem, was aus der Friedensumgebung hervorgeht. Die Worte, die der russische Kaiser in Bezug auf die Verurteilung des Militarismus und den Zustand Europa's, der aus diesem Militarismus hervorgeht, ausgesprochen hat, werden von jetzt ab in jedem europäischen Parlament, wenn militärische Reformforderungen zur Beratung stehen, ins Feld geführt werden. Niemand von Ihnen, er mag stehen, auf welchem Standpunkt er will, wird die Möglichkeit, jener Argumente bestreiten können. Wenn in demselben Augenblick, wo unsere Regierung der russischen ihre Sympathie für diesen Schritt ausdrückt, hier dem Parlament eine Militärvorlage eingebracht wird, das scheint uns geradezu eine Verhöhnung ohne Gleichen....

(Stimme des Präsidenten.)

Herr Graf Ballestrem: Das Wort Verhöhnung in dem Zusammenhang, in dem der Herr Redner es gebraucht, ist nicht parlamentarisch.

Hg. Webel (fortfahrend): Es mag nicht parlamentarisch sein, aber, meine Herren, wahr ist es. (Sehr richtig! links! Unruhe.)

(Stimme des Präsidenten.)

Herr Graf Ballestrem: Ich rufe nunmehr den Herrn Hg. Webel zur Ordnung, weil er sich meinen Anordnungen widersetzt hat. (Geisterlichkeit und Bewegung.)

Hg. Webel (fortfahrend):

Charakteristisch ist es ja auch, meine Herren, was der russische Kaiser einem englischen Journalisten, der ihn interviewte, über die Bedeutung seines Vorgehens gesagt hat: „Jetzt sind wir so weit gekommen, daß wir unsere besten jungen Männer alle in die Armee gesteckt haben. Das geht so weit, daß wir unser Heer gar nicht mehr mobilisieren können, ohne den ganzen sozialen Mechanismus aus dem Land und Land zu bringen.“ Und er erklärte: „Wenn es trotz alledem angeht, daß die ungeheuren Masse von Soldaten, die gegenwärtig die Großstaaten Europa's in einem Kriege ins Feld zu stellen vermögen, und der ungeheuren Verpflegungsmittel, die diese Soldaten in einem Kriege der Zukunft anzuliefern vermögen, zu einem Kriege läme, die Folge dieses Krieges die revolutionäre Katastrophe sein werde.“

Dabei wird Sozialdemokraten nicht dasselbe gesagt, nicht schon oft auf die Gefahren hingewiesen, die nicht allein in militärischer und politischer, sondern besonders auch in wirtschaftlicher Beziehung dem Staate drohen, wenn einmal die 15 Millionen Soldaten zum Generalmarsch in Europa antreten? Dann hat die bürgerliche Gesellschaft selbst ihr Todesurteil gesprochen; dann wird man sich darüber klar werden, ob diese ständigen Opfer berechtigt sind, und

ob hierdurch ein menschenwürdiger Zustand erzielt worden ist. (Bravo! links.) Lieber die Folge dieser Zustände kann sich wohl keiner von Ihnen, meine Herren, täuschen. Und diese Voraussetzungen hat auch den russischen Kaiser zu der Kundgebung veranlaßt.

Freilich kommt noch etwas hinzu; und darauf mache ich die Herren, die für die Militärvorlage stimmen wollen, besonders aufmerksam: In den letzten zwei Jahren ist eine Verschiebung der Stellung der europäischen Großmächte eingetreten und — ich glaube das bestimmt — wenn für Deutschland ein Krieg mit Rußland oder Frankreich drohen sollte, dann wird England aus eigenem Interesse genötigt sein, den Dreibund durch seine eigene Macht zu verstärken und ihm ein solches Lebergewicht, besonders zur See, zu geben, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, Rußland oder Frankreich könnte etwa einen Krieg gegen Deutschland provozieren.

Des Weiteren hat aber zweifellos der innere Zustand Rußlands eine Gestaltung angenommen, der jede russische Regierung nötigt, auf absehbare Zeit hinaus unter allen Umständen einen Krieg zu vermeiden. Die russische Landwirtschaft hat in dem letzten Jahrzehnt außerordentlich schwere Schläge bekommen, daß ein permanenter Hungerzustand eingetreten ist. Die russische Finanzlage ist ferner nichts weniger als eine glänzende, der russische Finanzminister muß eine förmliche Rundreise unternehmen, um eine Anleihe zu machen. Jetzt will man sich dort sogar an Amerika wenden; Amerika aber dürfte hierzu kaum geneigt sein, oder doch nur um einen Preis, den die russische Regierung sich vorläufig hüten wird bezahlen zu wollen.

Bei einer solchen Finanzlage kann Rußland auf absehbare Zeit hinaus unmöglich auf eigener Kraft die Mittel zu einem Weltkriege aufbringen. Rußland hat zunächst alle Ursache, seine Kräfte zur industriellen und kulturellen Hebung seines ungeheuren Areals zu verwenden. In diesem Zwecke sind die riesigen Eisenbahnbauten, die transsibirische, die sibirische Bahn in Angriff genommen worden. Lassen Sie das Alles zusammen, so ist Rußland im Innern betriebsmäßig, daß es in der That in nächster Zeit gar nicht daran denken kann, einen Krieg größeren Stils in Europa oder sonst irgendwo zu führen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist meines Erachtens auch der Anstoß zu dem Manifest des Zaren gekommen. Von diesen politischen Gesichtspunkten aus haben wir erst recht keine Ursache, eine neue Militärvorlage zu bewilligen. Übrigens gehen auch im Orient die Dinge für Rußland so, daß in wenigen Jahrzehnten ihm die reifen Früchte dort von selbst zu fallen.

Und in Bezug auf den zweiten sogenannten Erbfeind, Frankreich, liegt doch die Sachlage durchaus nicht ungünstiger. Das glaubt selbst Herr v. Stumm nicht, daß Frankreich sich in der Lage sieht, einen Krieg mit Deutschland aufzunehmen. Ist das aber der Fall, dann ist auch Frankreich genötigt, jede aggressive Politik einzustellen, insbesondere alles zu vermeiden, was zu irgend einem Konflikt mit Deutschland führen könnte. Man streitet sich ja beständig bei uns, welche Bedeutung die französische Armee gegenüber der deutschen habe. Es ist ja richtig, daß Rußland und Frankreich jährlich ein weit höheres Kontingent in die Armee aufnehmen als Deutschland. Aber man muß doch in Deutschland zu den ausgedehnten Manuskripten auch die rechnen, die alljährlich freiwillig in die Armee eintreten. Wenn man dies thut, stellt sich das Verhältnis wesentlich anders. Nach den Zahlen für die Jahre 1890—1896 ergibt sich, daß in diesem Zeitraum Deutschland 43 154 Mann mehr in die Armee eingezogen hat als Frankreich, und dies Verhältnis gestaltet sich noch günstiger, wenn man bedenkt, daß Frankreich genötigt ist, aus seiner Armee die gesammten Kolonien zu besetzen, Alger, Madagaskar, Tonkin u. s. w.

Ferner gestaltet das Verhältnis in der Entwicklung der Bevölkerung Frankreichs und Deutschlands sich zu einem immer größeren. Wir haben eine jährliche Vermehrung von 700 000 bis 750 000 Köpfen, Frankreich nur einmal entfernt mit 100 000 rechnen. Es hat heute nur 39 Millionen gegen 64 in Deutschland. Also vom rein politischen Standpunkt aus ist bei der Gesamtlage Europa's gar nicht daran zu denken, daß eine solche Vorlage gerechtfertigt werden könnte.

Kun ist freilich weiter behauptet worden, die Finanzschwäche der finanziellen Kräfte Deutschlands liege hinter der anderer Staaten zurück. Ich habe schon bei Gelegenheit des Etats ausgeführt, wie wir von 1889 bis 1898 im Gegensatz zu den zehn Jahren von 1878 bis 1888 für die Armee 1688 Millionen Mark mehr ausgegeben haben. Dazu für die Marine 361 Millionen Mark mehr, so daß also in jedem Jahre die Ausgaben durchschnittlich um 200 Millionen gesteigert sind.

Solche Anforderungen kommen angelehnt der Thatfache, daß die notwendigsten Kulturbedürfnisse in der schmerzhaftesten Weise vernachlässigt werden! Ich habe vor einem Jahre darauf hingewiesen, wie die großen Ueberflüsse in dem Jahre 1898 es der preussischen Regierung wieder aufs Neue zur zwingendsten Nothwendigkeit machten, alles aufzubieten, um dieses Unheil, das gewisse Provinzen nun im Laufe des Jahrhunderts schon so und so viele Male betroffen hat, dadurch zu beheben, daß endlich einmal der Staat die notwendigen Mittel zu den notwendigen Wasserbaukorrekturen liefere. Nun hat sich nach langen Erörterungen der Techniker herausgestellt, daß das Minimum, das wir brauchen, um diese Gefahr zu beseitigen, 60 Mill. Mark, sei. Nach unabweisbar gebliebenen Nachrichten hat sich die preussische Regierung aber nur bereit erklärt, die Hälfte davon zu geben. Aber hier wird gepart, während für Aufgaben, die ich nie und nimmer als Kulturaufgaben bezeichnen kann, ungezählte Millionen vorhanden sind. Wollen Sie dem ferner bestreiten, daß es im Deutschen Reich eine Anzahl Gemeinden gibt, die heute nicht mehr wissen wie sie ihre Bedürfnisse aufbringen sollen. Hier wäre es längst Sache des Staates gewesen, eine ganze Reihe von Ausgaben, insbesondere die Schulausgaben, auf die Staatskasse zu übernehmen und die Gemeinden auch in Bezug auf das Krankenwesen zu unterstützen. Ja, schränken Sie endlich Ihre Militärausgaben ein, machen Sie es möglich, daß Ueberweisungen von hunderten von Millionen jährlich an Einzelstaaten kommen und Sie werden sehen, wie diese Summen zum Wohle der Bevölkerung verwendet werden.

Nun war es mir ganz interessant, in diesen Tagen einmal eine Offiziersliste zu bekommen, die ich der Wirtschafts- und Handelspolitischen Rundschau für 1898, die hier bei Puttkammer und Mühlbrecht erschienen ist, entnommen habe. Diese Liste enthält eine genaue Verrechnung der Kosten für Militär- und Marinezwecke für die verschiedenen Staaten Europa's. Da kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß in Großbritannien auf den Kopf des Soldaten der jährliche Unterhalt 1547 M. beträgt. Dabei ist zu bedenken, daß England ganz besonders thener wirtschaftet, da die volle Hälfte seiner Armee in den Kolonien steht. Unmittelbar hinter England erscheint Deutschland und zwar mit der Ausgabe von 1146 M. pro Kopf. Dann erst folgt Frankreich mit 918 M. pro Kopf. Italien mit 574, Oesterreich-Ungarn mit 692, Rußland und Finnland mit 610, so daß also die Kosten der Militärausgaben für das ungeheure russische Reich auf den Kopf fast um die Hälfte niedriger kommen, als das in Deutschland der Fall ist.

Sind wir aber wirklich die reiche Nation, wie Herr von Stumm es schildert hat? Der Statistik nach beträgt das Durchschnitts-Einkommen in England 731 M., Frankreich 633, in Deutschland 551 M. pro Jahr und Kopf. Wir kommen also hier erst in dritter Reihe, während wir in bezug auf die Belastung des Militär- und Marinebudgets in zweiter, bezw. erster Stelle in Europa stehen. Unsere finanzielle Lage ist daher durchaus nicht so günstig, daß wir auf die Dauer weitere solche Lasten tragen können.

Freilich ist es merkwürdig, daß das Manifest des russischen Kaisers in den bürgerlichen Kreisen nicht mit mehr Jubel begrüßt

worden ist, daß man nicht Alles aufgebietet hat, um die Regierungen zu beeinflussen, damit auf dem ausgeprochenen Gedanken auch die That folge. Nur in England wurden freudige Kundgebungen laut. Aber in Deutschland erfolgte das gerade Gegenteil. Da hat z. B. kürzlich in der Genossenschaft freiwilliger Krankenpflege ein Professor Kahl öffentlich erklärt, er sei doch anderer Ansicht, als der russische Kaiser, wenigstens soweit Deutschland hier in Frage kommt. Nach Ansicht Kahl's ist es nicht möglich, den Krieg abzuschaffen; und wenn's möglich wäre, doch nicht wünschenswert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und hiergegen ist kein Protest erhoben worden. General v. Boguslawsky hat sich im Novemberheft der „Deutschen Rundschau“ auch hierüber ausgesprochen. Er zitiert Nolte: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner; der Krieg ist ein Element in Gottes Ordnung.“ Der arme liebe Gott! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als ich diese Ausführungen gelesen hatte, fragte ich mich, warum, wenn der Krieg in Gottes Ordnung ist, die europäischen Regierungen nicht alle 10 Jahre eine große Massenschlächterei veranstalten, um die physischen Kräfte der Nationen zu stärken. Daß dies nicht gethan wird, ist ein Zeichen für die Haltlosigkeit der Behauptungen. Der Proletarier hat es ja in Deutschland auch nicht nötig, auf den Krieg zu warten, um seine physischen Kräfte zu stärken. Er sieht immer einen Feind gegenüber, in der Fabrik, im Bergwerk u. s. w. Nach der Unfallstatistik sind von 1880—1898 in den der Unfallversicherung unterworfenen Betrieben Deutschlands 58 780 Arbeiter getödtet worden, 34 240 für Lebenszeit ganz und 250 848 theilweise erwerbsunfähig geworden. 151 827 Arbeiter waren vorübergehend krank, so daß im Ganzen 516 762 Proletarierleben mehr oder weniger schwer beschädigt worden sind. Die deutschen Arbeiter haben also wirklich keine Ursache, einen Krieg herbeizuführen und ihr Leben auch noch auf dem Schlachtfeld zu opfern für Interessen, die weit nicht die ihrigen sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Würde es sich wirklich um einen Verteidigungskrieg handeln, dann, meine Herren, würde die deutsche Sozialdemokratie ihre Schuldigkeit thun. Aber hier handelt es sich um politische Märgen und Blänschen; und dafür will das deutsche Proletariat nicht seine Gliedmaßen opfern. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich den Wiener Arzt, der seinem Versuch nun Opfer gefallen ist, so hoch schätze, wie jeden, der sich aus Liebe zu den Mitmenschen aufopfert. Das geschieht zum Nutzen der Menschheit, aber massenmörderische Kriege wollen wir nicht in Szene setzen.

Jwar hat gestern Freiherr v. Stumm gesagt, man müsse die Militärvorlage schon deshalb bewilligen, weil, wenn bei der Abrüstungskonferenz beschlossen werden würde, die Armee um 10 Pct. zu verringern, der Staat am besten wegläme, der zuletzt am meisten gerüstet sei. Ich dachte mir bei seinen Worten: Wenn Sie das denken, dann seien Sie wenigstens so geschickt, Ihre Gedanken nicht zu verrathen. (Geisterlichkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich verliche in der That nicht, daß Freiherr von Stumm, der der Regierung so nahe steht, sich nicht überlegt, welchen Eindruck solche Worte in Petersburg machen müssen. Ich halte nun den Gedanken der Abrüstung in dem Sinne, daß eine Vereinbarung getroffen werden könnte, daß jedes Land einen bestimmten Theil seiner Armee zu entlassen habe, für unumführbar aus Gründen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will.

Es giebt aber andere Mittel, die diesen Gedanken zu verwirklichen im Stande sind. Man treffe auf der Konferenz das Uebereinkommen, den Status quo auf 10 Jahre aufrecht zu erhalten. Dann kann ja keine Macht mehr an Rüstungen denken, weil die Möglichkeit fehlt, auf eine so lange Reihe von Jahren hinaus dieselbe in Anwendung zu bringen. Man komme weiter dahin überein — und der Gedanke ist auch ausführbar — daß ein für alle Male, sobald irgend welche Zwistigkeiten zwischen bestimmten Kulturstaaten auftreten, alle übrigen Staaten zu einem Schiedsgericht zusammenzutreten, in dem die streitenden Parteien ihre Sache vortragen, und entschieden wird, wer Recht und wer Unrecht hat!

Freilich ist an all' das einstweilen nicht zu denken. Das stehende Heer ist, wie die Marine, ein soziales Moment in unserem Wirtschaftsleben, an deren Aufrechterhaltung zahlreiche und wichtige Massen der Gesellschaft interessiert sind. Bei dem immer schwieriger werdenden Existenzkampf, auch für unsere höheren Klassen, ist es diesen eine ganz angenehme Einrichtung, daß sie ihre Söhne in die Armee als Offiziere abgeben können. Der preussische Adel hat ja von je in der Armee seine hauptsächlichste Verpflegungsstelle gesehen. Dazu kommt der große Kreis der Industriellen, der Waffen, Munition, Bekleidungsstoffe zu liefern hat, ein ganzer Ring von hunderten Kapitalträgen und einflussreicher Personen in unserer Gesellschaft, in der Presse, die Alles daransetzen werden, jede Aenderung in den militärischen und sonstigen Einrichtungen unseres Volkes zu hintertreiben.

Vor Allen aber ist die Armee heute zu gleicher Zeit noch eine soziale Klasseninstitution, sie ist ein Mittel der Klassenherrschaft, in Folge dessen werden die herrschenden Klassen nie in eine Aenderung desselben willigen.

Wir aber haben die Interessen der arbeitenden Klassen zu vertreten. Wir erklären es für ganz selbstverständlich, daß einwilligen jeder Staat verpflichtet ist, Einrichtungen zu treffen, die ihn nach Möglichkeit vor Verdrängungen Seitens anderer Nationen schützen. Aber wir verlangen, daß das in Formen und Einrichtungen geschieht, die es dem Volke erträglich und leicht machen, hier seine Pflicht zu erfüllen. Es ist zweifellos, daß bei dem mächtigen Konkurrenzkampf, der heute bei allen Nationen der Welt tobt, diejenige am besten fortkommt, die die zahlreichsten und intelligentesten Arbeiter hat. Ist das aber der Fall, dann haben wir dafür zu sorgen, daß nicht ein großer Theil der bestfahigsten Arbeiter sorglos auf Jahre hinaus in der Armee festgehalten wird. Das gilt nicht allein für die Landwirtschaft, wo es in späteren Jahren geradezu eine Lebensfrage werden wird, sondern das gilt ebenso für die Industrie.

Unter Zustimmung eines großen Theils des Bürgertums hat Herr Balle eine Verordnung erlassen, wonach kein Sozialdemokrat in der Schulkommission sitzen darf. Und doch giebt es keine einzige Partei, die für die allgemeine Volksbildung und Erziehung in solchem Maßstabe Mittel ausgiebt, wie die Sozialdemokratie. Aber das ist staatsgefährlich! (Laut rechts.) Jawohl, staatsgefährlich! Bei Ihnen gilt das Wort: der dümmste Arbeiter ist der beste. In England und Amerika aber sagt man im Gegentheil: der intelligente Arbeiter ist der beste und billigste; er ist leistungsfähig; dem kann man das anvertrauen. Je höhere Intelligenz, je bessere Schulbildung unsere Arbeiter haben, um so mehr Vortheil hat die Industrie und Landwirtschaft davon. Solche Ansichten aber sind von den bei uns Herrschenden ganz verschieden. Wenn man einen Herrn von der Militärverwaltung fragen würde, mit wem er lieber zu thun hat: mit einem dummen Dauern oder mit einem intelligenten Industriearbeiter, dann wird er sich für den letzteren entscheiden. Der bayerische General von Sauer hat in der Etatsdebatte in München erklärt, daß es für die Armeeverwaltung von ganz besonderem Vortheile wäre, daß jetzt so viel Leute aus den Industrie- und Stadtbezirken eingezogen würden; denn solche wären viel gewandter und gelenkiger, auch intelligenter, was von Wichtigkeit bei den hohen Anforderungen an die Ausbildung des Einzelnen ist. Die Landente, die als Reservisten einberufen werden, haben meist das Gelernte wieder vergessen, während der Industrie-Arbeiter weit brauchbarer ist. Nun, meine Herren, wir Sozialdemokraten sind ja davon überzeugt, daß, wenn die Jugend militärisch erzogen werden, wenn als In-

strukturen ehemalige Unteroffiziere und Offiziere erufen werden würden, daß dann die Dienstzeit verändert und unsere Armee allmählig ein ganz anderes Gesicht bekommen würde.

Dieser Gedanke ist freilich heute in bürgerlichen Kreisen ganz abgethan. Bei der Generalversammlung des Nationalvereins zu Frankfurt a. M., welche unter Vorsitz des Herrn Bennigsen tagte, wurde im Oktober 1865 folgende Resolution gefaßt: Die Versammlung erklärt: Die allgemeine Wehrpflicht, die ohne übermäßige Belastung des Volkes nur in Verbindung mit sehr kurzer Präsenzzeit durchgeführt werden kann, erfordert die militärische Vorbildung der noch nicht dienstpflichtigen Jugend. Dieselbe hat mit dem Turnen zu beginnen und ist möglichst bis zur feldmännlichen Ausbildung der Kompagnie durchzuführen. Der Nationalverein fordert seine Mitglieder auf, zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Zunächst ist insbesondere anzustreben 1. die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an allen Schulen, auch den Volksschulen, 2. die Gründung von freiwilligen Jugendwehren, besonders in den Städten, welche sich entweder an die Schulen anschließen haben, oder wo es möglich ist, die Unterweisung des Militärs in Beziehung auf den Unterricht gewinnen sollen. 3. Ferner die Anstellung von Staat beförderter Offiziere als Jugendwehr-Instrukteure. 4. Ueberlassung von Exerzierwehren an die Jugendwehren vom Staat. 5. Herabsetzung der Präsenzzeit im Frieden für die in der Jugendwehr Ausgebildeten. 6. Erleichterungen der Schulpflichten für die Jugend in den Schützenvereinen.

In der Generalversammlung des Nationalvereins im Jahre 1862 wurde eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Ideen über allgemeine Volkswehr und Volkobewaffnung sehr nahe kommt, weil man sich damals sagen mußte, daß die Armee ein Werkzeug für die Regierung sei, welches jeder Volkswehr und jeder Volksbewegung ein quos ego (ich werde Euch!) entgegen schleudern sollte.

Allmählig machen sich auch solche Anschauungen in Offizierskreisen geltend. Der Chef des Generalstabes im 16. Armeekorps plädiert für eine nicht allzugroße gut ausgebildete Aktionsarmee, die gestärkt wird durch eine große, das ganze Volk umfassende militärische Organisation im Hintergrunde. Hier wird also auch allgemeine Volkswehrung als Ideal hingestellt. Er bezieht sich direkt auf den Schweizer Oberst Wille, der die allgemeine Volkswehrung verbunden mit militärischer Jugendberziehung in unserem Sinne bestritten hat. Ueber das Schweizer Milizweh sind von deutscher Sachverständiger Seite die günstigsten Urtheile gefällt worden. Redner verliest einen Artikel der „Straßburger Post“, den ein Militär geschrieben hat und in dem die Manneszucht der Schweizer Milizsoldaten hoch gerühmt wird. Der amerikanisch-ladonische Krieg spricht auch für das Milizweh, das kleine Milizheer Amerika's hat sich musterhaft geschlagen und war dem stehenden spanischen Heere weit überlegen.

Für uns ist es selbstverständlich, daß wir eine derartige Vorlage ohne Weiteres ablehnen, insbesondere auch deshalb, weil wir kein System unterstützen wollen, das, um das Volk des russischen Kaisers zu gebrauchen, gerade zu der Katastrophe führt, die man zu vermeiden wünscht. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: Der Herr Präsident hat schon die Güte gehabt, den Ausdruck zu rügen, den Herr Veibel über die Vorlage gegenüber dem Manifest des Kaisers von Rußland gebraucht hat. Die Auffassung über das Manifest des Kaisers ist eine verschiedene. Die Regierung sieht es als eine Grundlage für eine friedliche weitere Entwicklung an, während die Auffassung der sozialdemokratischen Partei etwas anders geartet ist. Gleich nach Erscheinen des Kaisers-Manifestes brachte der „Vorwärts“ einen Artikel, in dem das Manifest als ein Mißgriff der russischen Diplomatie bezeichnet wurde. Andere Aeußerungen auf dem Stuttgarter Kongreß unterstützen diese Auffassung. Dort wurde gesagt, daß die Frage, welche die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen wohl nicht gelöst werden würde und Liebherr nannte das Kaisers-Manifest eine Farce und sagte: „ob es ein Auger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht. Wenn das die Ansicht der sozialdemokratischen Partei ist, dann begreife ich nicht, wie Herr Veibel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Herr Veibel fürchtet nach seiner heutigen Rede keinen Krieg vom Westen. Dann begreife ich aber nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Veibel.) Herr Veibel fordert ein Vollsheer, das 17 1/2 mal so groß als das Schweizer Heer sein soll und über 8 1/2 Millionen Mann zählen würde. Allerdings muß ich angeben, daß die Weibliche Organisation insofern etwas eigenenthümlich werden soll, als über dreieinhalb Millionen ungewaffnet bleiben sollen. (Weiterer recht.) Immerhin muß ich sagen, unsere Anforderungen sind dagegen recht bescheiden. (Weiterer recht.) Die Schulden würden also bei Durchführung des Weiblichen Vorschlages noch größer werden als die wüstrigen. (Weiterer recht.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte anzutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Nation majorisirt werden kann, d. h. in ihrer Existenz vernichtet werden kann. Die Vorwürfe Weibel's über die Rekrutierungsgebiete des Offizierskorps sind ganz unberechtigt. Wir müssen den Kreis, aus dem wir die Offiziere entnehmen, eng ziehen, sonst büßen sie die bisherige Leistungsfähigkeit ein. Aus dem Adel können wir die Anforderungen garnicht allein bestreiten, das bürgerliche Element überwiegt dem auch im Offizierskorps ganz bedeutend. Die Vorwürfe, die Herr Veibel gegen die landwirtschaftlichen Rekruten erhoben hat, sind ganz unberechtigt. Wenn ich die Wahl habe zwischen einem intelligenten Landarbeiter und einem intelligenten Industriearbeiter, wähle ich den Landarbeiter. (Sehr gut recht.) Ich weiß von Sachverständiger Seite, die besten Industriearbeiter kommen vom Lande. (Sehr richtig! recht.) Was die militärische Erziehung anlangt, so haben wir gegen eine größere Ausbildung im Turnen gewiß nichts einzuwenden. Aber eine militärische Jugendberziehung kann ich nur als Spielerei bezeichnen. Nimmt man es nämlich mit der militärischen Ausbildung ernst, dann geht der jugendliche Körper zu Grunde (sehr richtig, recht). Uebrigens haben wir ja auch militärische Erziehungsanstalten, das sind die Kadettenhäuser. Diese aber werden von sozialdemokratischer Seite ja immer recht wenig lebenswürdig beurtheilt. (Weiterer recht.) Herr Veibel hat hier eine Broschüre des Obersten Bernhardt zum Vorwurfe für seine Anschauungen zitiert. Bernhardt legt aber ganz besonderes Gewicht auf ein starkes stehendes Heer und seine sonstigen Ausführungen sind durchaus im Geiste unserer Militärvorlage gehalten. Ueber das Milizsystem der Schweiz zu urtheilen, müßte ich mir Schranken auferlegen, die Schweiz ist ein befreundeter Staat und ich habe keine Veranlassung, an ihren Einrichtungen Kritik zu üben. Daß die schweizerische Bevölkerung wehrfähig ist, darüber besteht gar kein Zweifel. Doch schweizerische Stimmen selbst klagen über Mängel des dortigen Heerwesens, die dringend der Abhilfe bedürfen. So sehr ich das Wohlwollen in der heutigen Rede des Abg. Veibel anerkenne, so muß ich doch auf die Verhandlungen in Stuttgart verweisen, wo gesagt wurde: Die Armee müsse demokratisirt werden und dazu müsse die einjährige Dienstzeit sobald als möglich eingeführt werden. Wir sind anderer Meinung, und was in unserer Macht steht, diesen Gedanken zu verwirklichen, werden wir thun. (Weisfall recht.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.):

Ich habe heute in einer politischen Zeitung gelesen, noch niemals sei eine Militärvorlage so ruhig verhandelt worden wie diese. Auch das Zentrum befindet sich gegenüber der Vorlage in einer sehr glücklichen Lage. Etwas anderes ist es, die Konsequenzen aus einer gegen den eigenen Willen beschlossenen Veränderung zu ziehen. Die heutige Vorlage ist nur die Konsequenz der früheren. Das Zentrum hat also völlig freie Hand. Es wird die Vorlage gewissenhaft prüfen. Sollte es zu gänzlicher oder theilweiser Ablehnung kommen, so wird man es als unpatriotisch nicht angreifen dürfen, nachdem es seine Vaterlandsliebe bei Verstärkung der deutschen Seemacht so glänzend bewiesen hat. (Sehr gut! im Centrum.) So sehr wir auch entschlossen sind, die Interessen der nationalen Verteidigung den Interessen der

Partei voranzusetzen, so haben meine Freunde doch diese Vorlage als eine unliebsame Ueberraschung empfunden — nach der Bewilligung der großen Marinevorlage und nach den vorjährigen Erklärungen des Herrn Kriegsministers, die ihrem Wortlaut nach allerdings sich mit dieser Vorlage in Uebereinstimmung bringen lassen. In den politischen Verhältnissen können wir eine Begründung der Vorlage nicht sehen. Der Dreifund besteht fort. Wir können nur wünschen, daß Oesterreich seine inneren Schwierigkeiten überwindet, Italien befindet sich allerdings in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es nur überwinden kann, wenn es den kassenden Riß im Innern überwindet, wenn es sich von allen revolutionären Elementen trennt, sich auf die konservativen Bestandtheile der Bevölkerung stützt und die römische Frage löst. (Bravo! im Centrum.)

Auf das Friedensmanifest des Jahres will ich nicht näher eingehen. Es ist ein schönes Bild, dieser junge Monarch, der an des Jahrhunderts Reize mit dem Palmzweige des Friedens steht, als das es wahr sein könnte. Es wäre nur zu wünschen, daß die russische Diplomatie sich daran gewöhnt, ebenfalls solche ideale Bahnen zu verfolgen.

Was nun die Vorlage betrifft, so muß ich sagen, daß meine Freunde auf die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit den größten Werth legen; ein Theil derselben möchte sie schon jetzt gesehlich festgelegt sehen, aber zu einer solchen Maßnahme scheint der Mehrheit meiner Freunde doch keine genügende Nothwendigkeit vorzuliegen. Wir sind überzeugt, daß man auch nach weiteren fünf Jahren nicht an die zweijährige Dienstzeit Hand anlegen kann. Die Forderung für die Reorganisation der Feldartillerie erkennen wir an, dagegen erscheint uns die Forderung einer Vermehrung der Artillerie in dem geforderten Umfange nicht genügend begründet, ebenso wenig die geforderten neuen Divisionen und Armeekorps. Die ganze Forderung auf diesen Gebieten legt den Gedanken nahe, daß wir vor ungeahnten späteren Reorganisationen stehen. Herr v. Levegow wollte wissen, wie das V. aussieht, wenn er V sagt. Wir erachtet es erforderlich, uns in der Kommission das ganze Alphabet mitzutheilen. (Sehr richtig! im Centrum.) All diese Forderungen sind immer nur die Vorläufer von weiteren Forderungen. Auf diesem Wege kann es aber nicht weiter gehen, wir müssen doch endlich zu einem Ende kommen. (Sehr richtig! links.) Daß die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Volkes gestiegen ist, kann ohne weiteres zugegeben werden. Aber man braucht daraus doch nicht den Schluß zu ziehen, daß eine neue Heeresvermehrung getragen werden kann. Das Maß von Wohlwollen, das wir für die Vorlage empfinden, wenn überhaupt von Wohlwollen gesprochen werden kann, ist sehr verschieden abgestuft. Sehr geringe Sympathien haben wir für die neuen Kavallerieformationen, wozu besonders die Motivirung beiträgt. Bei der Infanterie handelt es sich um direkte Erhöhungen und wir bringen diesen große Bedenken entgegen, weil sie die Vorläufer von Zukunftsforderungen sind. Ueber die Frage, wo sollen die neuen Mannschaften hergenommen werden, gleichen die Motive hinweg; sie erwähnen nicht einmal den Umstand, daß durch die vorjährige Flottenvermehrung schon mehr Mannschaften gebraucht werden. Der Kriegsminister erwähnte zum Schluß die wachsende Kriminalität. Das tief liegende Uebel kann durch die Mittel der Heeresverwaltung nicht bekämpft werden. Gelsen kann nur die Religion, das Christenthum, die christliche Schule und das Vorbild der höheren Stände. Da liegt vieles im Argen. Gehen wir in uns, bekämpfen wir die Ideallosigkeit, den Pessimismus, den Skeptizismus und die Genüßsucht der oberen Klassen, dann wird die Begleitertheimung, die Unmoralität der untern Stände schwinden! (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Ich entnehme den Worten des Vorredners die Hoffnung, daß das Zentrum sich nach reiflicher Prüfung der Vorlage in der Kommission entschließen wird, sie wenigstens zum größten Theile anzunehmen. Herr Veibel wird da mit seiner Prophezeiung über die Einigkeit der bürgerlichen Parteien einmal ausnahmsweise recht behalten. Seine Gedanken über die militärische Erziehung der Jugend sind ja ganz schön, aber daß ungeschulte Miliztruppen sich gegen ausgebildete Truppen nicht halten können, daß haben wir vor achtundzwanzig Jahren gesehen. Die französischen frischen Mannschaften konnten die Strapazen eines Winterfeldzuges nicht aushalten; sie wurden trotz angeborener Tapferkeit nervös, wenn ihnen das deutsche Hurrah in die Glieder fuhr. Wir halten die zweijährige Dienstzeit für ausreichend zur gründlichen Ausbildung. Wir halten strikt an ihr fest und halten sie für so gesichert, daß wir ihre gezielte Festlegung nicht zur Vorbedingung unserer Zustimmung zur Vorlage zu machen brauchen. Das Eingehen auf die Wünsche der Regierung würde uns leichter fallen, wenn sie dem Verlangen des Reichstages auf bessere Fürsorge für die Invaliden nachkommen wollte. Jedenfalls muß die Vorlage in der Kommission einer außerordentlich gründlichen Prüfung unterworfen werden.

Auch nach unserer Meinung sind Unklarheiten in der Vorlage vorhanden, aber mit ihren Hauptpunkten: Vermehrung der Kavallerie, Reorganisation der Artillerie und Erhöhung der Etatsstärke bei der Infanterie sind wir einverstanden. Der Zeitpunkt für die Vorlage ist ein außerordentlich günstiger, denn die Finanzlage ist zur Zeit recht gut.

Im deutschen Volke ist das Verhältniß für die Nachfrage der Nation in den letzten Jahren glücklicherweise immer größer geworden. Der letzte französisch-amerikanische Krieg hat uns gezeigt, daß ein Volk in erster Linie darauf bedacht sein muß, über die Nachmittage zu verfügen, die seine nationale Arbeit schenken. So hat denn das deutsche Volk trotz seiner idealen Gesinnung immer mehr und mehr eingesehen, daß nur die materielle Macht das Wichtigste ist, worauf wir hinstreben müssen. Und so kommt es, daß man dieser Militärvorlage allenthalben so günstig gesonnen ist. Was das Friedensmanifest des Jahres anlangt, so halte ich es für den Ausfluß der edlen Gesinnung eines ideal angelegten Herrschers, und es war daher ganz in der Ordnung, daß unsere Regierung ihre Sympathie damit erklärt hat. Aber ich glaube, daß Deutschland vor Allem in sich selbst die Sicherung seiner Interessen besitzen muß. Daher müssen wir vor Allem das Element der Kraft, welche in unserer starken Bevölkerungszunahme liegt, demgegen zur Stärkung unserer Wehrfähigkeit. (Weisfall recht und bei den Rationalisten.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Nat.):

Wir sind der Ansicht, daß Deutschland recht daran thut, sein Schwert zu schärfen. Die Absicht der russischen Regierung war wohl, jemanden in deutschen Parlament zu veranlassen, auf Grund des Manifestes Schwierigkeiten zu machen. Der Abgeordnete Veibel von heute war der Veibel nicht, der 1871 die Thaten der Kommune viel zu mächtig fand. Heute sprach er maßvoll und protestirt nur gegen den Militarismus, weil durch eine starke Armee die Träume seiner Partei nicht in Erfüllung gehen. Ich bin stets ein Feind der zweijährigen Dienstzeit gewesen. Aber nachdem man sie eingeführt hat, kann man sie nicht mehr abschaffen. Man muß sich jetzt bemühen, in den zwei Jahren den Leuten den Geist einzupflanzen, der sie während des ganzen Lebens dann beherrschen soll. Ich schlage die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes vor, der nur ein Wachsthum des unbedachten Wissens herbeiführt, an dem unsere Zeit so sehr krankt. Die Militärverwaltung sollte sich aber fragen, ob der Deutsche Offizier-Verein sich mit den Interessen des Mittelstandes verträgt. (Weiterer recht.) Sie möge sich auch vom Ausland bei Lieferungen frei machen. Wir bitten das Zentrum, mit uns dafür zu sorgen, daß nur die laufenden Einnahmen zur Deduktion der Kosten herangezogen werden dürfen. (Weiterer recht.)

Abg. Nicker (frei. Sp.): Auf den Standpunkt des Herrn v. Levegow können wir uns nicht stellen, der alle Verantwortung der Regierung überlassen will. Wir sind auch der Meinung, es ist unbedenklich, zu einer längeren Dienstzeit zurückzuführen. Den von Veibel vorgeschlagenen Weg halten wir für unangabar. Dagegen hoffen wir auf eine Verständigung auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Budget-Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Kleinere Vorlagen. Zweite Lesung des Etats: Reichstag, Reichsanzeiger und Reichsanzeiger, Reichsamts des Innern. Schluß 3/4 Uhr.

Der Post-Etat.

In der Budget-Kommission des Reichstages stand heute der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung zur Berathung. Zunächst die Einnahmen, welche insgesamt auf 360 448 610 M. veranschlagt sind, wovon auf Porto 335 500 000 M. entfallen, 27 1/2 Millionen mehr als im vorigen Etat. Der Referent Dr. Paasche konstatiert überall eine erfreuliche Zunahme der Einnahmen, namentlich aus Porto für Briefe und Postkarten. Auch die Telegraphengebühren, welche im vorigen Jahre eine Abnahme zeigten, sind um 2,85 Millionen gestiegen, die Fernsprechgühren um 3, die Porto-Einnahmen um 18 Millionen. Referent schlägt vor, die Etatsansätze zu genehmigen. Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, wie sich der Staatssekretär zur Ermäßigung der Telegraphengebühren stelle. Es seien Gerüchte im Umlauf, daß Herr v. Poddieleski sich geäußert, er würde eine solche Verbilligung menals zugeföhren. Redner wünscht ferner Auskunft über die Resultate der Versuche mit dem West'schen Verfahren. Staatssekretär v. Poddieleski erklärt, die Versuche um Verbilligung der Fernsprechgühren seien gleich nach seinem Amtsantritt zahlreich an ihn herangekommen, namentlich aus kleineren Städten. Er habe im Reichstagamt eine bezügliche Vorlage ausarbeiten lassen, welche vornehmlich für kleinere Städte eine Verbilligung vorzöhe. Ueber das West'sche Verfahren sei noch kein endgültiges Urtheil abzugeben, doch nach den bisherigen Versuchen erscheine es zweifelhaft, ob es sich bewähren würde. Eine weitere Ausdehnung des Fernsprechwesens sei nicht angängig, bevor eine gesetzliche Regelung des Begehwesens eingetreten sei. Er hoffe, daß es der Regierung gelingen werde, durch ihre Vorlage die Schwierigkeiten zu beseitigen. Von Seiten eines Regierungskommissars wird näher ausgeführt, daß die Versuche mit dem West'schen Verfahren, das im Wesentlichen bezwecke, mehrere Sprecher gleichzeitig an einen Draht anzuschließen, in zahlreichen Fällen mißglückt wären. Abg. Singer (Soz.) rügt, daß Herr v. Poddieleski Dinge mit einander verquide, die nicht zusammengehören. Auf die Regelung des Begehwesens könne man nicht warten mit der Verbilligung der Fernsprechgebühren. Staatssekretär v. Poddieleski legt dar, daß mit der Verbilligung der Gebühren auch sofort weitere Anträge auf Ausdehnung des Fernsprechwesens kommen würden. Darum sei die Regelung des Begehwesens gleichzeitig notwendig mit der Verbilligung. Einen Beweis biete auch Berlin. Auf die Dächer könne man keine Drähte mehr legen, besonders angesichts der notwendigen Doppelleitungen, es müsse deshalb unterirdisch geleitet werden, und das könne erst geschehen, nachdem das Begehwesen gesetzlich geregelt sei. Auf dem Gebiete des Begehwesens seien die Rechtsverhältnisse sehr verzwickelt und eine einheitliche Regelung dringend notwendig.

Es entspann sich sodann eine längere Debatte über die Reform des Post-Zeitungsstarifs. Referent Dr. Paasche theilt mit, daß in nächster Zeit die Vorlage zu erwarten sei. Die Zahl der jährlich durch die Post beförderten Zeitungen betrage 1 Milliarde und 85 Millionen Stück, die Einnahme daraus rund 4 Millionen Mark. Staatssekretär v. Poddieleski befragt, daß die Vorlage im Bundesrath sei und demnächst dem Reichstag zugehen werde. Die Postfrage nicht nach der Parteistellung der Zeitungen, es müsse aber dafür gesorgt werden, daß die Post bei der Beförderung der Blätter auf ihre Kosten komme. Der Leistung müsse die Gegenleistung entsprechen. Abg. Singer begrüßt die Erklärungen des Staatssekretärs. Der Zweck des neuen Zeitungsstarifs dürfe aber nicht in der Schaffung von Mehreinnahmen liegen. Der fiskalische Standpunkt werde bei der Reichspost viel zu sehr betont, es komme nicht bloß auf hohe Ueberschüsse an. Der Zeitungsstarif müsse sich nach der Höhe der Auflage und dem Umfang der Blätter richten. Die Zeitungen seien für das Volk ein so wichtiges Bildungsmittel, daß sie in keiner Weise beschränkt werden dürfen. Abg. Müller (natl.) betont, daß Deutschlands Postüberschüsse durchaus nicht zu hoch seien. Andere Länder zögen weit größere Ueberschüsse aus der Post. Eine Steigerung der Posteinnahmen sei an sich wünschenswerth. Die höheren Einnahmen anderer Staaten beruhen auch auf der schlechten Bezahlung der Beamten. In England zum Beispiel arbeite man vielfach im Postdienst mit ganz jungen Burschen. In Bezug auf Briefbestellung leihen wir mehr als jede andere Nation. Auch die Landbriefbestellung sei bei uns vorzüglich und bei anderen Nationen meist sehr mangelhaft. Staatssekretär v. Poddieleski: Beim Verkehr der Zeitungen leiste heutzutage die Allgemeinheit thätigste Hilfe. Die deutsche Reichs-Postverwaltung beschäftige Arbeiter unter 16 Jahren überhaupt nicht. Aber unsere Lagerbestellung könnte vielleicht noch etwas schneller sein, es läge deshalb in seiner Pflicht, Burschen unter 16 Jahren zur Bestellung von Telegrammen verständigweise anzustellen. Er hoffe damit den Interessen des Handels und Verkehrs zu dienen. Abg. Müller-Sagan leitet die Ursache der verhältnismäßig geringen Ueberschüsse unserer Reichspost daher, daß wir eine ausgedehnte Landbriefbestellung haben. Auch hätten wir bessere Postgebäude als andere Länder, wie z. B. England. Gegen die Einstellung junger Burschen habe er Bedenken. Abg. Prinz Arnberg betont, es sei kein Grund vorhanden, daß die Post bei der Zeitungsbeförderung Geld zusehe. Bei der Anstellung junger Burschen sei größte Vorsicht erforderlich, um keine Summen heranzuziehen. Staatssekretär v. Poddieleski: Es handle sich zunächst nur um einen Versuch, und mit der nöthigen Kontrolle. Auch sei angeregt, die Jungen später als Posthilfsboten anzustellen. Abg. Müller (natl.): Es sei einmal genau festzustellen, welche Theile des Postwesens Einnahmen, und welche Verluste bringen. Der Postpaketverkehr löse große Summen und wäre ohne das Entgegenkommen der Eisenbahnen undurchführbar. Das 50 Pfennig-Paket lege uns große Opfer auf — dagegen sei das Briefporto bei uns theurer als in anderen Ländern. Das Zusprechen der Telegramme zur Erparung der Postengänge sei zu befördern eventuell auch zu verbilligen. Staatssekretär v. Poddieleski bestritt, daß wir das höchste Briefporto hätten. Frankreich, Italien und andere Staaten seien theurer. Das Zusprechen der Telegramme stoße auf Hindernisse beim Publikum, weil dabei die Wahrheit des Depeschengeheimnisses schwierig sei. Das Publikum verhalte sich größtentheils ablehnend. Sein Bestreben sei, den Verkehrsbürokratischen nachzukommen. Die Auseinanderhaltung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sei sehr schwierig. An Vereinfachung der lokalen Bestellung, die uns viel Geld koste, seien uns aber andere Länder, zum Beispiel Amerika, weit überlegen. Abg. Dr. Lingen (Z.): Sein Hauptbedröß seien die Postpakete am Sonntag. Man solle das Beispiel Englands und Amerika's nachahmen und Sonntags keine Pakete annehmen. Juden machten häufig Sonntags Hochzeit und die christlichen Beamten müßten dann ellenlange Telegramme besördern. Da sei mindestens — wie in England — ein Zuschlag zu den Depeschekosten am Plage. Das Koffeln der Postwagen am Sonntag sei ein Skandal, der abgeschafft werden müsse. Staatssekretär v. Poddieleski hält es für seine Pflicht, den Sonntag möglichst seinen Beamten zu erhalten. Nur im Gebiete von 4 Ober-Postdirektionen sei die Annahme von Paketen Sonntags nach 12 Uhr noch gestattet, und auch dort soll es noch im Laufe des Jahres anhören. Für den Telegrammverkehr sei eine solche Einschränkung nicht möglich, doch soll den Beamten ein freier Sonntag möglichst gewährt werden. Graf Stolberg (Z.) erklärt, der Zuschlag für Sonntags-Telegramme sei ihm sehr sympathisch. Die Anstellung der Telegraphenjongen könne für deren Moralität nur förderlich sein. Eine Erhöhung der Gebühr für Zeitungsbeförderung sei unbedingt notwendig. Abg. Frese (fr. Sp.) ist mit der Anstellung von Telegraphenjongen einverstanden. Eine Kontrolle der Jungen durch das Publikum sei sehr wohl möglich. Redner erklärt sich für Beibehaltung der 50 Pf. Pakete. Auf Anfrage von Müller-Sagan erklärt Staatssekretär v. Poddieleski, zur Zeit

Bei keiner Zeitung der Postdebit entzogen. Ein Zuschlag zur Gebühr für Sonntags-Telegramme läme einer Vergünstigung der ausländischen Telegramme gleich. An eine Abschaffung der 50 Pfennig-Postpade werden nicht gedacht. Abg. Prinz Ardenberg und Abg. Singer sind gegen den Zuschlag für Sonntags-Depeschen, der eine Vergünstigung der Reichsbedeuten würde. In demselben Sinne äußert sich Abg. Dr. Lieber, während Abg. Graf Koon (L.) einen solchen Zuschlag befürwortet.

Beim Beginn der Plenar Sitzung wurde die Debatte abgebrochen, um Dienstag fortgesetzt zu werden.

Erste Generalversammlung des Seemanns-Verbandes.

Hamburg, 12. Januar 1899.

Der Verbandsvorsitzende A. Störmer-Hamburg eröffnet die erste Generalversammlung des Verbandes mit der Feststellung der Präsenzliste. Es sind anwesend 6 Delegirte der Hamburger Mitgliedschaften, 2 Delegirte aus Bremerhaven und je 1 aus Altona, Bremen, Kiel und Flensburg. Störmer erstattet den Vorstandsbericht über das verfloffene Geschäftsjahr, aus dem zu entnehmen ist, daß die junge, vor fünf Viertel Jahren gegründete Organisation sich sehr gut entwickelt hat. Störmer er hat die lange verweilte Bestätigung als Beisitzer beim Schiedsgericht für Unfallsachen erhalten. Der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger sind 30 M. überwiesen. Es wird angeregt, die Summe auf 75 M. zu erhöhen. Zur Frage der Effektenversicherung der Seeleute bemerkt der Vorsitzende, der Verbandsvorstand wolle den Antrag stellen, der Verband möge sich mit sämtlichen anderen seemannischen Verbänden und Vereinigungen in Verbindung setzen, um mit ihnen über die Einrichtung einer Effektenversicherung zu beraten. Der Hauptkassier R. Hoffmann-Hamburg erstattet den Kassenbericht. Die Gesamtsumme-Einnahme in sämtlichen Mitgliedschaften betrug 16792,39 M. Davon wurden dem Zentralvorstand überwiesen 8223,77 M. Die Ausgabe beträgt 4550 M. Der Verband hatte am Schlusse des Geschäftsjahres ein Vermögen von 3910,58 M. Ein erheblicher Teil der Ausgaben fällt auf die Anschaffungen, die sich durch die Gründung des Verbandes benötigten. Dieselben fallen von jetzt ab fort. Für Unterstützung eines Streiks in Flensburg sind aus der Hauptkassa 181 M. bewilligt. Die gesammte Mitgliederzahl des Verbandes beträgt 3723. Das Verbandsorgan „Der Seemann“ wurde in 8295 Exemplaren verbreitet. Es werden sodann die Berichte aus den einzelnen Mitgliedschaften erstattet. Nachdem werden einige Anträge auf Abänderung der Statuten beraten, die kein öffentliches Interesse haben. Ein Antrag eines Flensburger Mitgliedes, den Beitrag von 75 Pf. auf 1 M. pro Monat zu erhöhen und dann die Zeitung „Der Seemann“ unentgeltlich zu liefern, wird abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird ein Antrag des noch nicht zum Verbands gehörigen, 1500 Mitglieder zählenden „Pommerischen Seemanns-Vereins“, das Eintrittsgeld auf zwei Mark zu erhöhen, dafür aber den monatlichen Beitrag auf 50 Pfennig herabzusetzen. Der Pommerische Seemanns-Verein hatte beschlossen, im Falle der Annahme dieses Antrages sich in corpore dem Verbands anzuschließen. Der Anschlag wird also nicht stattfinden. — Zum Punkte „Agitation“ bemerkt Störmer, die Agitationskommission habe es sich im verfloffenen Jahre hauptsächlich angelegen sein lassen, das Vorhandene zu stärken. Es seien aber auch mehrere weitere Agitationsreisen gemacht. Letzteres werde im nächsten Jahre in erheblich größerem Maße geschehen. Es kommt sodann der Punkt „Presse“ zur Verhandlung. Der Redakteur Störmer theilt mit, es seien bisher monatlich 1000 Exemplare von „Der Seemann“ zum Preise von 90 M. hergestellt. Hoffmann fährt aus, an Druckkosten habe „Der Seemann“ im letzten Jahre 600 M. gelostet, während nur etwas über 600 M. wieder dafür eingekommen wären. Es sind verschiedene Anträge auf Umgestaltung des Organs und auf unentgeltliche Lieferung desselben an die Mitglieder gestellt. Nach sehr lebhafter Debatte wird beschlossen, das Organ in vergrößertem Format vom 31. Januar d. J. ab erscheinen zu lassen und dasselbe an sämtliche Mitglieder unentgeltlich abzugeben. Nichtmitglieder sollen für das Exemplar 10 Pf. bezahlen.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. In Fortsetzung der Verhandlungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Verwaltungsjahr 1899/1900 stellte das Magistratskollegium zunächst den Einzeletat der städtischen Erziehungsanstalten für verwaiste Knaben in Lichtenberg fest. Derselbe schließt in Einnahme mit 76 120 M. und in Ausgabe mit 184 855 M. ab und erfordert somit einen Zuschuß von 108 235 M. Die Belegungsziffer ist auf 200 angenommen. Der Etat für verwaiste Mädchen in Klein-Beeren ist im obigen Etat mit verrechnet. Die Belegungsziffer für die letzteren ist auf 40 angesetzt. Der Etat des Krankenhauses Moabit ist in Einnahme mit 26 500 M. und in Ausgabe mit 833 280 M. festgestellt; es ist somit ein Zuschuß von 568 280 M. erforderlich. In den Ausgaben sind die Verpflegungs-, Bekleidungs- u. Kosten mit 418 000 M., die Behandlungskosten für die Kranken mit 108 350 M. verrechnet. Der Etat des Krankenhauses im Friedrichshain erfordert einen Zuschuß von 482 028 M. Die Ausgaben betragen 763 028 M., in welchen die Summe von 404 000 M. für Verpflegungs- und Bekleidungskosten und 101 630 M. für Behandlung der Kranken enthalten ist. Die Einnahmen sind mit 283 000 M. in Ansatz gebracht. — Der Etat des Krankenhauses am Urban schließt in Einnahme mit 268 300 M. und in Ausgabe mit 659 747 M. ab, so daß der Zuschuß 391 447 M. beträgt. Für Verpflegung und Bekleidungskosten sind 310 000 M. für Behandlung der Kranken 51 530 M. angelegt. — Der Etat der städtischen Kinderabteilungen schließt in Einnahme mit 54 100 M. und in Ausgabe mit 80 905 M. ab, es beträgt der Zuschuß mithin 26 805 M. — Der Etat der städtischen Volkshausanstalten schließt in Einnahme mit 154 046 M. und in Ausgabe mit 127 704 M. ab und ergibt somit einen Ueberschuß von 26 082 M. —

Der Magistrat beabsichtigt, auf dem Nieselsite in Buch eine Staschenanstalt für 1500 Personen in einzelnen Pavillons zu 150 Personen zu errichten. Das Magistratskollegium hat in seiner gestrigen Sitzung eine Sechener-Kommission eingesetzt, um zunächst darüber zu beraten, ob es sich überhaupt empfehle, eine solche Anstalt zu errichten, oder ob nicht für die Siechen eine Familienpflege geeigneter sei.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat die Stadtverordneten-Versammlung die Adresse an den Kaiser zu seinem Geburtstage festgesetzt. Wird sie eben so bizantinnisch ausfallen, wie die vielbeschäftigte Neujahrs-Adresse des Magistrats?

Auf dem städtischen Schlachthofe sind im Monat Dezember 1898: 56 904 Schweine — gegen 56 523 im Dezember 1897 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 9 Stück wegen Trichinen und 25 Stück wegen Finken als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Kokales.

Die Parteigenossinnen und Genossen des 2. Reichstags-Wahlkreises werden auf die am Sonntag, Schönleinstr. 6, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und zu zahlreichem Besuch eingeladen. Nach dem Vortrage gemüthliches Besammentreffen. Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Die Parteigenossinnen und Genossen von Moabit werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag Abend 8 Uhr im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80, 81, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Sasse referirt. Die Vertrauensperson.

Sechster Wahlkreis! Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntag Abend 1/8 Uhr im Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8, eine Versammlung für Männer und Frauen stattfindet. In derselben hält der Genosse Ad. Hoffmann einen Vortrag über modernes Manoirttertium. Nachher gemüthliches Besammentreffen. Zu recht zahlreichem Besuch laßt ein Vertrauensmann.

Sechster Wahlkreis. Dienstag, den 17. Januar cr., findet in der Borussia, Adersstr. 67, eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über das Thema: „Bürgerthum und Arbeiterklasse am Anfang einer neuen Zeit“ sprechen wird. Um zahlreichem Besuch bittet Vertrauensmann.

Der Les- und Diskussionsklub Südost hält am Sonntag bei Stehert, Adersstr. 21, sein achtcs Stiftungsfest ab, zu welchem die Parteigenossen hiernit eingeladen werden.

Arbeitsnachweis.

In der am Mittwoch stattgehabten Sitzung des Gesamtvorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis berichtete der Vorsitzende Dr. Freund über die Betriebsresultate des Arbeitsnachweises im Jahre 1898. Hiernach meldeten sich 88 000 Arbeitslose, von denen 24 000 in Stellungeu gebracht wurden; die Zahl der von Arbeitgebern verlangten betrug 25 000. — Als einziger Gegenstand stand auf der Tagesordnung die wichtige Frage der Organisirung von paritätischen Fach-Arbeitsnachweisen. Die anwesenden Vertreter der Arbeiter gaben auf die ausdrückliche Aufforderung des Vorsitzenden, ihren Standpunkt in dieser Frage klar darzulegen, folgende Erklärung ab: Durch ihren Eintritt in den Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, über dessen Fortgang sie sich von vornherein klar gewesen seien, hätten die Arbeiter bereits ihre Stellungnahme in dieser Frage festgelegt. Die Arbeiter händen voll und ganz auf dem Boden der Bestrebungen des Zentralvereins, welche auf die Organisirung von paritätischen Fach-Arbeitsnachweisen hünzielen. Die Arbeiter seien sofort bereit, zu Gunsten dieser Arbeitsnachweise ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzulösen, vorausgesetzt natürlich, daß die Arbeitgeber auch zur Auflösung ihrer Arbeitsnachweise bereit sind. — Der Vorstand nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an: Der Gesamtvorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis ist der Ueberzeugung, daß Fach-Arbeitsnachweise unter gleichzeitiger Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und dem Vorsitze eines Unparteiischen die einzige berechtigte und erstrebenswerthe Form in der Organisirung der Fach-Arbeitsnachweise darstellen und beschließt, mit aller Energie auf die Errichtung derartiger Fach-Arbeitsnachweise hinzuwirken. Nachdem noch der Vorsitzende feststellen konnte, daß man in weiten Kreisen der Arbeitgeber den bezüglichen Bestrebungen des Vereins sehr sympathisch gegenüberstehe, wurde zunächst eine siebengliedrige Kommission zur Ausarbeitung eines Normalstatuts für Fach-Arbeitsnachweise eingesetzt. Das Normalstatut soll lediglich die Grundzüge bilden für die Ausarbeitung von Spezialstatuten, die den Verhältnissen der einzelnen Gewerbe entsprechen und von den den betreffenden Gewerben angehörigen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in jedem einzelnen Falle beschlossen werden müssen.

Es muß sich nun ja bald zeigen, ob die Unternehmer den sozialen Forderungen wollen, indem sie ihre als Waffe gegen die Arbeiterchaft gebrauchten Arbeitsnachweise aus der Welt schaffen.

Die Bebauung des Gebietes der Stadt Berlin ist in neuerer Zeit so weit vorgeschritten, daß die hierzu noch verfügbare Bodenfläche, die vor 2 Jahrzehnten noch über die Hälfte, vor 3 Jahrzehnten sogar fast noch zwei Drittel des gesammten Stadtgebietes ausmachte, gegenwärtig (wie aus dem letzten Berliner Statist. Jahrb. ersichtlich ist) auf nahezu ein Viertel des Gebietes zusammengeschrumpft ist. Nach den Grundsteuer-Einschätzungen für die Jahre 1897/98 (bez. 1896/97, 1886/87, 1876, 1866) kamen von dem mit rund 6840 (6380, 6336, 5924, 5920) Hektar ausgenommenen Berliner Stadtgebiet auf die bebauten Fläche (sammt Hofräumen und kleineren Hausgärten) 2628, 2028, 1839, 1104) Hektar, auf Straßen, Plätze, Parkanlagen, Eisenbahn-Terrains u. s. w. 1890 (1826, 1831, 1135, 890) Hektar, auf die übrige, noch unbebaute Fläche 1701 (1726, 2784, 3068, 3743) Hektar, auf die Wasserfläche 189 (190, 198, 182, 183) Hektar. In Prozent kommen von dem Stadtgebiet auf die bebauten Fläche 41,8 (41,0, 32,0, 26,0, 18,7), auf Straßen, Plätze u. s. w. 28,9 (28,8, 21,0, 18,1, 15,0), auf die unbebaute Fläche 29,8 (27,2, 43,0, 51,8, 63,2), auf die Wasserfläche 3,0 (3,0, 3,1, 3,1, 3,1). Bei den Einschätzungen für 1897/98 (bez. 1896/97, 1886/87 u. s. w.) zerfiel das Stadtgebiet in 35 427 (34 724, 26 939, 18 272, 9078) Parzellen, deren durchschnittliche Größe 1790 (1826, 2352, 3241, 6521) Quadratmeter war. Von diesen Parzellen waren bebaut 22 518 (22 040, 15 293, 8178, 3506) zu durchschnittlich 1164 (1178, 1826, 1882, 3147) Quadratmeter.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt Berlin sind im Laufe des Vierteljahres Oktober-Dezember 1898: 98 Anträge auf Gewährung von Altersrente eingegangen; aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1898 lagen noch 15 Anträge vor, hinsichtlich deren die Entscheidung noch ausstand. Von diesen 113 Anträgen sind bewilligt 69, abgelehnt 32, anderweitig erledigt 2 und unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen 10. Bis zum 31. Dezember 1898 waren insgesamt bewilligt an Altersrenten 3988. Von diesen sind ausgeschieden durch Tod 1193, aus anderen Gründen 100, zusammen 1292, sodas am 1. Januar 1899: 2646 Altersrenten-Empfänger vorhanden waren. Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 600 Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten eingegangen und 147 unerledigt aus dem Vorvierteljahr übernommen. Von diesen 807 Invalidenrenten-Anträgen sind 510 bewilligt, 135 abgelehnt, 20 anderweitig erledigt, 142 unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen worden. An Invalidenrenten sind bis zum 31. Dezember 1898 überhaupt 6822 bewilligt worden. Ausgeschieden sind inzwischen durch Tod 2200, aus anderen Gründen 156, zusammen 2356, mithin war am 1. Januar 1899 ein Bestand von 4466 Invalidenrenten-Empfängern aufzuweisen.

Eine sehr kunstreiche Nachfeier zu dem Jubiläum des Franzosen-Regiments hat dem „M. Journal“ zufolge in einem hiesigen Chantant-Theater stattgefunden. Das genannte Blatt schreibt in seiner Umschau: „Die österreichischen Offiziere, die gelegentlich der Jubiläumfeier in Berlin anwesend sind, besuchten am Donnerstag in Begleitung einiger preussischen Kameraden unter Führung Oberst Schwarzkoppen's den Wintergarten, wo sie einen großen Tisch auf der Terrasse einnahmen. Die Tafel, an deren Mitte der Feldmarschall-Lieutenant von Steininger Platz genommen hatte, erregte das Interesse des gesammten Publikums, als plötzlich die Kapelle des Wintergartens unter der Leitung des Kapellmeisters Wanda die österreichische Nationalhymne anstimmte. kaum erklangen die ersten Töne des Liedes, da erhoben sich sämtliche Anwesenden zu einer Ovation, wie sie die Räume des Wintergartens noch nie erlebt haben. „Gott Österreich“, „Gott Kaiser Franz Josef“, „Ehjen Ferencz Josef“, diese Rufer ertönten unzählige Male und, sichtlich gerührt von diesem spontanen Beweise abhängiger Liebe zu dem Freunde unjeres Kaisers, verneigte sich Feldmarschall-Lieutenant v. Steininger wiederholt.“ An eine schönere Stätte reiner Freuden hätten die preussischen Offiziere im Zeitalter der Koexistenzmüdigkeit die österreichischen Kameraden garnicht führen können.

Die Untersuchung gegen die der Unterschlagung beschuldigten Bahnhofs-Geschäftsführer der Stadt- und Ringbahn ist jetzt nahezu abgeschlossen, da die Verhafteten durchweg geständig waren. Die ungetreuen Beamten waren fast sämtlich erst kurze Zeit in Dienst und wollen, was schon glaublich erscheint, durch Geldsorgen zur Unterschlagung veranlaßt worden sein. Der Kuzen, den die Schaffner aus ihrem Handel mit entwertheten Bahntarifen zogen, war nur ge-

ring. Nach den übereinstimmenden Erklärungen der Verhafteten betrug er an einem Tage bis höchstens 80 Pf.

Die Wagen der Strassenbahnlinie Moritzplatz-Zentral-Viehhof, die jetzt in Zwischenräumen von 20 Minuten verkehren, sollen nach einer Mittheilung der Direktion der Neuen Berliner Strassenbahn mit Beginn des Sommer-Jahrplanes nach 10 Minuten abgefertigt werden.

Unterschlagungen im Verbands deutscher Handlungsgehilfen. Bruno v. Hollwebe, der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig. (Geschäftsstelle Berlin, Kochstr. 12), ist gestern früh auf Anordnung des Untersuchungsrichters verhaftet worden. v. Hollwebe, der vor acht Jahren aus Braunschweig nach Berlin kam, wurde 1893 Geschäftsführer des Verbandes und Verwalter der sämtlichen Kassen dieses über ganz Deutschland verbreiteten Verbandes. Im vergangenen Monat wurde bei einer plötzlichen Prüfung der Kassenbestände der verschiedenen Kassen ein Fehlbetrag festgestellt. v. Hollwebe, der einer bekannten Braunschweiger Familie entstammt und durch seine Lotterielosette, die kein gutes Ende nahm, in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, gestand die Unterschlagungen ein. Er gestand, schon längere Zeit Gelder den Kassen entnommen und für sich verbraucht zu haben. Bei den regelmäßigen Prüfungen habe er die Fehlbeträge der Kassenkasse durch Bestände der Sterbe- und Unterstützungskasse gedeckt und umgekehrt. Der Vorstand entließ den Hollwebe sofort und erstattete, da keine Dedung erfolgte, Anzeige, der die Verhaftung auf dem Fuße folgte.

Polizeiliches Meldewesen. Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Zur Vereinfachung von Zweifeln, welche durch die in der Bekanntmachung vom 2. Juli v. J. vorgeschriebene Fassung der Bemerkungen auf der Rückseite der Formulare für polizeiliche An- und Abmeldungen entstanden sind, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der § 9 der Polizeiverordnung über das Meldewesen vom 18. Juli 1896, wonach die Meldungen in zwei Exemplaren einzureichen sind, unverändert geblieben ist. Den Verlegern der Formulare wird empfohlen, beim Neudruck für die Bemerkungen folgende Fassung zu wählen: Die Meldungen sind in zwei Exemplaren und, falls der Meldende ein Exemplar jurisdizuerhalten wünscht, in drei Exemplaren bei dem zuständigen Polizeiviertel-Bureau einzureichen. Das dritte Exemplar — falls ein solches eingereicht worden ist — erhält der Meldende abgestempelt zurück. Auch ist gestattet, daß eine in ein Haus-Meldebuch eingetragene Meldung an Stelle des jurisdizgebenden dritten Exemplars treten kann.

Die Meldungen müssen innerhalb drei Tagen dem Vermieter, und wiederum innerhalb drei Tagen vom Vermieter, zusammen in sechs Tagen erstattet werden. Dabei wird der erste Umzugstag nicht mitgerechnet.

Bei Wohnungsänderungen, welche von Familien vorgenommen werden, sind in die Anmeldung unmittelbar folgend die Namen der Ehefrau und sodann der Kinder mit aufzunehmen. Zur Vollständigkeit der Namensbezeichnung in der Spalte 1 der Meldung gehört: Bei Frauen die Angabe des Nennamens, welchen sie bei ihrer Geburt, und desjenigen, welchen sie in etwaigen früheren Ehen geführt haben; bei Minderjährigen die Angabe der Namen sowie des Standes oder Gewerbes der Eltern bezw. der Mutter. Für Kverwandte, Dienstpersonen oder andere Mitglieder des Haushandes des Verlegenen sind besondere Meldungen zu machen. In Spalte 6 ist die Bezeichnung „Preufe“ oder die Bezeichnung des betreffenden anderen deutschen oder außerdeutschen Staates anzugeben.

Zum Schutze vor den Strassenperrungen. Die Große Berliner Strassenbahn-Gesellschaft beabsichtigt für den durch die Französischestraste über die Straße Unter den Linden führenden Betrieb während der Sperrung der Straße Unter den Linden, die sich häufig bis zur Französischestraste erstreckt, eine Endhaltestelle zwischen der Weidnerstraste und dem Schinkelplatz gegenüber dem Kaiser Wilhelm-Denkmal einzurichten.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Der 28. Januar, 4. 11., 14. und 23. Februar, 4. 18., 25. und 30. März, 22. und 29. April, 18. 18. und 19. Juni d. J. werden vorläufig als diejenigen Tage festgesetzt, an denen in Sälerien und Auditorien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Dauer beschäftigt werden können.

Zwei reduziert aussehenden und zur Last gebrachten Männern wurden in der Nacht zum 4. d. M. in der Greifswalderstraste vier aufeinander aus einem Gartenlokal gestohlene Stühle abgenommen, die sie von einem Unbekannten in der Neuen Schönhauserstraste gekauft haben wollten. Drei der Stühle haben durchlöcherige amerikanische Sigbretter, während der vierte ein mit einem Stern bemaltes volles Sigbrett hat. Die Eigentümer dieser mutmaßlich gestohlenen Stühle wollen sich im Zimmer 328 des Polizeipräsidiums in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr einfinden.

Wöle Schöler hat eine Neujahrsfeier für den 18 Jahre alten Schlosserlehrling Erich Koch aus der Stralsunderstraste 10 gehalten. Auf diesem Grundstücke wohnt im ersten Stock die Futterhändlerin Witwe Veier mit einem 21jährigen Sohne und einer 23 Jahre alten Tochter. Die Futterhandlung liegt im linken Seitenflügel im Erdgeschoß und über ihr der Heuroden. Am 14. Dezember v. J. drang ein Einbrecher mit Nachschlüssel in die Veier'sche Wohnung ein und stahl aus mehreren Behältern Geld. Vier Tage später brach in der Futterhandlung und auf dem Heuboden Feuer aus, das trotz der Umstände, die es begünstigten, glücklicher Weise noch gelöscht werden konnte, bevor es größeren Schaden angerichtet hatte. In der Neujahrsnacht fiel aus dem Hause ein Schuß, den man zunächst für einen gewöhnlichen Neujahrschuh hielt. Es stellte sich aber heraus, daß er scharf gewesen war und die Veier'sche Wohnung zum Ziele geholt hatte. Die Kugel hatte eine Scheibe eines Wohnungsfensters durchschlagen und wurde in der Wohnung gefunden. Man ermittelte, daß der Schlosserlehrling Koch den Schuß aus einem Revolver abgefeuert hat. Koch wurde nach einigen Tagen festgenommen. Die weiteren Ermittlungen führten dahin, daß er verdächtig wurde, einen Anschlag gegen die Tochter der Frau Veier geplant und versucht zu haben. Inherdem aber legt man ihm auch den Einbruch zur Last und beschuldigt ihn, das Feuer in der Futterhandlung und auf dem Heuboden mit Vorsatz angelegt zu haben.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Dienstag Abend dieser Woche den Vorfall beobachtet haben, der sich zwischen einem von einer Dame begleiteten Schuhmann und einem Strassenpostanten abspielte, werden gebeten, bei Karl Müller, Mauzer, Wilhelmstr. 122a, ihre Adresse abzugeben.

Verfolgungswahn hat den Vergolder Karl Erhardt aus der Straußbergerstraste 26 in den Tod getrieben. Der Mann war seit längerer Zeit nervenkrank und hatte bereits im vergangenen Jahre einen Anfall von Verfolgungswahn. In der vergangenen Nacht hat er sich erhängt.

Der Verein „Berliner Presse“ veranstaltete am Donnerstag einen ersten öffentlichen Vortragsabend dieses Winters. Ludwig Fuld a las im großen Saale des Architektenhauses eine Anzahl neuer erfinder und heiterer Gedichte. Besonders die heiteren Gedichte satirischen Inhalts in ihrer eleganten, knappen Form fanden den ungetheilten Beifall des Auditoriums. Zum Schluß las Fuld a ein stimmungsvolles einaktiges Schauspiel „Die Fische“. Es wird da ein alter Lebemann geküßelt, der am Abend seiner Tage der frisch verführten und damals schmählich verlassenen Jugendliebe begegnet. Jetzt, nach 32 verlustigen Jahren, möchte er sein damals gebrochenes Wort einlösen und die nur fünfzigjährige heirathen. Aber er erfährt, daß die einst von ihm dem Unglück Freigegebene seiner nicht mehr bedarf. Das Kind beider ist zu einem geachteten Mann herangewachsen und die Mutter ist glücklich im Besitz ihres Sohnes. Der einst geliebte Mann aber ist ihr fremd geworden und sie verzichtet darauf, die Pflanze seines gebrechlichen Körpers zu werden. Der Wüstling bezahlt nun „die Fische“ seiner Jugendliebe. Das Schauspiel machte tiefen Eindruck auf das Publikum.

Am Kurfürsten Albers, Potsdamerstr. 20, ist gegenwärtig eine Aus-
stellung vornehmlich von Werken des als Schilderer Berliner Volkslebens
bekannt gewordenen Malers Hans Baluschek. Für Mitglieder der
Freien Volkshalle ist an den drei nächsten Sonntagen, dem
15., dem 22. und 29. Januar, das Eintrittsgeld auf 20 Pf. ermäßigt. Als
Legitimation gilt die Mitgliedskarte.

Der Vorstand des Vetter-Vereins theilt mit: Eine Kunst-
schule des Vetter-Vereins beschäftigt der Vorstand des Vereins im
April dieses Jahres zu eröffnen. In der Schule soll das norwegische
Sprache und Bildwerke in hauptsächlich Kunst gelehrt werden. Durch
einen Beitrag mit der „Nordischen Kunstvereins“, W. M. S. G. ist den aus-
gewählten Damen für ein Jahr Beschäftigung im Accord garantiert. Der
Vetter-Verein beschäftigt nicht, durch seine Kunstvereinschule Dilettanten eine
neue Technik zu bieten, er will vielmehr einen neuen Gewerksverein, der in
erster Linie als Handwerker für Frauen geeignet ist, ins Leben rufen.
Die Kunstschule wird geleitet werden von Fräulein Maria Bräunmann
aus Hamburg. Die Anmeldungen für den ersten Kursus haben bis zum
15. Februar zu erfolgen. Weitere Auskunft erteilt die Registratur des
Vetter-Vereins, Berlin, Königgräberstraße 90.

Aus den Nachbarorten.

Steglich, Friedenan. Sonntag Nachmittag, 2 1/2 Uhr, spricht
Radtke in öffentlicher Versammlung bei Schellhase über
„Stoffwechsel und Ernährung“. Nachher gemütliches Beisammen-
sein. Dienstag findet bei Grabe, Friedenan, eine Versammlung des
Arbeiter-Bildungsvereins statt.

Groß-Lichterfelde. Der Gesangsverein Sängerkunst hält
heute Abend bei Dohn, Lichterfelde, ein Vergnügen ab. Hier wollen die
Parteilichen und Arbeiter von Lichterfelde-Lichterfelde in Erinnerung
bringen, daß genanntes Lokal für Versammlungen verweigert
wird.

Der Magistrat von Charlottenburg ist dem Beschlusse der
gemischten Deputation für den Bau eines Elektrizitäts-
werkes, das Best an die Elektrizitäts-Gesellschaft vorm.
W. Rahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M. zu vergeben, beigetreten.
Die Firma hat das Werk für 1 700 000 M. und nimmt es für zehn
Jahre in Pacht. Die Pachtsumme steigt bis zu 10 pCt., während
Siemens u. Halske nur bis zu 8 pCt. angeboten hatten, außerdem
aber sich bereit erklärt haben, den über die Pachtsumme hinaus-
gehenden Betriebsüberschuss unverzüglich an die Stadtgemeinde abzu-
führen. Die Vorlage wird die Stadtverordneten-Versammlung schon
am nächsten Mittwoch beschäftigen.

Vergrabener Schatz. Bei Vornahme von Vernehmungsarbeiten
auf den nördlichen Wiesen bei Nixdorf haben Feldmesser eine un-
erwartete Entdeckung gemacht. Sie stießen nämlich auf eine Erd-
höhle, deren Oeffnung mit Brettern verlegt war, welche eine leichte
Erdschicht deckte, so daß der Verschluss nicht leicht erkennbar war.
Am Innern der Höhle fand sich ein reich assortirtes Lager von
Spirituosen, Likören, Selterswasser etc. vor. Diese unterirdische
Bestelle stellt augenscheinlich ein Diebstahl dar. Es wurde von der
benachrichtigten Polizei ausgenommen.

Der Bahnhof Nixdorf-Bernauerstraße wird einer amt-
lichen Bekanntmachung zufolge am 1. Februar dem Verkehr über-
geben.

Die erste Eidernte dieses sogenannten „Winters“, welche
einfachermaßen ertragreich war, hat in der Umgegend Berlins am
Mittwoch Morgen auf dem Müggelsee und den bei Station
Friedrichshagen gelegenen vollständig überschwemmten Wiesen statt-
gefunden. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag war
nämlich der den kalten Winden ganz besonders ausgelegte Müggelsee
an den Ufern in einer ganz erheblichen Ausdehnung zugefroren,
und zwar hatte das Eis eine Stärke von 2 1/2 bis 3 Zoll erreicht.
Infolge dessen machten sich die Besucher der am See liegenden
Restaurants und Vergnügungsorte bereits beim Tagesgrauen sofort
daran, den in diesem Winter bis jetzt so seltenen Himmelsstiegen
einzubeißen. Auf Sähen und Krähen, von denen einer sogar
von einem kleinen Dampfer gezogen wurde, fuhren sie hinaus und
brachten u. A. bis zu 1 Meter im Quadrat große Eisplatten von
der oben bezeichneten Stärke heim. Wegen Mittag hing jedoch die
Sonne an zu wirken und bald war das noch sieben geliebene Eis
wieder zerschmolzen.

Ein nächtlicher Kirchenraub ist Anfang dieser Woche in der
Dorfkirche zu Eiche hinter Marzahn verübt worden. Diebe haben
die Kirche erbrochen und haben diverse mehr oder weniger wert-
volle Gegenstände gestohlen. Sie haben sogar die Kronleuchter ab-
geschraubt, um sich des Metalls zu bemächtigen. Nach vollbrachter
Arbeit haben sie den Altar der Kirche in der Weise beschmutzt, wie
dies Epibuben nach dem alten Aberglauben zu thun pflegen, daß
sie danach nicht erwisch werden. Alsdann haben sie auf demselben
Wege unbemerkt die Kirche verlassen. Die Gendarmrie glaubt, wie
üblich, die sichere Spur der Thäter gefunden zu haben.

Gerichts-Beilage.

Unter dem Juchthandkurse. Von der scharferen Tonart, welche
den Arbeitern gegenüber im Brauche ist, hat auch der Maurer
Wille einen Begriff bekommen, der gestern wegen Körperverletzung
vor der I. Strafkammer am Landgericht II stand. Angellagter arbeitete
am 5. September auf einem Neubau in Schöneberg, wo auch der
Maurer Johann Merzial Arbeit gefunden hatte. Wille hatte den
Merzial schon mehrfach wegen seines Verbotsbuches befragt und
fragte ihn an dem genannten Tage wieder. W. hatte keine und deshalb
sagte ihm Wille: „Wenn Du kein Buch hast, darfst Du nicht hier
arbeiten!“ — W. erwiderte: „Du kannst mich doch daran nicht
verhindern!“ worauf ihm Wille ein paar hinter die Ohren
schlug, wozu er nach der Beschauptung des W. noch gesagt haben
soll: „hängt Du an zu arbeiten, dann schmeiß ich Dich vier Leitern
runter!“ W. behauptet nun weiter, er habe auf diesem Bau um-
schauen wollen und habe auf dem benachbarten Bau angefragt,
Wille habe jedoch hinterher gerufen: „Was hat denn der aus Eucum
Bau zu suchen? Der gehört nicht zum Verbaude, das ist ein
Wilder!“ Auf Grund dieses Thatbestandes hat der Staatsanwalt
schon in der ersten Instanz beantragt, den Angellagten wegen
Körperverletzung in idealer Konkurrenz mit einem Vergehen gegen
§ 153 der Gewerbe-Ordnung zu einer längeren Gefängnisstrafe
zu verurtheilen. Das Schöffengericht hat aber doch nur
Körperverletzung angenommen und wenn es auch von einer
Geldstrafe abließ, weil diese den Angellagten nicht treffen,
sondern von der Partei (I) begahit werden würde“ und
weil demgemäß auch auf eine Gefängnisstrafe erkannt wurde, so
wunde diese doch nur auf eine W o a e Gefängnis bemessen.
Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein und vertal in der
zweiten Instanz dieselbe Auffassung wie in der ersten, drei Monate
Gefängnis beantragend. Der Vertheidiger Rechtsanwält Dr. H e r z
feld kämpfte gegen diese Auffassung energisch an. § 153 der
Reichs-Gewerbe-Ordnung könne hier gar nicht in Betracht kommen,
da von einer Ablicht, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen
zu erreichen, nicht die Rede war. Der Angellagte habe nicht
weiter gewollt, als den Verletzten zu bewegen, sich der
Vereinigung der Maurer anzuschließen und man könne es den
Arbeitern nicht verdenken, wenn sie ihr Solidaritätsgefühl
hochhalten und für ihre Vereinigung werden. Hier liege obendrein
der Fall so, daß der Verletzte vom Verbaude schon einmal Streit-
unterstützung erhalten habe, ohne sich durch seinen Beitritt erkenntlich
zu zeigen. Der Angellagte habe sich zwar zu einer Ausschreitung
hinein lassen, doch liege die Sache nicht so schlimm, denn der Ton,
den er angeschlagen, sei in den Kreisen der Maurer nicht so arg auf-
zufassen. Die in erster Instanz verhängte Strafe sei völlig aus-
reichend. Der Gerichtshof nahm ganz im Sinne des Staatsanwalts
ideale Konkurrenz mit § 153 als vorliegend an, die strenger
bestraft werden müsse. Das Urtheil lautete auf einen Monat
Gefängnis.

Jagd und Verkommungs-Verordnung. Der Jagdpächter
Prillwitz hatte eines Sonntags bei Petersdorf in der Nacht bis

3 1/2 Uhr gejagt, während in jener Gegend die Zeit des Haupt-
Cottesdienstes von 8 1/2—10 1/2 Uhr dauert. Er sollte sich hierdurch
gegen die Verordnung des Oberpräsidenten vom 5. Oktober 1896
vergangen haben. Es ist das die bekannte Verordnung über die
Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. P. wurde in den ersten
Instanzen zu einer Geldstrafe verurtheilt. Auf seine Revision hob
das Kammergericht gestern die Vorentscheidungen auf und verwies
die Angelegenheit zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht
zurück. Zur Begründung führte der Präsident aus, eine Polizei-
verordnung, welche die Jagd an Sonntagen durch Verbote be-
schränke, sei mir insoweit gültig, als es sich um solche Jagden, die
mit G e r ä u s c h verbunden seien, handle. Ob eine solche hier
vorgelegen habe, müsse noch festgestellt werden.

Aus Halle a. S. wird uns vom 11. Januar berichtet: Von
der Anstellung zum Reineide wurde in heutiger Schwurgerichts-
sitzung nach zweitägiger Verhandlung der frühere Polizeiergent
Gustav Friede von hier, freigesprochen, der in einem
Freudenbause auf dem Schlamm im Dienste Bier getrunken und
dieses Disziplinarvergehen eiblich in Abrede gestellt, sowie das
frühere Freudenbauseigen Auguste Henning zu einem Reineide an-
geklagt haben sollte. Die wegen Reineids mitangeklagte Henning
und eine verehelichte Kappfilder wurden ebenfalls freigesprochen.
Die Verhandlung entrollte ein recht trübes Bild über das
Treiben zweier Polizeibeamten. Es wurde festgestellt, daß
sich Friede im Dienste mit Dirnen eingelassen und sich
eines Tages derartig betrunken hatte, daß er von seinem
vorgesetzten Ober- Polizei- Inspektor Weidemann nach der
Polizeiwache geschickt werden mußte. Der Kupferschmied Albert
Oehme, der die Anzeige gegen Friede erstattet hatte, behandelte unter
dem Tode, daß er auf Grund der Aussagen der drei Angeklagten
wegen wissenschaftlicher Anschuldigung unschuldig zu einem
Monat Gefängnis verurtheilt worden sei. Die Angeklagte Henning
hatte vor der Hauptverhandlung wiederholt ein Geständnis abgelegt,
dieses aber nachträglich wieder zurückgezogen. Der Staatsanwalt
hatte das Schuldig der drei wegen Reineids Angeklagten beantragt.

Versammlungen.

**Eine Volkerversammlung zu Gunsten der Arbeiter-
Bildungsschule,** die sich eines guten Besuchs erfreute, wurde am
Donnerstag in Keller's Saal abgehalten. Genosse V e b e l, der
einen Vortrag über „Die handelspolitische Entwicklung“ angelegt
hatte, konnte nicht erscheinen, weil an demselben Tage die Militär-
vorlage im Reichstage verhandelt wurde, wozu er als Redner der
Fraktion bestimmt war. Statt dessen sprach Genosse W o l k e n
über dasselbe Thema. Der Redner legte in an-
schaulicher Weise dar, daß das System der weitestgehenden wirth-
schaftlichen Absperrung der Staaten gegen einander, welches
zur Zeit der handwerklichen Produktion herrschte, notwendiger-
weise durchbrochen werden mußte, nachdem die Großproduktion und
der Weltverkehr sich zu entwickeln begannen. Redner zeigte ferner,
wie England, veranlaßt durch die Bedürfnisse der sich immer mehr
entwickelnden Industrie, zuerst den Freihandel einführt, wie die
Freihandelsidee sich weiter in Europa verbreitete, zur Beseitigung des
absoluten Schutzes und zum Abschluß von Handelsverträgen
führte, und wie dann die Vereinigten Staaten von Nordamerika,
um ihre aufblühende Industrie vor der ausländischen Konkurrenz
zu schützen, in den 60er Jahren Schutzzölle einführt. Während
aber Ende der 70er Jahre die schutzöllnerische Bewegung in Amerika
bereits im Abnehmen begriffen war, habe Wismar zu derselben
Zeit in Deutschland durch Einführung der sogenannten Wirthschafts-
reform den Verlangen der Schutzöllner Vorstoß geleistet. Da durch
die deutschen Lebensmittelszölle namentlich die Ausfuhr Nordamerika's
geschädigt wurde, so habe in den Vereinigten Staaten die Bewegung
für Schutzzölle auf Industrieerzeugnisse aufs Neue um sich gegriffen.
Der Redner kam dann auf den bevorstehenden Abschluß unserer
neuen Handelsverträge zu sprechen und meinte, in der Kommission
zur Vorbereitung derselben seien vorwiegend die schutzöllnerischen
Interessenten vertreten und es habe den Anschein, als ob man
geneigt sei, unsere Agrariern Geschenke auf Kosten der Arbeiter
zu machen, die Arbeiter aber, wenn sie die höchsten Brot-
preise durch Erlangung höherer Löhne ausgleichen wollen,
durch das in Aussicht stehende Zugangs-Gesetz in ihren Per-
sönlichkeiten niederzuhalten. Betreffs seines eigenen Standpunktes zur
Wirthschaftspolitik sagte Redner, er sei nicht für absoluten Frei-
handel. Er halte einen Schutz Zoll für berechtigt, wenn es sich um
Förderung ausländischer Schmutzkonkurrenz handle, welche er-
möglichst wird durch hohe Ausfuhrprämien oder durch maßlose Aus-
beutung der Arbeiter seitens eines Fabrikantenringes. Darüber
hinaus sei aber der Schutz Zoll nicht zu billigen, weil
er dann nur darauf hinauslaufe, den Fabrikanten ein
Privilegium zur Ausplünderung der inländischen Konsumenten
zu verschaffen. Deutschland bedürfe im Allgemeinen der Schutz-
zölle nicht, denn es habe eine hochentwickelte, konkurrenzfähige
Industrie. Die Arbeiter müßten darauf sehen, daß eine Handels-
politik getroffen werde, die nicht in erster Linie das Ausland als
Abgabemarkt zu gewinnen suche, sondern die vielmehr den deutschen
Arbeiter, indem sie ihn besser stellt, konkurrenzfähige mache, und
so ein erweitertes Abgabegbiet im Inlande schaffe. Die
wirthschaftliche Absperrung eines Landes sei unter den heutigen Ver-
hältnissen zu einer Unmöglichkeit geworden. — Der 1 1/2 stündige
Vortrag des Referenten wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.
Nach kurzer Diskussion schloß der Vorsitzende die Versammlung
mit einem Hinweis auf die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungs-
schule und mit einer Aufforderung zur regen Theilnahme an den-
selben.

Die Droschkentreiber hielten am Freitag für den Stadttheil
Moabit wieder eine gut besuchte Versammlung ab. S c h u l z re-
ferirte über das Vorgehen der Führer und den biobietigen Verlauf
der Lohnbewegung. In der darauf folgenden sehr regen Diskussion
wurden von mehreren Führern die Modifikationen einer Anzahl
Führer sowie das unwürdige Gebahren einiger Streikbrecher ge-
schildert. Die Einstellung ungebürdeter Ausfäher habe einigen Führern
erst neuerdings ungeheuren Schaden verursacht, so daß schon aus dem
Grunde die Forderungen den Ausfäher bewilligt werden. In seinem
Schlußwort ermahnte der Referent die Frauen, das Vorgehen der
Männer zu unterstützen; aber ganz besonders sei es Pflicht der
führenden Ausfäher, für die Streikenden zu sammeln, um aus eigenen
Mitteln die Bewegung freizugehen zu Ende zu führen. Alle Nicht-
organisirten aber sollten es als Ehrensache betrachten, sich der Orga-
nisation, dem Verein Berliner Droschkentreiber, anzuschließen.

Die Vereinigung der Maler hielt am 10. Januar in den
Kaminhallen ihre Generalversammlung ab, in der Dr. W e d l über
das Thema „Der Kampf gegen die Kurpfuscherei“ referirte. Nach
dem lehrreichen Vortrag gab der Kassirer den Rechenschaftsbericht
vom 4. Quartal 1898. Danach betrug die Einnahme 774,37 M., die
Ausgabe 736,13 M.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Januar, Vormittags
9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 11 Uhr Vormittags eben-
dort: Vortrag des Herrn Prof. Dr. W. G. Schreier: Kritischer
Uebersicht über die Völkervereinigung. — Montag, den 16. d., Abends 8 1/2 Uhr,
Stallackerstr. 43: Beschließende Versammlung.

Algemeine Kranken- und Verbands der Metallarbeiter
(E. S. D. Hamburg). Filiale Berlin 3. Worgen, Sonntag, Vormit-
tags 10 Uhr, Rantensstr. 47: Mitglieder-Versammlung.

Vermisches.

Dem verstorbenen Pfarrer Aeppler soll in Borchhofen ein
Denkmal gesetzt werden, für das der Grundstein bereits
gelegt ist.

Sturmnachrichten. In Havre herrschte am Donnerstag heftiger
Sturm, der den Zugang zur Mole unmöglich machte und einen

Theil des Hauses, in welchem sich das Bureau der Hafenbeamten
befand, zerstörte. Das am Hafen liegende Stadtviertel „Saint
Francois“ ist vollständig überschwemmt, so daß der Verkehr in dem-
selben unmöglich ist. Der entstandene Schaden ist beträchtlich.

In Stuttgart richtete ein heftiger Gewittersturm, verbunden
mit Vollenbruch und starken Winden in der Nacht zum Freitag viel
schaden an. Eine Anzahl Bäume wurden entwurzelt, an
Dächern und Kaminen wurden Beschädigungen verurlicht. Durch
den Einsturz eines Gerüsts wurde in der Daimlerstraße ein älterer
Mann erschlagen. Infolge des Gewitters sind zahlreiche Fernspre-
leitungen unterbrochen.

Abstieg im Harz. Am Sonntag Vormittag machten zwei Ge-
seten von Thale (Harz) sich auf den Weg, um die Berge zu be-
steigen. Beide erreichten den Hergentanzplatz und wollten sich von
dort nach einigem Verweilen über die Pringenstich in das Bodetal
hinabbegeben. Der Jüngere, Johann Lavreny aus Schwappeln im
Arenje Nemei, etwa 28 Jahre alt, zeigte beim Abstieg große Wag-
haftigkeit, jedoch sah der Jüngere wiederholt veranlaßt sah, ihn vor
der Gefahr zu warnen. Lavreny beachtete auch nicht, daß der
Jüngere an einer besonders gefährlichen Stelle erklärte, dorthin nicht
folgen zu wollen. An dieser Stelle muß Lavreny plötzlich den
Boden verloren haben und in die Tiefe gestürzt sein. Sein Ge-
sährte sah ihn plötzlich verschwinden und vermochte trotz allen
Suchens und Rufens keine Spur mehr von ihm wahrzunehmen.
Bisher waren die Nachforschungen nach dem Vermisgten ohne
Erfolg.

**In dem Prozeß der Eigenthümer des Dampfers „Gromath-
thier“** gegen die Compagnie Transatlantique wegen Schaden-
erschlag für die von „Gromaththier“ beim Zusammenstoß mit der
„Bourgoigne“ erlittene Havarie entschied der Admiralsgerichts Hof
in London, daß die „Bourgoigne“ allein die Schuld am Zusammen-
stoß treffe.

Der Maler Diesendach lebt in großem Elend. Aus Wien
wird berichtet, daß er mit seiner Kolonie von drei Kindern, sieben
Schwestern und Schwestern und sonstigen Anhängern aus seinem
Hjgl in Himmelhof bei Ober-Sankt- Veit zwangsweise entfernt
worden ist. Diesendach ist ganz mittellos. Die Pfändungs-
kommission gab ihm freiwillig 20 Gulden zur Miete einer
Wohnung. Weinend und jammernd verließ er mit seiner Kolonie
Himmelhof.

In Whitechapel (London) ist wieder einmal eines der Atten-
tate verübt worden, von denen „Jad der Kuffhäger“ seinen Namen
hat, und zwar wird dieses Mal der Thäter als ein Polizist be-
zeichnet. Eine Prostituirte theilte am Sonnabend der Polizei mit,
ein Polizei-Konstabler habe sie in eine dunkle Seitenstraße geführt,
sie mit einem Messer am Unterleib verwundet und sei dann sofort
verschwinden. Die Angaben der Frauensperson schienen um so
weniger glaublich, als sie stark betrunken war. Inzwischen fand man
eine zwei Zoll lange, karl blutende, aber nicht lebensgefährliche
Wunde bei ihr vor. Sie beschrieb auch das Aussehen des Polizi-
sten, und unweit der Stelle, die sie als den Ort der That be-
zeichnete, fand man Blut vor. Inzwischen hat man sie mit allen
Polizisten, welche zu jener Zeit Nachtdienst hatten, konfrontirt,
aber in keinem derselben hat sie den Thäter wiedererkannt.
Die Polizei glaubt auch nicht, daß einer der Konstabler die
That beging. Man hat die Verwundete vorher in Begleitung
eines betrunkenen Matrosen gesehen, nach dem jetzt eifrig gefahndet
wird.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl)
anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte
Abonnementsauszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beant-
wortet und schriftliche Antwort nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und
Freitag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abgehalten.

Nachte, Hoahr. 32 b. In unserm Versammlungsbericht ist aus-
drücklich von Herrn W. W. W. die Rede. Wie da ein Irrthum,
noch dazu bei Wohlvereins-Mitgliedern, entstehen konnte, ist uns un-
verständlich.

A. A. Unter gewissen Voraussetzungen kann auch eine solche Handlung
die Kriterien einer Verurteilung enthalten. Diefelbst ist aber der „Gri-
llar“ Maurer nicht zu lassen, vielmehr aber wegen Geschäftsfähigkeit
auf dem Wege der Strafrecht.

S. W. Ein Individuum, in welchem man unentgeltlich mathematisches Kennt, ist
uns nicht bekannt. Sie können aber bei dem Bezirksamt eine Prüfung
abgeben, worauf Sie sich als geprüfter Mathematiker bezeichnen dürfen. Ueber
die Kosten erfahren Sie auf dem Polizeipräsidium das Nähere.

S. 25. 1. Richt überall gleich. 2. Sie meinen wahrscheinlich „Saum
ouigo“ — es ist lateinisch und heißt „Jedem das Seine“.

Rachmann. Sie können Klagen bilden, so viel Sie wollen, das geht
Niemand was an.

W. H. 9. Ob im Reichsamte des Innern Nachtdienst eingerichtet ist,
wissen wir nicht.

115 S. A. Sie sind zur Herausgabe verpflichtet.

100. Rein. — Stein 24. 1. Ja. 2. Rein. — R. 7. 10. Rein. —

Wielgelleit 33. Wenn kein Testament vorhanden ist, erben auch die Ver-
wandten. — S. 6. 90. Solart. — A. R., Rosenkall. Ja. —

Grünauerstr. 27. 1. Rein. 2. Ja. — A. 2. 99. St. — Geinath-
lofer 91. Ihre Fragen sind nicht verständlich. — H. 6. 1875. Die

rechtl. entscheidenden Punkte sind in Ihrem Briefe nicht klar. Kommen Sie in
die Sprechstunde. — S. 2. Wenn das Zeugnis unrichtig ist, können Sie klagen.

— Solaten. Ja. — S. 2. 1. Kommen Sie mit dem Kontrakt in die
Sprechstunde. — Anhejahn. Ja. — Emil Schil. Über unbekannt. —

G. H. Klage. — C. 2. Sie sind im Recht. — A. Ober. 13. Obern.
Wintler. Dem Wirtz steht das Retentionsrecht zu. — S. 2. Rein. —

W. 20. Ja, durch die Gewerbe-Ordnung. 2. Unschuldig nach Art. 24
der Reichsverfassung. — Christiania 38. 1. Kommt auf das Reklutur der

Weselung an. 2. Rein. 3. Rein. — Marita 91. 1. Alle. 2. Reichs-
Anwaltschafts-Konstitut Berlin, Klosterstraße. 3. Welche Forderung? —

S. 17. 1. Ja. 2. Ja jeder Zeit. 3. An das betreffende Regiment. —

S. 126. Nicht. — P. 2. Rein. — S. 12. Von 10 bis 6.
Nur in Begleitung des Richters oder dessen Stellvertreter. — Nihilis-

dorf. Sie werden gut thun, einen Rechtsanwalts in Bielefeld zuzuziehen.

— Was 98. 1. Unrechliche Kinder haben ein Erbschaft nur, wenn keine
rechlichen Kinder und keine Erbschaft vorhanden sind und nicht durch Testament

anderweit über den Nachlass verfügt ist, endlich wenn Erblasser in einer
öffentlichem Urkunde ein Auserkennung der Säkularität abgegeben oder in
einem rechtskräftigen Urtheil für den Vater des Kindes erklärt ist. 2. Kommt
auf das Ermessen des Vormundschaftsgerichts an. 3. Auf das Erbschaft

ohne Einhalt. 4. Wie zu S. 5. 14 M. pro Monat. 6. Den der Mutter.

— Gamsin. 1. Rein. 2. Rein. — 55. Bandum. 1. Ist unzulässig und
anfechtbar. 2. Unschuldig. — G. 3. 78. Sie können Erbschaft verlangen. —

A. W. Pensionansprüche haben Sie nicht. Stellen Sie aber Antrag um
Erhöhung der Unterstutzung. — Kapte. 1. Sie werden vermutlich freis-
kommen. 2. Wenn der Vormund die Einwilligung nicht gibt, müssen Sie
sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — Reintie W. 1. Das

Wort „hat“ ist hinzuzufügen. 2. Ja. Die Frage ist aber nun Gewerbe-
gericht nicht immer gleich entschieden. — Wilm. Sie können klagen, und
zwar beim Amtsgericht. — A. 9. 3. Neu-Deutscher. Sie haben Recht.

— C. 2. 100. Rein. — S. 2. Dagegen läßt sich nichts thun. — C. 2.
Wenn Sie nicht die Stellung eines Vermittlers haben, nur 2 Wochen.

— Wolgasterstr. 3/4. 1. Dazu sind Sie auch jetzt noch verpflichtet, aber auf
Kosten und Gefahr des Wirtz. 2. Ist nicht verurlicht. — P. 2. 30. Dazu
sind Sie nicht berechtigt. — S. 2. 78. Kommen Sie mit dem Mietvertrag
in die Sprechstunde. — C. 2. Stellen Sie Antrag an die Reichs-Anwaltschafts-
anstalt Klosterstraße.

Witterungsübericht vom 13. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Wetter			Stationen			Wetter		
	Barometer nach mm	Wind- richtung	Wahrscheinl. Wahrscheinl.	Barometer nach mm	Wind- richtung	Wahrscheinl. Wahrscheinl.	Temp. in C.	Temp. in F.	Temp. in C.
Stoltebde.	736	SE	4wollig	4	Opavanda	739	R	2bedekt	-9
Hamburg	740	SE	6bedekt	5	Petersburg	746	SE	2Schnee	1
Berlin	739	W	6Regen	5	Kort	753	SE	4Regen	2
Wiesbaden	755	W	5bedekt	7	Merdeen				
München	757	W	5wollig	4	Paris	763	SE	3Regen	7
Wien	752	W	6wollig	7					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. Januar 1899.

Zunächst auffallend und kühl bei ziemlich frischen westlichen Winden
Nachher neue Erwärmung, Erlebung und Nebenschläge.
Berliner Wetterbureau.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das Hamburger Genossenschafts-Projekt.

Am 25. Dezember 1898 brachte der „Vorwärts“ die Nachricht von dem Plan eines großen Genossenschafts-Unternehmens, das in Hamburger Gewerkschaftskreisen lebhaft erörtert wurde.

Am 6., 13. und 18. Dezember hatten gemeinsame Versammlungen der Hamburger, Altonaer und Wandsbeler Gewerkschafts-Kartelle und Gewerkschafts-Verbände auf Grund umfangreicher Vorschläge diesen Plan beraten. Diese Vorschläge waren die Statuten des Konsum- und Spar-Vereins „Produktion“, (E. G. m. b. H.) zu Hamburg, 58 S. und ein Kommentar, (d. h. eine Erläuterung) zu den Statuten, (60 S.), beide bei F. H. B. Dieck in Stuttgart gedruckt. Der bekannte Gewerkschaftsführer und Reichstags-Abgeordnete v. Elm erklärte, daß Hamburger Genossen vor 1 1/2 Jahren eine Kommission gewählt hätten, die in einer etwa 800stündigen Arbeitszeit das Statut entworfen habe. Nach ausführlicher Darlegung und sehr eingehender Diskussion wurde in der Versammlung mit 172 gegen 66 Stimmen — 28 Stimmen waren unglücklich — folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der Vorstände und Delegierten der Gewerkschaften von Hamburg-Altona und Wandsbøl erklärt sich mit der Gründung einer Konsum-Genossenschaft auf Grund der von der Kommission ausgearbeiteten Vorlage einverstanden, und beschließt die Anwesenden, sofort in eine Propaganda für das zu gründende Unternehmen in ihren Gewerkschaften einzutreten. Ferner erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die für die erste Agitation erwachsenden Kosten darlehensweise aus den Mitteln des Kartells gedeckt werden.“

Nach diesem ersten Erfolg ist wohl anzunehmen, daß der Hamburger Plan seiner Verwirklichung entgegen schreitet. Nichtsdestoweniger scheint es uns angebracht, denselben einer Kritik zu unterziehen. Wir hoffen, dadurch wenigstens die Arbeiterkreise anderer Industriezentren zu ernstlicher Erwägung unserer Bedenken zu veranlassen — meldete doch der „Vorwärts“ vom 29. Dezember bereits, daß die Gewerkschafts-Kommission von Eberfeld-Varmen sich prinzipiell für die Errichtung einer Konsum-Genossenschaft erklärt hat.

In dem Kommentar zu den Statuten sowie in dem kurz nach Renjahre in Hamburg verbreiteten Flugblatt, das die organisierten Arbeiter zum Beitritt auffordert, werden die Vortheile des Genossenschaftswesens, der Organisation des Konsums, für die Arbeiter beleuchtet. Mit Recht wird auf die Erfolge in England hingewiesen. Dort gab es 1897 1710 Genossenschaften mit fast 1 1/2 Millionen Mitgliedern. Da in erster Linie die Familienväter Mitglieder sind, kann man annehmen, daß durch jedes Mitglied für noch drei weitere Köpfe Konsumwaren entnommen werden. Dann ergibt sich, daß 1/2 bis 1/3 der gesamten englischen Bevölkerung konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Der Gesamtumsatz aller Konsum-Genossenschaften (im Folgenden sei der Kürze halber K. G. geschrieben) betrug im Jahre 1897 mehr als eine Milliarde Mark, der Reingewinn mehr als 128 Millionen Mark. Die englischen K. G. produzieren einen Theil der abgesetzten Waaren selbst. Der Werth der im Jahre 1897 hergestellten Waaren betrug mehr als 100 Mill. Mark, die Zahl der bei der Produktion beschäftigten Arbeiter ca. 30 000, was mit den in den K. G. selbst beschäftigten 40 000 Personen die tatsächliche Zahl von mehr als 70 000 Angestellten ergibt, alles Leute, die von der kapitalistischen Klasse unabhängig und damit, soweit es ihre Fähigkeiten erlauben, geeignet sind, in der Arbeiterbewegung auch an gefährdeten Posten zu stehen.

Aber auch unmittelbar haben die K. G. in England der Arbeiterbewegung, namentlich der gewerkschaftlichen, schon große Dienste geleistet. Allein im Jahre 1898 gaben sie mehr als 1 1/2 Millionen Mark für Bildungs- und Wohlfahrtszwecke aus. Besonders erwähnenswert sind die Untersuchungen in Streikzeiten. Während des letzten großen Maschinenbauer-Streiks zahlte die Groß-Einkaufs-Genossenschaft 65 000 M. Unterstützung, zahlreiche einzelne Konsum-Genossenschaften je 10 000 M. Beim stöhlenarbeiter-Ausstand 1893 zahlte die Groß-Einkaufs-Genossenschaft 100 000 M., die Konsum-Genossenschaft Barnsley 40 000, die K. G. Ripley 30 000 M.

Ob im deutschen Polizeistaat Ähnliches möglich wäre, lassen wir dahingestellt. Immerhin können sich die Befürworter des Hamburger Plans darauf berufen, daß auch in Deutschland große K. G. bestehen, die sehr Erfrißliches geleistet haben. Namentlich hervorzuheben ist die Leipzig-Plagwitzer K. G., die wie die meisten zum Theil sehr bedeutenden sächsischen Konsum-Genossenschaften, von jeher ganz in den Händen der Arbeiterschaft war, während andere der als Beispiel aufgeführten Konsum-Genossenschaften, wie die große Dresdener und Magdeburger, von bürgerlicher Seite ins Leben gerufen wurden und noch heute verwaltet werden.

Die Leipzig-Plagwitzer K. G., im Jahre 1884 begründet, zählt heute schon mehr als 16 000 Mitglieder (ungefähr ebenso viel die übrigen drei Leipziger K. G. zusammen). Der Jahresumsatz beträgt fast 6 1/2 Millionen Mark, die zur Vertheilung gelangende Einlaufsdividende seit einer Reihe von Jahren regelmäßig 10 pCt. Außer einem mächtigen Hauptlager mit Arbeitsstätten für Kaffee-Rösterei, Nutterauschlagen und Äpfeln, großem Kohlenlager etc. hat der Verein 21 Verkaufsstellen für Lebensmittel und drei für Schnittwaren; außerdem eine glänzend eingerichtete Bäckerei, in der circa 50 Bäcker bei achtstündiger Arbeitszeit thätig sind. Seit einigen Jahren hat er eine Mühle gepachtet; Betrieb von Mühle und Bäckerei zeitigen einen bedeutenden Gewinn.

Unter Berufung auf die gewaltigen Erfolge der englischen und der schon recht beachtenswerten der deutschen Konsum-Genossenschaften fordern nun die Hamburger Gewerkschaften die organisierte Hamburger Arbeiterschaft zur Gründung einer Genossenschaft auf. Hiergegen wäre an sich gewiß nichts einzuwenden; ja, der Verfasser dieser Zeilen würde es freudig begrüßen, wenn an recht vielen Orten Deutschlands aus Arbeiterkreisen heraus K. G. ins Leben gerufen würden; freilich nur unter der Voraussetzung, daß es nach den bisher überall bewährten Grundsätzen geschieht, während der Hamburger Plan hiervon abweicht.

Alle Konsum-Genossenschaften, die als solche Bedeutung erlangt haben — unter Umständen haben sich, wie in Görlitz, große kapitalistische Aktien-Gesellschaften daraus entwickelt — haben in der bescheidensten Weise angefangen. Vorbildlich ist auch heute noch die 1844 von 28 armen Weibern in Rochdale gegründete Konsum-Genossenschaft. Nach den Rochdaler Prinzipien sind alle englischen und mehr oder minder bewahrt auch die deutschen Konsum-Genossenschaften ins Leben gerufen. Der Hauptbegründer des Hamburger Planes, v. Elm, erklärt, daß er, noch vor wenigen Jahren ein Gegner der Konsumvereine, durch Holboates's Wert über Genossenschaften belehrt worden sei. Holboates aber erzählt uns, wie an einem Dezemberabend des Jahres 1844 unter dem Hohnlächer der Strohschneidenden, dem Spott neugieriger Kaufleute und den gleichgültigen Bemerkungen der Vorübergehenden die Laden eines im Erdgeschoß einer Hintergehohe gelegenen Magazins vorläufig geöffnet und winzig kleine Quantitäten an Butter, Zucker, Mehl und Hafermehl in dem Schaufenster sichtbar wurden. Der Laden wurde nur Sonnabends und Montags in den Abendstunden geöffnet. Ein Vereinsmitglied diente als Verkäufer, ein anderes als Buchführer, während ein drittes, mit dem hochtrabenden Titel Kassierer bedacht, Mitglied einen Umsatz von wöchentlich 40 M. verwaltete. Ein viertes Mitglied, das den stolzen Titel Schatzmeister führte, wachte über ein angeammeltes Kapital von 500 M. Die übrigen

24 Mitglieder wirkten vereint als Aufsichtsräthe, Direktoren, Theilhaber, verbende Agenten und endlich als einzige Käufer.

Verständigen wir die mächtige Entwicklung des modernen Lebens in den vier Jahrzehnten bis 1884, und vor allen Dingen die mächtige Entwicklung innerhalb der Arbeiterkreise selbst, so können wir neben diese Schilderung die Zeilen stellen, in denen ein späterer Geschäftsbericht die Anfänge der Leipzig-Plagwitzer K. G. schildert: „Am 3. August 1884 wurde nach monatelanger Mühe und Arbeit die erste Verkaufsstelle des Vereins in Plagwitz in der ehemaligen Bahnhofsstraße eröffnet. Nur 68 Mitglieder zählte der Verein an diesem Tage. Das wenige Geschäftskapital war in wöchentlichen Beiträgen von 50 Pf. mühsam gesammelt worden. Der Verkaufsladen war ein kleiner und entsprach mit seinen primitiven Einrichtungen wenig den Anforderungen der Mitglieder.“

Beachtenswert ist weiter, daß in den größeren Städten die Bildung von Konsum-Genossenschaften schwieriger ist, daß sie nach allen Erfahrungen bei großen Städten am besten in Vorstädten oder Vororten beginnt und erst langsam in die Stadt hinein wächst. So erklärt es sich, daß Leipzig zur Zeit vier Konsum-Vereine besitzt; die Namen derselben: L.-Plagwitz, L.-Connewitz, L.-Gutritsch, L.-Ostvorstadt, zeigen, daß die Bewegung, genau nach den vier Himmelsrichtungen vertheilt, außerhalb Leipzigs begonnen hat, und doch zählt Leipzig mit Vororten heute bei insgesamt 422 000 Einwohnern mehr als 30 000 Konsum-Genossen. Rechnen wir, wie oben, daß durch jeden Genossen im Durchschnitt eine vierköpfige Familie vertreten wird, so bezieht mehr als 1/4 der Einwohnerschaft die Waaren der K. G.

Schließlich soll scharf betont werden, daß sowohl in England wie in Deutschland bisher keine Konsum-Genossenschaft im Anschluß an eine politische Partei oder an die Gewerkschaftsbewegung entstanden ist, wie uns scheint, zum Vortheil aller Seiten. Das hindert nicht, daß politisch und gewerkschaftlich hervorragend thätige Männer ihre Lebensstellung in den K. G. finden.

Vertrachten wir nun den Hamburger Plan. Nach § 1 ist Gegenstand des Unternehmens:

- a) Produktion, Verarbeitung und gemeinschaftlicher Einkauf von Lebens- und Genussmitteln, Bekleidungsgegenständen und Artikeln für Hauswirtschaft und Gewerbe und Absatz derselben an die Mitglieder oder deren Vertreter gegen Baarzahlung.
b) Errichtung und Betrieb von Verkehre- und Handelsunternehmungen und einer Sparkasse auch für Nichtmitgliedern, die Spargelder abseiten des Vereins in statutenmäßiger Weise nutzbar zu machen und in angemessener Weise sicher zu stellen, z. B. durch Eintragung von Hypotheken auf Aemtern und Treuhändern und dergleichen mehr.
c) Abschluß von Verträgen mit Gewerbetreibenden und Kaufleuten, wodurch diese sich verpflichten — bei Lieferung guter und unverfälschter Waaren zum Tagespreise und gegen sofortige Baarzahlung — einen bestimmten Rabatt an den Verein zu gewähren.
d) den Mitgliedern Gelegenheit zum Ansammeln von Spargeldern zu geben, zu welchem Behuf der Verein von seinen Mitgliedern auch zur Errichtung einer Sparkasse Spareinlagen gegen Verzinsung annimmt.
e) Errichtung resp. Betrieb eines Vereins- und Gesellschaftshauses, sowie einer Zentralherberge.
f) Errichtung, Erwerb und Verwaltung gesunder, preiswürdiger Wohnungen, sowie Erwerb und Verwaltung von Grund und Boden zu diesem Zweck, wie zu landwirtschaftlichem Betriebe, Mietung von Wohnungen behufs Wiedervermietung und Pacht von Land zwecks Bewirtschaftung.
Die Leipzig-Plagwitzer Konsum-Genossenschaft kennt nur den unter a) angegebenen Zweck. Bemerkenswert ist, daß in ihrem ersten Statut die Produktion überhaupt nicht erwähnt wurde. Noch im Statut von 1895 ist nur die Herstellung von Waaren aufgenommen. Im letzten Statut sind die Mühlenfabrikate hinzugekommen. Bekleidungsgegenstände fehlen im Statut, obgleich mit demselben Verträge gemacht zu werden scheinen — man hütet sich offenbar wohlweislich, Hoffnungen zu erwecken, ehe man sich von ihrer Erfüllung praktisch überzeugt hat.

Von der entgegengekehrten Meinung gehen die Hamburger aus. Sie drängen zur Produktion. Im Kommentar heißt es:

„Die englischen Konsum-Genossenschaften sind zur Selbstproduktion erst ganz allmählich geschritten und haben verhältnismäßig erst wenige Produktionszweige in die Hand genommen, weil sie nicht in ihrem Programm lag, und sie sozusagen gar nicht darauf zugeschnitten waren. . . . Wäre die eigene Produktion der K. G. bei Gründung der englischen K. G. mit als Vereinszweck hingestellt worden, dann würde ihnen wahrscheinlich heute schon nicht nur der Nutzen des Zwischenhandels, sondern auch der der Produktion wieder zuzuführen. . . . Diesen Vorgang kann man aber beschleunigen, wenn man von vorn herein die Produktion als Hauptzweck der Konsum-Genossenschaft einstellt.“

Diese Auffassung scheint uns irrtümlich. Von Anfang an hatten die Engländer die Produktion im Auge. Einzig und allein die Praxis hat sie auf ihren jetzigen langsam, aber festeren Weg geleitet, von dem der Verfasser des Kommentars selbst anerkennt, daß er zur Produktion von „tausend Artikeln“ führt, die alle einer nach dem andern an die Reihe gekommen sind resp. noch an die Reihe kommen werden.“

Frau Webb, die beste Kennerin und Darstellerin des englischen Genossenschaftswesens und seiner Geschichte, sagt ausdrücklich: „Die Pioniere von 1844 (Rochdale) setzen ihre unmittelbaren und letzten Ziele in ähnlichen Worten auseinander, wie die Genossenschaftler von Brighton im Jahre 1898:

Die Errichtung eines Ladens zum Verkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken etc.

Das Erbauen, den Ankauf oder die Einrichtung einer Anzahl von Häusern, in denen diejenigen Mitglieder wohnen können, welche einander in der Verbesserung ihrer häuslichen und sozialen Lage beizustehen wünschen.

Die Produktion solcher Waaren, deren Herstellung die Genossenschaft beschließen wird, um denjenigen Mitgliedern Arbeit zu schaffen, welche arbeitslos sind, oder unter wiederholten Herabsetzungen der Löhne zu leiden haben.

Den Ankauf oder die Pachtung eines oder mehrerer Grundstücke zum Zwecke der Bestellung durch arbeitslose oder schlecht bezahlte Genossenschaftler.

Und ferner, daß diese Genossenschaft sobald als thunlich dazu schreiten soll, die Produktion und Vertheilung der Güter zu der Erziehung des Volkes und die Kräfte zur Erzeugung und Regierung zu ordnen; mit anderen Worten, eine sich selbst erhaltende Inselkolonie und Gemeinheitsinteressen ins Leben zu rufen oder anderen Genossenschaften bei der Einrichtung derartiger Kolonien Hilfe zu leisten.

Alles, was der Verfasser des Kommentars will, stand also auch in dem Programm der Rochdaler K. G.; nicht der Mangel des Programms also kann es gewesen sein, was jetzt nach 50 Jahren praktischer Arbeit den Tadel der Hamburger hervorruft. Der Verfasser des Kommentars hat aber bei den bisherigen K. G. noch einen zweiten Fehler entdeckt: Sie haben den größten Theil ihres Reingewinnes am Jahresabschluss als Dividende vertheilt. Sie haben daher keinen Produktionsfonds gehabt und waren resp. sind noch darauf angewiesen, ihre Produktion mit den Reserfonds und den aus den Geschäftsanteilen der Mitglieder angeammelten Kapitalien zu betreiben. Diese Kapitalien sammeln sich natürlich langsam an, da fast der ganze

Reingewinn am Ende des Jahres als Einlaufsdividende vertheilt wird.“

Aber auch dieser Grund erklärt nicht das langsame Fortschreiten der Produktion der englischen Konsumvereine. In seiner wirtschafts- und handelspolitischen Rundschau für das Jahr 1897 sagt der bekannte, hoch intelligente und groß denkende Hamburger Kaufmann R. E. May, der dem Verfasser des Kommentars zweifellos sehr nahe steht: „Der Hauptkonsum-Verein in Rochdale hat 22 Schlächterläden, 35 Krämerläden, eigene Bäckerei, Schlächtereien, Kaffeerösterei, Samederverfäbrer, Kautabafabrik, ist Hauptaktionär einer genossenschaftlichen Dampfmaschine, hat ein Kapital von circa acht Millionen Mark, also viel zu viel Kapital für seinen Umsatz von 6 Millionen Mark, da die Konsumenten Alles baar bezahlen.“ Ähnlich steht es mit der Groß-Einkaufs-Genossenschaft, die 12 Millionen Mark Kapital besitzt.

Wenn nun ein Verein, der, wie der Rochdaler, durch zahlreiche Unternehmen seine Thätigkeit beweist, trotz acht Millionen Kapital nicht schneller mit der Produktion vorangeht, so muß das tiefere Gründe haben. Des Beispiels halber wollen wir nur einen solchen aus Webb anführen: „Die Großhandels-Genossenschaft (die nach May über ein Kapital von 12 Millionen M. verfügt) hat sich zum Beispiel, trotz ihrer Nähe zu dem Hauptzentrum der großen Baumwollen-Industrie, nicht im Stande gefühlt, die Fabrication von baumwollenen Zeugen zu unternehmen. Die große Mannigfaltigkeit unter den von der Arbeiterklasse gefahten Baumwollen- und Druckstoffen ist die Ursache davon, daß die Menge einer jeden von den Genossenschaftlern verlangten Art oder Mode zu gering ist, um deren einträgliche Fabrication (auch selbst durch das Zentral-Institut) möglich zu machen. Diese produktive Einheit ist die Ursache, die sich, wie die Genossenschaftler bereits erkannt haben, der demokratischen Fabrication als tatsächliches Hindernis entgegenstellt. Ich brauche übrigens nicht erst darauf hinzuweisen, daß dieses Hindernis genossenschaftlicher Fabrication durch die Erweiterung des Geschäftsverkehrs der Genossenschaften immer weiter hinausgeschoben werden würde.“

Den Schlußsatz zugegeben, lehrt diese Ausführung doch, wie vorsichtig man in programmatischen Vertheilungen sein muß. Mit jenen nachheren Erwägungen der Engländer vergleiche man nun folgende Ausführungen des Hamburger Kommentars: „Nehmen wir an, der erste Produktionszweig der K. G. sei die Bäckerei. Von dem Reiner, den die Bäckerei abwirft, fließt wieder der betreffende Prozentsatz in den Produktionsfonds und ermöglicht es bald, eigene Meierei anzulegen. Jetzt fließt schon der Unternehmensgewinn der Bäckerei und Meierei in den Reingewinn, der sich dadurch wesentlich erhöht, ebenso aber erhöht sich aus diesem Reingewinn der Produktionsfonds und gestattet es jetzt, eigene Brauerei zu errichten. Aus dem Unternehmensgewinn dieser drei Produktionszweige fließen dann die Mittel zur eigenen Schlächtereien. Aus diesen vieren die Mittel zur eigenen Viehzucht, Gemüsehau, später zur eigenen Tabakfabrikation, Kautabafabrik, Kaffee- und Schokoladefabrik, Zigarrenfabrik, Schuhfabrik, dann zur Möbel- und Papierfabrik, Tapetenfabrik für die eigenen Wohnungen, Ziegelbrennerei für die eigenen Bauten, Lederfabrik, Chocoladenfabrik, eigenen Weberei, eigenen Spinnerei etc.“

Erinnert der Verfasser hier nicht an das Milchmädchen, das mit einem Korbe Fien auf dem Kopf unterwegs die geschickte Verwerthung und immer weitere Verwertung des in der Stadt erhofften Erlöses für die Eier erwägt und in Gedanken gerade bis zum Erwerb eines Mittergutes gekommen ist, als sie über einen Stein stolpert und die Eier zerbrochen auf der Erde liegen sieht? Ja, wir fürchten, daß die Hamburger sogar die Henne schlachten wollen, die ihnen erst die Eier legen konnte. Ihnen geht es zu langsam, die Produktion mit dem Reserfonds und den aus den Geschäftsanteilen der Mitglieder angeammelten Kapitalien zu betreiben“, wie die dummen Engländer. Sie wollen ersichtl. höchstens 40 pCt. des Reingewinns als Einlaufsdividende vertheilen (§ 127), zweitens diese Dividende erst dann zur Auszahlung an das einzelne Mitglied bringen, wenn für dieses Mitglied außer seinem Geschäftsanteil von 30 M. ein Rothfonds von 100 M. aus früheren Dividenden angepart ist.

Die Leipzig-Plagwitzer K. G. zahlte 1898 etwa 85 pCt. ihres Reingewinnes als Dividende (10 pCt. auf den Konsum), indem sie ca. 500 000 M. an 16 000 Mitglieder vertheilte, das macht pro Mitglied noch nicht 32 M. Nach diesem Maßstab würden die Hamburger 15 M. etwa geben, das Ansammeln des Rothfonds allein würde mithin fast sieben Jahre dauern, — so lange also würden die Genossen keinen flingenden Vortheil wahrnehmen, wenn sie nicht inwischen die zulässigen Einzahlungen auf den Rothfonds gemacht haben. Nun wissen wir freilich sehr gut, daß gute unverfälschte Waare, volles Maß und Gewicht an sich ganz gewaltige Vortheile für die Konsumgenossen bedeuten, wir halten den Rothfonds auch für einen sehr guten und beachtenswerten Gedanken; noch fehlt aber in den großen Massen gerade in Fehlmengen der weitere Blick; selbst für England mit seinen bereits vorhandenen großen Erfolgen sagt Frau Webb: „Die Mehrzahl der Käufer finden sich nicht überzeugte Genossenschaftler.“ Wir fürchten deshalb, daß die Mitglieder sich nur der verhältnismäßig kleine Fein wird, während man bei dem Prinzip der großen Dividende thätlich ein rasches Wachsen der Genossenschaft in sichere Aussicht stellen kann. Dann ist es Zeit, die Massen, die sich zusammen gefunden und zusammen gewohnt haben, allmählich zu höheren Bestehenspunkten zu führen, — ob das bald, ob es leicht zu erreichen, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls ist es leichter, als von vornherein die Massen für diese Ideen zu gewinnen. Thatsächlich haben auch die Hamburger hierfür ein Auge. Sie lassen es zu, daß zur Weihnachtszeit die Genossen 10 pCt. des vorhandenen Rothfonds abgeben. Diese Summe ist aber in den ersten Jahren sehr klein, und ihre Auszahlung verlangt das Vollwerden des Rothfonds. Die Beschränkung der Dividende erscheint uns mindestens für den Anfang eher ein Hemmnis als ein Hebel für den Fortschritt der Idee.

Aber über die Produktion stehen sich die Hamburger noch weitere Ziele. Wir sehen ab von Punkt c) des Statuts, der ähnlichen Bedenken begegnet, wie die Rabattvereine selbst. Zu besonderen Erwägungen geben der Punkt e) und namentlich f) Veranlassung.

Gewiß ist der unter a) vorgesehene Bau und Betrieb eines Vereinshauses und einer Zentralherberge ein an sich dringend erstrebenswerthes Ziel. Hier aber handelt es sich um ein Unternehmen, das am besten von den Gewerkschaften unmittelbar in die Hand genommen werden sollte. Eine Unterstützung durch einen kräftigen Konsumverein würde am besten durch Gewährung eines möglichst großen Hypothekendarlehens zu niedrigem Zinsfuß erfolgen.

Ganz verfehlt erscheint uns der letzte Punkt f). Es ist vollkommen richtig, daß auf dem Gebiet der Arbeiter- und Wohnungsfraße viel, sehr viel geschehen muß. Wir glauben aber, daß hier mit der Aufrollung der Grund- und Bodenfrage ein Punkt berührt ist, der seine gründliche Erleuchtung erst mit der Aufhebung des Privatbesitzes an Grund und Boden finden kann, das heißt mit anderen Worten, erst nach dem Sieg der Sozialdemokratie. Freilich kann auch hier innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft manches geschehen, oder nicht durch freiwillige Genossenschaften, sondern durch Zwangsgenossenschaften, durch die Kommunen, denen auch Zwangsbeschlüsse (z. B. Expropriation im Gemeinheitsinteresse) zustehen. Der „Kommentar“ enthält sehr interessante Hinweise auf

die Thätigkeit englischer Kommunisten auf diesem Gebiete. Namentlich hat die schottische Stadt Glasgow bereits 40 Millionen für derartige Zwecke aufgewendet, wie sie überhaupt eine ganze Reihe von Unternehmungen in die Hand genommen hat, — wobei die Steuern beständig zurückgehen. Wenn nun die politische Lage in Deutschland ein derartiges Vorgehen seitens der Kommunisten für die nächste Zeit nicht erwarten läßt, darf man die Arbeiter nicht in Träumen wiegen, als ob hier die Selbsthilfe etwas vermöchte, — hier heißt es, die Finger in die Wunde legen und die unumgängliche Rothwendigkeit des politischen Kampfes betonen. Wer mit der genossenschaftlichen Idee in Arbeiterkreisen Gutes wirken will, muß in allererster Linie auch den Kampf um die Vermeidung, als ob er durch Genossenschaftswesen die „soziale Frage lösen“ wolle.

Der Ausblick auf die allzuweit gestreckten Ziele hat die Hamburger aber zu weiteren höchst bedenkenlichen Vorschlägen geführt, wie meinen die Punkte b) und d). Da wird eine Sparklasse auch für Reichmitglieder geplant, und selbst vor Errichtung der Sparkasse sollen Einlagen von Mitgliedern zur Verzinsung angenommen werden. Den gleichen Drang nach größerem Kapitalien verrät § 70, der die Beteiligung des einzelnen Genossen mit 20 Anteilen zuläßt; § 2 faßt die Aufnahme fremder Gelder ins Auge.

Die Zulässigkeit der Erwerbung einer größeren Anzahl von Anteilen ist zweifelsohne von wohlmeynender bürgerlicher Seite angeregt worden; es soll damit solchen bürgerlichen Elementen, die bis zu einem gewissen Grade mit der Arbeiterbewegung in ihren zahlreicheren Regungen sympathisieren, Gelegenheit gegeben werden, das geplante Unternehmen mit Geldmitteln zu unterstützen. Das ist aber gerade bei einer K. G. das allererwünschteste. Die Hauptsache bei einer K. G. ist nicht der Kapitalreichtum, in allererster Linie steht der gesicherte Absatz. Uebernehmen 10 Mitglieder je 20 Anteile mit zusammen 6000 M., so ist absolut nichts gewonnen. Haben 100 Mitglieder in einem engbegrenzten Stadtviertel je einen Anteil mit 50 M. voll einbezahlt — das mag ein oder zwei Jahre dauern —, so ist mit ihren 5000 M. eine lebenskräftige K. G. geschaffen. Denn diese 100 Leute werden im Interesse ihres Einkommens unbedingt treue Käufer sein. Dazu kommt, daß das Wirtschaften mit großen Kapitalien eine Kenntnis des Bankgeschäftes und des Geldmarktes bedingt, die nur ein gewiegter Kaufmann haben kann; man lese nur die §§ 85, 86, 88, 89 des Statuts. Und hiermit kommen wir zu dem wichtigsten Punkt.

Fängt eine K. G., wie die bisher bestehenden und blühenden, mit einem Laden klein an, und zwar erst, nachdem eine Anzahl nahe beieinander wohnender Mitglieder ihren vollen Anteil aufgebracht haben (außer diesen können noch weitere vorhanden sein, die im Rückstand sind), so ist sie erstens ihres Bestehens sicher, zweitens können die verhältnismäßig einfachen Geschäfte leicht von Leuten aus der Reihe der Mitglieder besorgt werden. Mit dem Wachsen des Betriebes wächst deren Erfahrung und Gewandtheit; so werden nach und nach aus der Arbeiterschaft Kräfte herangezogen, die auch den größeren und größten Anforderungen gewachsen sind.

Von der englischen Bewegung glauben, von der sächsischen wissen wir, daß alle die Leiter der großen Unternehmungen aus der Bewegung selbst hervorgegangen sind, und zwar entwickelten sich

dabei oft Talente, die in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung bisher keine Rolle gespielt haben, eine solche vielleicht gar nicht spielen könnten.

Anderer, wenn eine Genossenschaft nach dem Hamburger Plan ins Leben gerufen wird. Hier müssen entweder von vornherein Sachleute angestellt werden, oder es müßten die geschäftsgewandtesten Männer aus der Arbeiterbewegung mit ihrer vollen Kraft und Arbeitszeit eintreten und so die wichtigsten Zweige der Arbeiterbewegung lahm gelegt werden. Wie es scheint, denkt man in Hamburg an das erstere. So erklärt es sich, daß § 4, der von der Zusammenlegung und Wahl des Vorstandes handelt, nicht bestimmt, daß der Vorstand aus der Zahl der Genossen zu wählen ist, während § 29 es für die Aufsichtsratsmitglieder ausdrücklich fordert; auch die geringe Zahl der Vorstandsmitglieder (8 Personen) scheint darauf hinzuweisen. Das erscheint auch erklärlich, wenn man die vielerlei völlig verschiedenen Aufgaben bedenkt, denen sich der Vorstand zu widmen hat. Ist aber die Leitung von vornherein in den Händen von Sachleuten, so ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, daß aus den Reihen der Konsumgenossen ein Nachwuchs herangezogen wird. Das Ganze erhält dadurch von vornherein einen ungleich mehr geschäftsmäßigen Charakter, und in demselben Maße, wie sich — das wollen wir zugeben — die Chancen des schnellen Gewinnens vermehren, wachsen auch die Chancen eines gewöhnlichen Zusammenbruchs. Charakteristisch für die Lebensfähigkeit der Eigenproduktion der Konsumvereine ist es, daß noch kein einziges Unternehmen dieser Art mißglückt ist, ruft der Verfasser des „Kommentars“ an; — das ist bis zu einem gewissen Grade richtig; der wahre Grund aber ist, daß die K. G. bisher mit der größten Vorsicht und nur mit eigenen Kapitalien an die Produktion solcher Waaren herangegangen sind, für welche der Absatz an ihre Mitglieder auf Grund mehrjähriger Erfahrung gesichert war. Die Hamburger gedenken sich damit, wie wir schon, nicht zu begnügen — ja, im Kommentar heißt es sogar einmal: „Ein großer Absatz führt von selbst dahin, daß man, um billig einzukaufen, gelegentlich mehr kauft als den eigenen Bedarf und dadurch genötigt wird, den Ueberfluß im Großhandel wieder zu verkaufen, z. B. an andere Konsumvereine.“

Wir glauben gezeugt zu haben, daß der Hamburger Plan einen Weg einschlägt, der nicht frei von Gefahren ist, während die Entwicklung der bis jetzt bestehenden K. G. beweist, daß das, was von den Hamburger Zielen überhaupt erreichbar ist, sicher und gefahrlos auf den bisher betretenen Pfaden erreicht werden kann. Damit fällt unser Erachten vor allen Dingen für die Gewerkschaften jeder Art zurück, sich selbst den Gefahren des Hamburger Planes auszusetzen. Wir gehen aber weiter. Die Untersuchungen der Frau Webb haben gezeigt, daß selbst im Mutterlande des Genossenschaftswesens, in Großbritannien, das Entstehen und die Entwicklung von K. G. nicht überall gleichmäßig vor sich geht, ohne daß man umerre Gründe für diese Erscheinung anführen

*) Man will nicht nur gleich Kapitalien aufsuchen, sondern auch sofort mit dem Vertrieb von Waaren beginnen, die, solange in der Nähe der Mitgliederwohnungen Verkaufsstellen nicht errichtet sind, auf Bestellung ins Haus geliefert werden. Wie derartige bei dem Kleinverbraucher der gewöhnlichen Arbeiterfamilie und ihren bisherigen Gewohnheiten möglich ist, befragen wir nicht.

können. Uns scheint es demnach angemessen, auch in Deutschland der Entwicklung ihren Gang zu lassen, vielfach regen sich auch bei uns in Deutschland derartige Bestrebungen; falls wäre es, sie irgendwie zu bekämpfen, aber wohl ebenso falsch, sie künstlich beleben zu wollen. Es giebt ein untrügliches Mittel für jeden, der sich für die Sache interessiert, so sehen, ob eine gesunde Genossenschaft am Orte möglich ist. Findet er eine genügende Anzahl Gleichgesinnter unter seinen Nachbarn, die ohne anderen Anreiz durch weitläufige Pläne oder gar fremde Kapitalien durch monatlichen Kupfieren eines vollen Geschäftsjahres ihren festen Willen, eine K. G. zu begründen, beweisen, so mag es beginnen. Der Erfolg wird niemals ausbleiben. Um eine spätere Verschmelzung gleicher Bestrebungen zu ermöglichen, ist es wünschenswert, überall möglichst nach gleichen Grundfähigkeiten, etwa nach denen der Leipziger-Platzwäcker K. G. vorzugehen. Wird dieses Ziel erreicht und gleichzeitig das unbedingt Vorurteil gegen K. G. das vielfach noch vorhanden, überwunden, so hat die durch die Hamburger Pläne von neuem angeregte Diskussion ausreichende Früchte getragen.

Leo Kronz.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 16. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Schattensbilder. — Die Darwin'sche Theorie und der Sozialismus. Von H. Bebel. — Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland im Zeitraum 1882 bis 1906. Von Dr. J. Schmidt. II. — Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Von Th. Leipart. — Notizen: Föderalismus und Sozialdemokratie in Oesterreich. Von Dr. Stammler. Fortschrittswesen und Sozialdemokratie. Von A. Kautsky. — Feuilleton: Kämpfliche Streifzüge. Von Franz Wehling. (Fortsetzung.)

„Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“. Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 12. Jahrgang erscheinenden, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymann's Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Das Frauenstudium der Nationalökonomie. Von Professor Dr. Heinrich Dietrich in Jülich. — Die Schranken der kapitalistischen Produktionsweise. Von Kautsky in Berlin-Friedenau. — Die Arbeiter der Chicago's. Von Florence Kelly in Chicago. Die Anfänge der Frauenbewegung. Von Hilg Braun in Berlin. — Gesetzgebung: Deutsches Reich. Ansprüche arbeitsfähiger Arbeiter nach deutschem Gewerbeamt. Von W. v. Schulz, Gewerbeleiter und Vorsitzender des Gewerbeamtes in Berlin. — Finnland. Die Unfallversicherung der Arbeiter in Finnland. Von Dr. August Hiet in Helsinki. — Wortlaut des Gesetzes vom 5. Dezember 1896 betr. die Haftung des Arbeitgebers für Körperliche Beschädigung, die den Arbeiter trifft. — Wortlaut der Verordnung vom 18. Februar 1897, näherer Vorschriften enthaltend über die Ausführung des Gesetzes vom 5. Dezember 1896 betr. die Haftung des Arbeitgebers für Körperliche Beschädigung, die den Arbeiter trifft. — Wortlaut des Gesetzes vom 9. Dezember 1897, betreffend die Prinzipien zur Schätzung des Invaliditätsgrades bei Anmerkung des Gesetzes vom 5. Dezember 1896 über die Haftung des Arbeitgebers für Körperliche Beschädigung, welche die Arbeiter trifft. — Richtigkeiten: Die Statistik der Krankenversicherung im Deutschen Reich für das Jahr 1896. Von Dr. Ernst Lange in Berlin. — Der Vorschlag des schweizerischen Fabrikgesetzes. Von E. Korf, Kantonsratssekretär in Luzern. — Das sozialökonomische Experiment einer obligatorischen gegenseitigen Unfallversicherung in Bulgarien. Von Prof. Boris Rindz in Sofia. — Literatur: Wenzig, Heinrich. Gewerbliche Mittelstandspolitik. Besprochen von Dr. J. Redlich in Wien, Heft 1. 2., Die Reichs-Verordnungsgebung. Besprochen von Dr. E. Lange in Berlin-Gr. Lichterfelde.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlfstelle Berlin.)
Dienstag, den 17. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Albrecht, Halle o. S.
2. Bericht der Vertrauenspersonen und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Dienstag, den 17. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Kartonarbeiter- und Arbeiterinnen
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Adolf Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Bericht der Vertrauenspersonen. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Dienstag, den 17. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Pastor's Geschäftsfiliale, Inselstr. 10.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow (Chemnitz).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Mittwoch, den 18. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Kontobuch-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Pastor's Geschäftsfiliale, Inselstr. 10.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow (Chemnitz).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Mittwoch, den 18. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Luxuspapier-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Feuerstein's Filiale, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schwartz (Abed).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Mittwoch, den 18. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Luxuspapier-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Feuerstein's Filiale, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schwartz (Abed).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Mittwoch, den 18. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Luxuspapier-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Feuerstein's Filiale, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schwartz (Abed).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Mittwoch, den 18. Januar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Luxuspapier-Arbeiter und Arbeiterinnen
in Feuerstein's Filiale, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schwartz (Abed).
2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 3. Verschiedenes und Beschiedenes.

Achtung! Achtung!
Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Herrn Rautenberg, Oranienstraße Nr. 180:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl desselben. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Durch das Verschwinden des Wirkens unseres bisherigen Verwaltungsrates ist letzteres geschlossen und konnte die General-Versammlung am 9. Januar nicht stattfinden. Wir fordern daher jeden Kollegen auf, in der oben angezeigten Versammlung zu erscheinen. 141/3
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Herrn Rautenberg, Oranienstraße Nr. 180:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl desselben. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Durch das Verschwinden des Wirkens unseres bisherigen Verwaltungsrates ist letzteres geschlossen und konnte die General-Versammlung am 9. Januar nicht stattfinden. Wir fordern daher jeden Kollegen auf, in der oben angezeigten Versammlung zu erscheinen. 141/3
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur Aenderung des Krankengeld-Zusatzes. 2. Verschiedenes.
Die Generalversammlung findet am 20. Januar, Roppenstr. 29, statt.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur Aenderung des Krankengeld-Zusatzes. 2. Verschiedenes.
Die Generalversammlung findet am 20. Januar, Roppenstr. 29, statt.
Der Vorstand.

Achtung, Maurer!
Am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Keller's Geschäft, Koppenstraße 29:
Grosse Generalversammlung
der Filialen Berlin II und III des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die Beitragserhöhung des Verbandes. 2. Diverse Anträge zum Verbandstag und Wahl der Delegierten. 3. Gewerkschaftliches.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.
136/2
J. K.: W. Fritsch.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 17. Januar 1899, Vormittags 11 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kasienbericht für das 4. Quartal. — Bericht der Revisionen. — Bericht des Arbeitsnachweis-Büros für das 4. Quartal. 3. Bericht über die Krankenkasse. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. — Mitgliedsliste und Buch legitimiert. — Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 17. Januar 1899, Vormittags 11 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kasienbericht für das 4. Quartal. — Bericht der Revisionen. — Bericht des Arbeitsnachweis-Büros für das 4. Quartal. 3. Bericht über die Krankenkasse. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. — Mitgliedsliste und Buch legitimiert. — Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 17. Januar 1899, Vormittags 11 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kasienbericht für das 4. Quartal. — Bericht der Revisionen. — Bericht des Arbeitsnachweis-Büros für das 4. Quartal. 3. Bericht über die Krankenkasse. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. — Mitgliedsliste und Buch legitimiert. — Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 15. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Geschäft, Neustraße 19/20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Entrée. 4. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder. 138/1
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 15. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Geschäft, Neustraße 19/20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Entrée. 4. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder. 138/1
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen. (Mitgliedschaft Berlin.)
Sonntag, den 15. Januar, Abends 6 Uhr, im Dredecker Garten, Dredeckerstr. 15:
Versammlung mit Damen.
Tages-Ordnung: Vortrag der Frau Weich. 70/2
Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
In dieser Versammlung sind unsere Berufsgenossen ganz besonders eingeladen. Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen. (Mitgliedschaft Berlin.)
Sonntag, den 15. Januar, Abends 6 Uhr, im Dredecker Garten, Dredeckerstr. 15:
Versammlung mit Damen.
Tages-Ordnung: Vortrag der Frau Weich. 70/2
Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
In dieser Versammlung sind unsere Berufsgenossen ganz besonders eingeladen. Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bergolder.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/1
Pünktliches Erscheinen aller notwendig.
Der Vorstand.

Verband der Bergolder.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/1
Pünktliches Erscheinen aller notwendig.
Der Vorstand.

Verband der Bergolder.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/1
Pünktliches Erscheinen aller notwendig.
Der Vorstand.

Verband der Bergolder.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/1
Pünktliches Erscheinen aller notwendig.
Der Vorstand.

Verband der Bergolder.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 235/1
Pünktliches Erscheinen aller notwendig.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag den 12. d. M., verstarb plötzlich unser Mitglied
Herrmann Wegner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 14. Januar.
Opernhaus. Britis. Lobetanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnen- seite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Igl. Opern-Theater (Stoll). Madame Sans-Gêne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Curano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Das liebe Ich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Familie Jensen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Radum. 3 Uhr: Das tapfere Schneiderlein.
Residenz. Der Schlafwagen - Kontrollier. Vorher: Zum Einstiege. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gunguis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Nichten. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hannes's Himmelfahrt. Abi Seid. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Bor und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Kuisen. Die berühmte Wider- sprechliche. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle Alliance. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.
Chend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Radum. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Friedrich - Wilhelmstädter. Dufel Tom's Hütte oder: Schlo- chen in America. Anfang 8 Uhr.
Radum. 4 Uhr: Wilhelm Tell.
Niedererplatz. Seidene Liebe. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Coma von Falkenstein. Die eingemauerte Komme. An- fang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urzeit des Menschen“.
Jubelstrasse 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Stern- warte. Operntelephon.
Mylo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vor- stellung.
Wallage-Panoptikum. Spezial- itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt. Hierauf: **Abi Seid.**
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
Abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Montag 8 Uhr:
Die Leibrente.

Opfer-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 152.
Nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen:
Wilhelm Tell.
 Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Extra-Vorstellung zum Besten der Kassen des Vereins der Kameradschaft ehemaliger Garde-Artilleristen und des Wirthevereins. Aufschwung der Kriegervereine Berlin.
 Zum 21. Male:
Der Brandstifter
 Sensationelles Aufführungsgesam- mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Dostojewski. Musik von E. Hoff. Im Tunnel von 1/2 Uhr an Frei- sangert.
 Sonntag: **Der Brandstifter.**

Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Mein Leopold.
 Original - Solist mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) v. Adolph Arrango. Musik v. R. Wal. Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Sonntag, den 15. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Eva-Apfel.**

Circus Busch

Sonnabend, 14. Januar 1899.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
PERSIEN.
 Außerdem: Die neuen Freiheits- kreuzen des Herrn Direktor Busch. Polypart, ausgeführt von den Damen Mlle. Lola, Mlle. Doris, Frä. Biennow, Olga, Glom, Alfred Daniels als Schmelzphotograph. Auftreten der berühmten Schmelz-Performerin Burckhardt-Footit. Zum ersten Male: Eine Quadrille aus der Zeit Friedrich des Großen, ger. von 4 Damen und 4 Herren mit 8 Schmelzperfern.
 Morgen Sonntag: Zwei große Vorstellungen. Nachmittags 4 und Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater:
Die Urzeit des Menschen.
 Im Hörsaal:
 Herr G. Witt: Eros, der neue Planet.
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Von 6 Uhr ab:
Théâtre varié.
 Um 8 1/2 Uhr Auftreten der
Adrienne Gaston,
 einzigen Rivalin der Yvette Guilbert.
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.

Die
SIOUX-INDIANER
 sind da!

Central-Theater

Direktion: José Faranery.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturges. Musik von Ch. Audran.
 Die Puppen finden nach dem zweiten und dritten Akte statt.
 Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
 Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
 Operette von Karl Millöcker.

Leisen-Theater

34. Reichenbergerstrasse 34.
 Abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
Die berühmte Widerspenstige.
 Sonntag Nachm. 3 Uhr:
 Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft
 Abends 8 Uhr:
Die berühmte Widerspenstige.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
 Heute keine Vorstellung, dagegen Abends 10 Uhr:
I. Gr. Masken-Ball.
 Neue origin. Ballüberraschungen.
Kolossal-Ballet
 ausgeführt vom gesamten internationalen Balletpersonal.
6 Musik-Faxellen.
 Einmaliges Gastspiel
Johann Lumpe.
 Emma von Falkenstein oder:
Die eingemauerte Nonne.
 II. Akt:
 Die berühmte Gefechtszene bei Anstaltsbegleitung und leuchtender bengalischer Beleuchtung.
 Das geehrte Publikum wird gebeten, beim Anstehen des Theaters behilflich zu sein.

Oekonomie: J. Schaurté,

Monopol-Hôtel, u. Olympia-Theater.
Entree: Herrenkarte 10 M., Damenkarte 5 M.
 Im Vorverkauf: Herrenkarte 7 M., Damen- karte 3 M.
Eintritt nur in Maske oder **Balltoilette.**
Domino in der Garderobe erhältlich.
 Morgen, Sonntag: Zwei große Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
 Halbe Preise. 1 Kind frei.
 Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hart.
 Täglich: **Grosses Konzert** der Handpelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Adner und **Grosso**
Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des beliebten Humoristen **Gustav Kluck.**
 Das vollständig neue Januarprogramm. Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree: Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Metropol-Theater.

Schrenkstr. 51/57. Dir. Rich. Schultz.
 Zum 19. Male:
Die kleinen Nichten's.
 Operette in 3 Akten v. André Messager.
 Hierauf:
Die Engelsjäger.
 Ballet in 14 Bildern von F. Regel und J. Bayer.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
 Dresdenstr. - Strafe 97.
 Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge
 Täglich:
Große Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
 Nobilität! Durch die Blume. Große Ausstattungs-Operette.
 Um 8 1/2 Uhr Auftreten der **Hinter Polizeiaufsicht.** Gesangs- Rudl Saborto, phänomen. Jongleur. **Rudolfs, Jahrbuchproben.**
 Sonntag 4 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Anfang: Wochent. 8 Uhr.

Aleazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
 Direktion: Richard Winkler.
 Nur noch wenige Aufführungen der hochkomischen Posse:
Eine Sommerwohnung in Charlottenburg.
 Und des Liebespiels:
Zant-Zentföchen!
 Voranfolge: Dienstag, 17. Januar: **Benefiz** den **Realfleur Otto Wendt.**
 Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Wochentags 30 Pf. Sonntag 40 Pf. Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Das erfolgreiche
Januar-Programm.
 Neu! Um 8 1/2 Uhr: Neu!
Endlich zu Zweien.
 Gesangsposse von Rob. Götter. Lehmann: Richard Winkler.
 Im Spezialitätenstall besonders hervorzuheben:
 Fred Dewey, Gebr. Kienelly, Louise v. Dolfs, Gebr. Vera, Michaelanko-Gesellschaft, Russ. Orig. - Säger u. Tänzer.
 Anfang 7 1/2, Sonntag 6 Uhr. Vorverkauf Born. v. 11-1 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Säger
 (Meyer, Pietro, Britton, Etzbi, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
 Zum Schluss:
Peppis vor Gericht.
 Ensemble von Regiel.
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balken 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orch.-Loge 1.50. Fremden-Loge 2 M. Tageskasse von 11-1 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
 Mittags und Abends: Konzert.
 Mittwoch, 18. Januar: Benefiz für das Reichshallen-Orchester.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
 Sonnabend:
Das Versprechen hinterm Herd.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-81.
 Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Ensemble-Szenen, Konzert und **Spezialitäten-Vorstellung.**
 Passo-partouts werden jetzt, für das ganze Jahr giltig, vergeben.
 Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Entree 30 Pf. C. Peters.

Mähr's Theater

Cranienstr. 24.
Du ahnst es nicht!
 Schwan in 1 Akt.
 Neu! „Gela Dumour“, Septim- Tänzerin. Geschw. Valori, Duett. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
 Bond haben Wochentags Gültigkeit. Avis! Donnerstag, 19. d. Mt.: **Benefiz für Willy Harnisch.**

Arbeiter-Radfahrerverein Berlin

Sonnabend, den 14. Januar 1899, im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11-13:
Grosser Maskenball.
 Anfang 9 Uhr. 19/14

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“

Grosse Frankfurterstr. 117
 empfiehlt seine Festsäle mit Theaterbühne und Garten zu Ver- sammlungen und zu jeder Privatfestlichkeit (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Anfang 4 Uhr. 6582*

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

Restaurant „Neu-Seeland“
 Empfiehlt seinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Festschichten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen. 4362*

Gewerkschaften u. Vereine

empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon- Dampf in jeder Zahl und Größe. 6502*

Nachf.: Johann Schulze, Berlin,

Hilferstraße 17, Telefon-Nr. I Nr. 2869.
 Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. 6562*
 Prima Qualität 1.50 und 2.-
 Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.
Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Für nur 7 Mark

versende ich gegen Nach- nahme eine grosse, hoch feine
Concert-Accord-Zither
 mit 6 Manua- len, 25 Saiten, sehr leicht und elegant aus- gestattet, mit Stim- vorrichtung, wundervoll im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenbücher, Schlüssel, Ritz und Carion. Früherer Preis dieser Zither 18 Mark. Ein solches Pracht- instrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 Manua's zu 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei
Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade I. W.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
 Nach beendetem Inventar gelangen größere Lagerbestände meiner
T Teppiche
Gardinen! Portiären!
Steppdecken! Tischdecken!
 zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!! 6002*

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Filz- und Seidenhüten,
Schirmen
 in den neuesten Façons und Farben, äusserst billige Preise.
Richard Klose, Hufnauerstr. 41,
 zweites Haus von der Brunnenstrasse. Eingang vom Hausflur.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Uhren! Goldwaaren!

Elegante Neuheiten in jeder Preislage. Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift. Einf. für 2 eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause. Uhrmacher. **Konrad Friese, Juwelier.**
 1. Geschäft: Mälkerkr. 4. direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fennstr. 61. Mein Lager in Musikwerken befindet sich Mälkerkr. 4. Symphonion- Spielbogen von 7 M. an. Seraphons werden billig vertrieben. 6372*

Apollo-Theater.

Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia
 und 15 auserlesene **Spezialitäten.**
 Anfang 7 1/2 Uhr.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16.
 Heute, Sonnabend, den 14. Januar:
Alpen-Rösschen.
 Märchen-Posse mit Gesang in 3 Akten von E. Lindner. Musik von Conrad.
 Empfiehe meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Müggelsee, **Taufsee,** Müggelsee, **Marionette,** a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fuhpartien über die Müggel- berge. 6452*

Möbel, Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt.
 Amtung, Holzarbeiter!
 Bei der Firma
Fork, Kretschmar & Co.
 Barnimstr. 13.
 (Wagnar's Farnow's) Grände, haben (Anmuthliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten!)
 Die Ortverwaltung.
 Gesucht ein tüchtiger
Glasbläser
 für Möbgen-Röhren. Verdienst bei guter Leistung 50-60 M. pro Woche. Nur Glasbläser, welche auf Möbgen- Röhren eingeübt sind, mögen sich melden. Adressen unter F. M. be- fördert die Exped. d. Blattes.
 Tüchtige **Radmagler** gesucht
 55b) Goldschmiedefabrik **Wagnarstr. 15.**
 Tägl. **Wagnar,** auch **F. Werhst,** Krause & Co., Friedrichstr. 110. 650b

Soeben beginnt neuer Jahrgang:

IN FREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG
HEFT 10 - PFENNIG
DIE TOCHTER DES SUDENS

Zu beziehen durch alle Colporteurs und Speditours.

Erklärung.

Ich der Unterzeichnete erkläre hier- mit aus freier Verantwortung und auf Grund meiner gewonnenen Ueber- zeugung, daß die von mir gegen die **Härtle's Maschinenfabrik** in Jümmen- bingen in meiner Eingabe an Seine Durchlaucht den Fürsten vom 22. Sep- tember 1898 erbetenen Beschuldigungen, welche auch in dem Berliner „Vorwärts“ Nr. 289 zum Theil veröffentlicht worden, durchaus un- richtig und unzutreffend sind.
 Insbesondere auch die in öffent- lichen Blättern wiederholte Be- hauptung:
 „Arbeitsern der Härtle's Härtens- bergischen Maschinenfabrik Jümmen- bingen sei widerrechtlich bebungen“ kann nicht ausgedacht worden. Es bezieht sich auf die Fabrik (schlecht be- handelt worden“
 auf Grund der inzwischen gemachten Freistellungen als un wahr bezeich- net werden.
 Nachdem ich meine beabsichtigten Angriffe gegen die Härtle's Härtens- bergische Maschinenfabrik und deren Leiter mit dem Ausbruch meines ernst- lichen Bedauerns zurückgenommen, habe ich den Bestreben gebeten, die gegen mich bei dem Hr. Amtsgericht Jümmen wegen obiger Beschuldigungen erhobene Beschuldigungsflagge zurückzu- nehmen, auch habe ich mich zur Tragung sämtlicher Kosten ver- pflichtet.
 Jümmenbingen, den 7. Januar 1899.
F. X. Schary, Kaufmann.

Die Festsäle

und der Garten
 werden vom 1. April 1899 wieder an **Gewerkschaften, Gesang-, Theater- und Begegnungs-Vereine** unter faulsten Bedingungen zu Festlich- keiten vergeben. Hochzeitliche Beidungen erwartet **Julius Wernau,** 6324* Galtwitz, Schwedterstr. 23/24.
Neu! Eröffnet! Neu! Bade-Anstalt. Norden
 Lortzingstr. 33.
 Badstättin, russisch-römisch, Dampf- bader mit Massage und Packungen. Bäder, Saun, Kneippbäder, Reiz- bader etc. Vesper samt. Kranke- kassen. 7252*

Nonnenberg's Restaur.,

Treptow, Parkstrasse.
 Großer Saal. - Großer Garten.
 Jeden Sonntag: **Ball.** 6552*
 Empfiehe mein Lokal zu Festlichkeiten
 vor u. Theilnahme,
 billigst **Frank- furter Allee 110 I.**
 Ecke Köpenickerstr.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt.
 Amtung, Holzarbeiter!
 Bei der Firma
Fork, Kretschmar & Co.
 Barnimstr. 13.
 (Wagnar's Farnow's) Grände, haben (Anmuthliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten!)
 Die Ortverwaltung.
 Gesucht ein tüchtiger
Glasbläser
 für Möbgen-Röhren. Verdienst bei guter Leistung 50-60 M. pro Woche. Nur Glasbläser, welche auf Möbgen- Röhren eingeübt sind, mögen sich melden. Adressen unter F. M. be- fördert die Exped. d. Blattes.
 Tüchtige **Radmagler** gesucht
 55b) Goldschmiedefabrik **Wagnarstr. 15.**
 Tägl. **Wagnar,** auch **F. Werhst,** Krause & Co., Friedrichstr. 110. 650b

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89.

Inventur-Ausverkauf.

Nach soeben beendeter Inventur sollen

Montag, den 16., bis Sonnabend, den 21. Januar,

7249*

die Rest-Bestände der Winter-Saison, sowie die in der Weihnachtszeit sich angehäuften einzelnen Reste in den verschiedenen Abtheilungen als:

Kleiderstoffe, Leinenwaaren, Teppiche, Gardinen, Tricotagen, Weisswaaren und ein **Posten etwas angeschmutzter Wäsche**, sowie **fertige Confection**, um schleunigst damit zu räumen, verkauft werden.

Trotz der ungewöhnlich billigen Preise erhält jeder Käufer noch einen **Extra-Rabatt von 10 pCt.**

Pelz-Waaren

nur eigenes Fabrikat, 6492*

Hüte, Schirme

Otto Gerholdt, Dresdenstr. 9, Ecke Sülzbergerstr.

Neu! Neu! Neu!

Fanfaren-Harmonika.

Neuartige Zug-Harmonika mit 3 Reihen brillanter Trompeten Claviatur-Verbot mit 15 Ringen, 2 Sternen gut und dauerhaft gebaut mit den neuesten und feinsten Verzierungsmethoden. Nicht grob, artig, schön, elegant. Die Claviatur mit meiner neuen, garantirt unerschütterlichen Specialfederung, welche in verschiednen Ländern patentirt, in Deutschland unter D. R. G. Nr. 47402 geschützlich ist. Außerdem ist der Claviatur-Gehäuse mit abnorm-dauern Widerstand. Diese Harmonikas haben ferner 10 Tasten, 40 dreizeh Stimm, 8 Böcke, 2 Register, brillante Nickelbeschläge, guten starken Holz mit 2 Doppelböden und Bohlen, sortierte Holzstücke mit Metallfedern. Größe 35 cm.

Preis nur 5 Mark!

3, 4, 6 schräge und 8 rechte zu auffallend billigen Preisen, worüber Gedächtnis zu denken. Verpackung und Selbstlernhilfe umsonst. Harmonisches Klavierspiel mit neuerlicher Wiedergabe D. R. G. Nr. 55925 kostet 30 Pfg. extra. Man bestelle direkt bei Feinr. Fuhr, Musik-Instr.-Fabr., Neuenrade (Westf.).

Achtung! Mein Musik-Instrumenten-Geschäft gegründet im Jahre 1861 ist nachweislich das älteste und größte dieser Art am Orte. 1000 Mark Belohnung zahle ich, wenn mir das Gegentheil bewiesen wird. Ausgeragt durch meine großen Erfolge erstanden einige Jahre später Concurrenz-Geschäfte, welche Zeit und Raum meiner Ankerate nachahmten. Trotzdem hat sich mein Umsatz von Jahr zu Jahr vergrößert, sobald ich meiner Concurrenz in dieser Beziehung immer ganz lebend und überlegen gewesen bin. Gefährlich ist es daher für Jedermann, wo man am besten und vortheilhaftesten kauft.

En gros. Versand.

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen!

Unstreitig vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

No. 5  Mk. 2,50.

No. 9  Mk. 3,75.

Equatoria  Mk. 4,25.

Für Händler und Wiederverkäufer, aus nur gesunden, wirklich guten Tabaken (lange Einlage) **Regalia-Facon** pr. Wille Nr. 22,50, rein netto Kasse. Unter 500 Stk. werden von dieser Sorte nicht abgegeben.

Ferner empfehlen folgende Marken aus geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewürken in normalen, modernsten Formen:

Sumatra, Java.	St. Felix-Brasil.	Havana und Mexiko.
Commercio . . . 100 St. Mk. 3,--	Brillante (klein) . . . 100 St. Mk. 3,25	Perla Mojicana 100 St. Mk. 5,--
Violero 3,50	St. Felix-Brasil 4,60	Mexicanos 5,50
Efecto 4,25	St. Felix in Original-Rahmen, 250 Stk. enthaltend, 12,50	Castillo 6,--
Elvira 4,50	Marke Bahia-Import (Handarbeit, Regale Presse) 6,--	Walküre 6,50
Odallaka 5,--		Milena 8,--
Santa 6,--		Tullia 9,--

Bedingungen: Versand und Verkauf nicht unter 100 Stk. von einer Marke. — 300 Stk. portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonvenirendes erbitte, aus angedrohten, auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück. — Daher feinerlei Risiko für den Besteller. Im Falle der Rücksendung oder Rückgabe dürfen aus jeder Sorte 4 Stk. probeweise unentgeltlich gerannt sein. Bei Entnahme von 500 Stk. gewähren 3 pCt., bei 1000 Stk. 6 pCt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe, Zigarren-Spezial-Gaus, Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Gadeschen Markt.

Preisliste franko.

Verleih-Institut

Masken-Garderoben

Fr. C. Frommholz
Blauerstr. 78, Ecke Adlerstr.

Reisende Neuheiten der Saison, historische, Phantasie- und Rational-Trachten. Dominos in allen Farben in Kisten von 1 Mk. 50 ab. Höchst solide Preise. Vereine Ermäßigung.

E. Berliner Metallwaaren-Fabrik grösseren Umfangs sucht zwecks besserer Ausnutzung ihrer vorzüglich. maschinell. u. sonstig. Einrichtungen geign. Artikel (patent. Massen- oder sonstige Artikel) zu deren Fabrikation und Vertrieb aufzunehmen. Offert. sub J. R. 6827 an Rudolf Mosse Berlin SW.

Blau Werkstatt-Anzüge
Qual. Kostuch-Anzug nur 2,50
" " " " " " 4,50
Pilotanzüge, " " " " 6,50
Werkstatthosen, " " " " 4,--
Mechaniker-Kittel enorm billig!
Bildhauer-Kittel
C. Flörsch & Co., Spezialfabrikation, Köpenickerstr. 111. Kein Laden.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend 10-7-8.
Friedrichstraße 114. I. (590L)

Photographie
12 Bist. 3,80 Mk. 6942*
2 Cabinet gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
12 Cabinet 6,80 Mk.

E. Hering, Schönhauser-Allee 146.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Kohlengeschäft,
höhere Grifens, 10 Jahre bestehend, sofort zu verkaufen. 52b*
Gottlieb Richter,
Wilmberg-Neigsdorfer 35.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Der Ausverkauf

der durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten grossen Waarenbestände beginnt heute, Sonnabend, den 14. Januar, Morgens 9 Uhr.

Warenhaus Robert Westphal

81. Petersburger-Strasse 81, am Balten-Platz.
Geöffnet von Morgens 9 bis 1 Uhr, Nachmittags 4 bis 9 Uhr.